

Unser Programm: Berlin

Sozial. Frei. Erfolgreich.

2016 – 2021

BERLIN

SPD



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

selbstbewusst und sensibel, ruppig und gastfreundlich, Weltstadt und Kiez, Sehnsuchtsort und Zuhause – Berlin ist alles auf einmal. Diese Mischung macht unsere Stadt so besonders und fasziniert Menschen aus aller Welt.

Und auf dieses Leben sind wir stolz. Denn in Berlin kann jeder selbst entscheiden, wie und mit wem er leben möchte. Durch das vielfältige Kulturangebot, das lebendige Nachtleben, die gute Bildung und das Betreuungsangebot für Kinder ist unsere Stadt attraktiv für Jung und Alt. Wir haben viele neue Arbeitsplätze in verschiedenen Branchen geschaffen, unsere Finanzprobleme in den Griff bekommen und investieren wieder in die Infrastruktur unserer Stadt, ganz besonders in bezahlbare Wohnungen und in Schulgebäude.

Wir wollen für Berlin auch weiterhin eine gute Zukunft gestalten. Die Berliner SPD und ich arbeiten dafür, dass Berlin eine lebenswerte Stadt für alle bleibt: sozial, frei und erfolgreich.

Herzlichst, Ihr

Michael Müller

Inhaltsverzeichnis

Berlin 2016

- ▷ Unsere Idee von Berlin 4
- ▷ Unsere wichtigsten Ziele für Berlin 5

Wo wir stehen 6

Unser Programm für Arbeit und Wirtschaft 13

Unser Programm für Wohnen, Umwelt und Mobilität 27

Unser Programm für Bildung und Wissenschaft 39

Unser Programm für eine solidarische Stadt

- ▷ Vielfältige Kultur für alle 53
- ▷ Starke Finanzen im Land und den Bezirken 56
- ▷ Integration als Gemeinschaftsaufgabe 57
- ▷ Innere und soziale Sicherheit gewährleisten 60
- ▷ Gemeinsam gegen rechts – für eine Stadt der Vielfalt 62
- ▷ Neutraler Staat 63
- ▷ Moderne und leistungsfähige Verwaltung 63
- ▷ Bürgergerechte und transparente Justiz 65
- ▷ Gleichstellung gestalten 66
- ▷ Antidiskriminierungspolitik stärken – Diskriminierungsschutz verbessern 67
- ▷ Sexuelle Vielfalt wertschätzen 69
- ▷ Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger 69
- ▷ Digitalisierung als Chance für soziale Teilhabe 70
- ▷ Für eine gerechte und vorausschauende Sozialpolitik 74
- ▷ Demografischen Wandel gestalten 72
- ▷ Gute Pflege und Gesundheitsversorgung 73
- ▷ Verbraucherinnen und Verbraucher besser informieren und beraten 74
- ▷ Selbstbestimmt leben 75
- ▷ Den Sport und seine Vereine fördern 76
- ▷ Freiwilliges Engagement unterstützen 77

Stichwortverzeichnis 78

Berlin 2016

In den vergangenen 15 Jahren hat sich Berlin hervorragend entwickelt. Unsere Stadt zählt heute zu den Weltmetropolen. Sie ist international, hat ein umfassendes kulturelles Angebot, exzellente Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Stadt wächst an Einwohnerinnen und Einwohnern. Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre ist beachtlich. Berlin ist zu einem Wachstumsmotor in Deutschland geworden.

Ob für ein paar Tage oder sogar auf Dauer: Berlin ist Ziel für Millionen Menschen aus aller Welt, denn unsere Stadt lässt Raum für vielfältige Lebensentwürfe: weltoffen und tolerant, bunt und gastfreundlich. Mit neu entstehenden Arbeitsplätzen in interessanten Branchen, besten Bedingungen für Kinder und Familien und einem kulturellen Angebot von Weltruf ist Berlin als Ort zum Leben für viele attraktiv geworden.

*Schulden abgebaut,
Spielräume für
Investitionen geschaffen.*

Wir haben die schwierige finanzielle Lage der Stadt in den Griff bekommen. Solide Haushaltspolitik ist untrennbar mit der Berliner SPD verbunden. Seit Jahren legen wir ausgeglichene Haushalte vor und erwirtschaften Überschüsse. Geld, das wir auch zur Tilgung von Altschulden einsetzen. Den Schuldenstand haben wir in den vergangenen fünf Jahren von rund 63 auf unter 60 Milliarden Euro verringern können. Gleichzeitig nehmen wir nach Jahren der Konsolidierung wieder Milliarden in die Hand, um in die Infrastruktur der Stadt zu investieren. Berlin braucht und bekommt wieder mehr städtische Wohnungen, sanierte Schulen und Kindertagesstätten, neue Bahnen, Busse, Straßen und Radwege und ausreichend Personal, all dieses zu entwickeln und zu betreiben.

Unsere Idee von Berlin

Wir gestalten eine Stadt, in der die Menschen solidarisch miteinander leben. Wir sind ansprechbar für die Anregungen, aber auch für die Sorgen aller Berlinerinnen und Berliner. Nur eine Stadt, die wir gemeinsam und partizipativ gestalten, wird auf Dauer erfolgreich sein können. Die Berliner SPD ist sich der besonderen Rolle Berlins als deutsche Hauptstadt bewusst. Gemeinsam mit dem Bund werden wir diese Rolle als attraktives Aushängeschild für Deutschland in der Welt weiter ausfüllen.

Wir gestalten Berlin als Ganzes. Kein Bezirk und kein Kiez darf abgehängt werden. Gleiche Lebensverhältnisse, gleiche Chancen in der ganzen Stadt mit guter Lebensqualität für alle – das ist unser Leitbild einer nachhaltigen Stadt. Darum wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestalten, in allen zwölf Bezirken und im ganzen Land Berlin.

Die Berliner SPD sucht den Schulterschluss mit allen, die diese Stadt gestalten und weiterentwickeln wollen zu einer solidarischen Stadt, in der man sich gegenseitig mit Respekt begegnet, in der alle Lebensentwürfe und andere Kulturen akzeptiert werden, in der die Würde des Einzelnen im Mittelpunkt steht. Jede Form von Gewalt und Ausgrenzung lehnen wir ab.

Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die jeden Tag hart dafür kämpfen, um sich selbst und ihren Familien ein gutes Leben zu ermöglichen.

Wir unterstützen die Unternehmerinnen und Unternehmer, die dafür gute

Arbeitsbedingungen schaffen, die in Berlin investieren, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zur Ausbildung nachkommen und Berlin voranbringen.

Berlin hat die niedrigste Arbeitslosenquote seit fast 25 Jahren. Doch das reicht uns nicht, wir wollen Berlin zu einer Stadt der Vollbeschäftigung und der guten Arbeit machen. Arbeit, von der jede und jeder gut und sicher leben kann.

Wir machen Berlin zur Stadt der Vollbeschäftigung.

Wir stärken das ehrenamtliche Engagement so vieler Menschen in unserer Stadt und arbeiten dabei eng mit den Wohlfahrtsverbänden, Initiativen und freien Trägern zusammen.

Und wir kämpfen für diejenigen, die nicht die besten Voraussetzungen für sozialen Aufstieg haben und besondere Unterstützung brauchen.

Unsere wichtigsten Ziele für Berlin

Gute Arbeit

Arbeit ist mehr als nur Geld verdienen. Sie ist Grundlage zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Verwirklichung eigener Lebensentwürfe. Trotzdem sind die meisten Menschen auf das Geld angewiesen, das sie für ihr Leben durch Arbeit verdienen. Wir kämpfen deshalb um jeden einzelnen Arbeitsplatz in Berlin, ob im Dienstleistungsbereich, im Handwerk oder der Industrie. Die Ansiedlung neuer Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und die Unterstützung der bereits bestehenden Berliner Unternehmen sind ein Schwerpunkt unserer Politik.

Wir setzen uns weiter für faire Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer ein, mit starken Arbeitnehmerrechten, gleichen Arbeitsbedingungen, gleicher Entlohnung bei gleicher Arbeit und starken Betriebs- und Personalräten.

Wir stehen für gute Arbeit.

Auch wenn in den vergangenen Jahren Hunderttausende neue Arbeitsplätze in Berlin entstanden sind: Noch immer haben etwa 180.000 Berlinerinnen und Berliner keinen Arbeitsplatz, noch immer arbeiten zu viele in Jobs, die allein nicht Existenz sichernd sind.

Insbesondere die überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosigkeit ist für uns eine weitere Herausforderung. Aus diesem Grund haben wir in der vergangenen Legislaturperiode die Jugendberufsagentur auf den Weg gebracht. Unser Ziel ist es weiterhin, allen jungen Menschen eine adäquate berufliche Perspektive zu eröffnen.

Bezahlbares und gutes Wohnen in der wachsenden Stadt

Der ungebrochene Zuzug vieler Menschen nach Berlin, darunter viele geflüchtete Menschen, stellt uns auch vor Herausforderungen. Berlin wächst – und alles muss mitwachsen. Wir werden neue Quartiere entwickeln und dabei die Berliner Mischung erhalten. Wir treiben den Wohnungsbau in der ganzen Stadt voran, damit die Berlinerinnen und Berliner weiterhin mit hoher urbaner Lebensqualität in der Stadt wohnen und arbeiten können. Darüber hinaus begrenzen wir die Bestandsmieten, um bezahlbares Wohnen zu sichern. Wir sorgen auch in den kommenden Jahren für mehr Kita-Plätze und neue Schulen. Wir entwickeln den öffentlichen Nahverkehr weiter und investieren in die Infrastruktur. Dadurch erhalten wir eine Stadt, die auch zukünftigen Generationen eine gute Lebensqualität bietet.

*Unser Kampf für
gebührenfreie Bildung
war erfolgreich.*

Gute Bildung für alle – Chancengleichheit für alle

Wir haben die Investitionen im Bildungsbereich so stark erhöht wie niemals zuvor. Aber: Gute Bildung darf Kinder und Eltern nichts kosten. Wir haben jahrelang für gebührenfreie Bildung gekämpft. Seit 2011 sind die letzten drei Kita-Jahre beitragsfrei. Den Irrweg von Studiengebühren haben wir niemals mitgemacht. Jetzt werden wir schrittweise auch die Gebühren für die Betreuung der ein- bis dreijährigen Kinder abschaffen. Gebührenfrei von der Kita bis zur Uni und das bei weiterer Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung – dafür steht nur die SPD. Und dabei wird es bleiben, denn hervorragende Bildung ist die Grundlage für sozialen Aufstieg, den wir möglich machen wollen.

Unser gebührenfreies und vielfältiges Bildungsangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für Berlin. Zu guter Bildung gehört auch Lernen in einem anständigen Umfeld. Deshalb lassen wir nicht nach und sanieren nach und nach die Berliner Schulen. Die Investitionen dafür haben wir mehr als verdoppelt.

Wo wir stehen

Berlin boomt

Unter der Führung der Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und Michael Müller hat sich Berlin zu einer der attraktivsten Städte der Welt entwickelt und ist eine tolerante und weltoffene Metropole im Herzen Europas geworden. Wir sind stolz darauf, dass Millionen Menschen unsere Stadt besuchen und gern wieder kommen. Hunderttausende neue Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren in Berlin entstanden. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit 1991 gesunken. Die Zahl der Plätze an unseren Hochschulen haben wir kontinuierlich ausgebaut. Jedes Jahr wächst die Bevölkerungszahl um mehrere zehntausend Menschen. Das ist eine Herausforderung, vor allem aber eine große Chance für weiteres Wachstum.

Die Wirtschaft wächst

Seit einigen Jahren steht Berlin beim wirtschaftlichen Wachstum bundesweit in der Spitzengruppe. Sowohl das Bruttoinlandsprodukt als auch die Beschäftigtenzahlen wachsen stärker als im Bundesdurchschnitt. Die Basis dafür sind dynamisches Wachstum und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die wir verbessert haben. Renommiertere Firmen aus vielen Branchen entscheiden sich für Berlin als Unternehmenssitz. Und Berlin ist die Gründungshauptstadt in Deutschland. Nirgendwo sonst werden so viele Unternehmen neu gegründet.

Kreatives und digitales Wirtschaften und klassische Industriepolitik

Unsere gezielte Wirtschaftsförderung setzt nicht einseitig auf bestimmte Branchen, sondern auf eine gute Mischung, die Arbeitsplätze schafft. Mit der Gründung der „Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH“ haben wir 2013 die Service- und Beratungsangebote in der Berliner Wirtschaft weiter verbessert. Mit Erfolg: Vor allem im Bereich der digitalen Wirtschaft liegt Berlin weit vor allen anderen deutschen Städten und ist eine der wichtigsten

*Die wachsende Stadt
ist Herausforderung
und Chance.*

Gründungsmetropolen in Europa und weltweit. Über die Investitionsbank Berlin fördern wir Gründungen. Start-ups in Berlin beschäftigen inzwischen rund 60.000 Menschen – und fast 40 Prozent aller deutschen Start-ups werden in Berlin gegründet.

Gleichzeitig setzen wir auch auf klassische Industriepolitik. Große Unternehmen wie Siemens, Mercedes-Benz, Bayer oder BMW investieren wieder in Berlin. Die Entwicklung und Produktion modernster Technologien, zum Beispiel am Standort Adlershof, haben wir gefördert. Wir nutzen unsere einzigartige Wissenschaftslandschaft zur besseren Verzahnung mit den Unternehmen unserer Stadt. Nach der Schließung des Flughafens Tegel wird es auch an diesem Standort mit der „Urban Tech Republic“ einen Ort geben, an dem in Zukunftsbranchen geforscht, entwickelt und produziert wird. So entstehen neue, innovative Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und Perspektiven für Handel, Handwerk und Gewerbe bieten. Solche mittelständischen Unternehmen bilden das Rückgrat der Berliner Wirtschaft.

*Mit guter Politik
sorgen wir für
mehr Arbeitsplätze.*

In Berlin haben die Dienstleistungen hinsichtlich ihres höheren Anteils an der Beschäftigung der Industrie den Rang abgelaufen. Auch in Zukunft bieten sowohl die industrienahen Dienstleistungen als auch die sozialen Dienstleistungen große Beschäftigungs- und Wachstumspotenziale.

Sehnsuchtsort für Millionen Menschen

Mehr als 30 Millionen Übernachtungen sind 2015 in Berlin gezählt worden. Im Vergleich zu 2003 (11 Millionen) hat sich die Zahl fast verdreifacht. Berlin ist bei Touristinnen und Touristen so beliebt wie nie zuvor. Auch die Zahl der Tagungsgäste war noch nie so hoch wie heute. Unter Führung der SPD hat sich Berlin als attraktive Metropole im Herzen Europas etabliert und den Tourismus zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren gemacht. Das sichert inzwischen zehntausende Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Gute Einkommen für alle

Mit Erfolg hat sich die Berliner SPD im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften auf Bundesebene dafür eingesetzt, endlich den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Schon jetzt zeigt sich: Der Mindestlohn kostet keinen einzigen Arbeitsplatz, steigert aber die Kaufkraft von hunderttausenden Menschen mit kleinen Einkommen – und trägt damit auch zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Über das Berliner Vergabegesetz hatte sich Berlin unter Führung der SPD schon 2011 darauf festgelegt, dass kein Auftrag von Land und Bezirken mehr an Auftragnehmer vergeben wird, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht wenigstens 8,50 Euro pro Stunde bezahlen.

Wir lassen kein Kind zurück

Für uns Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Jedes Kind braucht, unabhängig vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern, die besten Chancen im Berliner Bildungssystem. Wir haben ein Bildungssystem geschaffen, das von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei ist. Dafür haben wir gekämpft – und es hat sich ausgezahlt. Unsere Kitas, Schulen und Hochschulen sind so nachgefragt wie niemals zuvor. 70 Prozent der Kinder von einem bis drei Jahren sowie 93 Prozent der Kinder von drei bis sechs Jahren werden in den Berliner Kindertagesstätten betreut, die für uns eben nicht allein Betreuung, sondern Teil des Bildungssystems sind.

*Wir schaffen
ein Bildungssystem
ohne Barrieren.*

**Wir machen die Kita
komplett gebührenfrei.**

Im nächsten Schritt werden wir, beginnend mit dem Schuljahr 2016/17, schrittweise auch den Besuch der Kindertagesstätte bei unter Dreijährigen frei von Gebühren stellen und die Qualität der Erziehung bei den Kleinsten verbessern. Eine Erzieherin oder ein Erzieher soll sich dann um weniger als fünf Kinder kümmern.

Wir haben die Lücken in der Hortbetreuung geschlossen, sodass Eltern, die nachgewiesen den Bedarf haben, ihre Kinder in den Horten verlässlich zwischen 6 und 18 Uhr betreut wissen – auch an Ferientagen.

Mit voller Kraft haben wir die Anzahl der Kita-Plätze in Berlin deutlich ausgebaut. Zwischen 2006 und 2014 ist die Zahl der Plätze um 40 Prozent gestiegen, allein seit 2011 sind schon mehr als 20.000 neue Plätze eingerichtet worden. Wegen des weiteren Bevölkerungswachstums wird dies unvermindert weitergehen. Das nutzt den Kindern, die in den Genuss eines ersten Bildungsangebotes kommen und spielerisch miteinander und voneinander lernen. Und den Eltern: Berlin ist die Stadt, in der sich Familie und Beruf vereinbaren lassen. Das ist ein Wettbewerbsvorteil und zentrale Voraussetzung für die „Stadt der Arbeit“.

Mit dem so genannten „Brennpunktschulprogramm“ haben wir die Ausstattung von über 220 Schulen verbessert, die eine besonders schwierige Sozialstruktur aufweisen. Diese Schulen können nach ihrem Bedarf zusätzliche Angebote für ihre Schülerinnen und Schüler einrichten, zum Beispiel in den Bereichen Schulsozialarbeit oder mit zusätzlichen Förderangeboten zum Spracherwerb.

Die weggefallenen Mittel des Bundes für die Schulsozialarbeit haben wir aus dem Berliner Landeshaushalt übernommen und diesen Bereich zu einem Schwerpunkt gemacht. Mit einer verpflichtenden Feststellung des Sprachstands bei allen Kindern können wir nun gezielte Fördermaßnahmen ergreifen – denn das Beherrschen der deutschen Sprache ist die Grundlage für jeden Bildungserfolg.

**Berlin stellt jedes Jahr
2.000 – 3.000 neue
Lehrerinnen und
Lehrer ein.**

Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin steigt. Wir haben alle Anstrengungen unternommen, Lehrerinnen und Lehrer für eine Laufbahn in Berlin zu gewinnen und auch die Möglichkeiten für qualifizierte Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger verbessert. Berlin stellt jährlich 2.000 bis 3.000 neue Lehrerinnen und Lehrer ein.

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode haben wir das Schul- und Sportstättenansierungsprogramm auf 64 Millionen Euro verdoppelt. Aus Sondermitteln haben wir allein 2015 zusätzlich 50 Millionen Euro für Schulbau und Toilettensanierungen bereitgestellt. Mit Erfolg: Viele Schulen konnten saniert werden und sind fit für die Zukunft. Aber noch längst nicht alle: Deswegen setzen wir die Schulsanierung bei gleichzeitigem Ausbau der vorhandenen Kapazitäten durch Anbauten und Neubauten mit voller Kraft fort.

Wohnen ist kein Luxus – sondern ein Grundrecht

Das Wachstum der vergangenen Jahre stellt uns auch vor neue Herausforderungen: Der Druck auf den Berliner Wohnungsmarkt hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Mieten sind gestiegen. Die Berliner SPD hat sich auf Bundesebene massiv und erfolgreich für die Einführung der Mietpreisbremse eingesetzt. Bei einer Neuvermietung darf die Miete demnach nur noch maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete

gemäß Mietspiegel liegen. Der Mietspiegel ist jetzt ein Schlüssel zur Begrenzung des Mietanstiegs, denn bis zur Einführung am 1. Juni 2015 der Mietpreisbremse waren die Mieten bei Neuvermietungen frei verhandelbar – und erhebliche Mieterhöhungen keine Seltenheit.

Eine dauerhafte Entlastung bei den Mieten kann es aber angesichts des starken Zuzugs nur geben, wenn neuer Wohnraum entsteht. Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Zahl der kommunalen Wohnungen um mehr als 30.000 auf über 300.000 erhöht. Unser nächstes Ziel sind 400.000 städtische Wohnungen, die wir brauchen, um korrigierend in den Markt eingreifen und Wohnungen für Bedürftige bereitstellen zu können. Zudem werden wir für Studierende 5000 Wohnungen neu errichten.

Wir haben alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, die Mieten im Bestand zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass Mietwohnungen dem Markt erhalten bleiben. Mit dem Zweckentfremdungsverbot sind wir gegen die tageweise Vermietung von Mietwohnungen als Ferienwohnungen vorgegangen. Das Umwandlungsverbot verhindert die Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum. Und den Schutz vor Eigenbedarfskündigungen haben wir auf zehn Jahre angehoben.

Mit dem „Mietenbündnis“ werden unsere Wohnungsbaugesellschaften für die Mieterinnen und Mieter der kommunalen 300.000 Wohnungen ihrer besonderen sozialen Verpflichtung gerecht. Mit dem im Dezember 2015 auf Initiative der SPD verabschiedeten Wohnraumversorgungsgesetz erhalten die Mieterinnen und Mieter in über 100.000 Sozialbauwohnungen eine dauerhafte Perspektive für bezahlbare Mieten. Seit 1. Januar 2016 müssen sie nicht mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Zudem wird der Neubau von bezahlbaren Wohnungen weiter gefördert. Damit haben Senat und Abgeordnetenhaus die wesentlichen Forderungen der Mietenvolksentscheid-Initiative nach gemeinsamen Gesprächen umgesetzt. Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Politik und bürgerchaftlichen Initiativen.

Neue Liegenschaftspolitik durchgesetzt

Als wachsende Stadt braucht Berlin Flächen für neue Wohnungen, für Schulen, Sporteinrichtungen, Kindertagesstätten oder kulturelle Angebote. Berlin ist abgekehrt von einem System, nachdem möglichst viele landeseigene Grundstücke an Höchstbietende verkauft werden. Das öffentliche Grundeigentum stellt öffentliches Kapital dar, das gepflegt, gehalten und bewirtschaftet werden muss. Vor dem Verkauf werden Vermieten, Verpachten oder das Einräumen von Erbbaurechten geprüft, auch wenn ein Grundstück nicht für Verwaltungszwecke genutzt werden soll. Dadurch können kulturelle Einrichtungen ihren Platz finden, neue Arbeitsplätze entstehen und kostengünstig Wohnungen gebaut werden. Die Berliner SPD wird sich weiter dafür einsetzen, dass auch der Bund seine Liegenschaftspolitik ändert und die Immobilien der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) genauso wie die landeseigenen Grundstücke gemeinwohlorientiert eingesetzt werden.

Kultur zwischen freier Szene und Leuchttürmen

Auch in Zeiten knapper Kassen wurden die Mittel für die Kultur erhöht. Von den Etatsteigerungen profitierte besonders auch die freie Szene. Es sind vor allem kulturelle Angebote, die neue Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Stadt ziehen. Gerade in der wachsenden Stadt hilft uns Kultur, eine gemein-

Wir treiben den Bau von Mietwohnungen voran.

Mit einer neuen Liegenschaftspolitik fördern wir das Gemeinwohl.

same Identität zu schaffen, um eine vielfältige Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln. Kulturelle Leuchttürme wie die Berliner Museen, die Opern- und Theaterlandschaft sowie Events wie die Berlinale, die Berlin Art Week oder das Festival Pop-Kultur tragen gemeinsam mit den unzähligen Angeboten von Künstlerinnen und Künstlern der freien Szene zur Attraktivität der Stadt bei.

Öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung

Öffentliche Daseinsvorsorge soll auch in der öffentlichen Hand liegen.

Wie schon anderswo haben auch wir in Berlin die Erfahrung gemacht: Die Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge führt nicht zu Verbesserungen bei Preisen und Versorgung. Wir haben daher nach erfolgreichen Verhandlungen 2013 die privatisierten Wasserbetriebe zurück in öffentliches Eigentum geholt. Mit Erfolg: Das hat unter anderem zu günstigeren Verbraucherpreisen geführt. Den Frischwasserpreis konnten wir so um 15 Prozent senken.

Auch beim Strom- und Gasnetz und der Fernwärme wollen wir als Land Berlin wieder die Verantwortung übernehmen und die Handlungshoheit bei den städtischen Infrastrukturen wieder erlangen.

Wir müssen gewährleisten, dass Energie kein Luxus und Spekulationsobjekt wird, sondern die Berlinerinnen und Berliner und auch die Berliner Wirtschaft Zugang zu sauberer, verlässlicher und bezahlbarer Energie haben.

Gleichstellung vorangebracht

Gemeinsam sorgen wir für mehr Gleichstellung.

Berlin ist mit dem Landesgleichstellungsgesetz und dem gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm bundesweit Vorreiter bei der Durchsetzung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf Gleichstellung. Erstmals wurde ein Leitbild Gleichstellung entwickelt.

Die erfolgreichen Prinzipien des Gender Mainstreaming und Gender Budgeting – also die geschlechtersensible Verwaltung und Haushaltsführung – wurden verstetigt.

Wo andere noch über Frauen in Führungspositionen diskutieren, haben wir gehandelt: Sowohl in der Führungsebene der Berliner Verwaltung als auch in den Aufsichtsräten und Vorständen der landeseigenen Betriebe steigt der Frauenanteil stetig an. So hat sich der Frauenanteil unter den Aufsichtsratsmitgliedern in den Unternehmen mit Landesbeteiligung kontinuierlich von 15 Prozent im Jahr 2004 auf 45 Prozent im Jahr 2015 erhöht.

Öffentliche Aufträge dürfen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die Frauenfördermaßnahmen nachweisen. Das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre hat den Frauenanteil dort erheblich erhöht.

Integration gelingt

Mit unserer Integrationspolitik steigen die Aufstiegschancen von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir fördern Integration, aber wir fordern auch den Willen zur Integration auf der Basis unserer Werte und Gesetze.

Dabei setzen wir vor allem auf den Bildungserfolg: Verbindliche Sprachförderung ist der wesentliche Schlüssel zum Erfolg. Mit der erfolgreichen Kam-

pagne „Berlin braucht Dich!“ haben wir deutlich mehr junge Menschen nichtdeutscher Herkunft für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst gewinnen können. Etwa ein Viertel der Auszubildenden beim Land Berlin und den landeseigenen Unternehmen sind heute junge Migrantinnen und Migranten – das macht unsere Verwaltung weltoffener und leistungsfähiger.

Mit dem Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen, das wir in die Regelfinanzierung übernommen haben, stärken wir die Quartiere in Berlin.

Der Senat hat im Januar 2016 ein umfassendes Programm für die Integration der zu uns kommenden geflüchteten Menschen vorgelegt. Wir gehen diese große gesellschaftliche Herausforderung in der Stadt gemeinsam an.

Mehr Sicherheit durch eine bessere Ausstattung und mehr Personal

Mit zusätzlichen Stellen und der Modernisierung der Ausstattung bei der Polizei, bei der Berliner Feuerwehr, im Objektschutz sowie neu eingestellten Staats- und Anwälten und Justizangestellten investiert Berlin auch in die öffentliche Sicherheit. Ob zu Hause, auf der Straße oder im öffentlichen Personennahverkehr: Wir wollen, dass sich Berlinerinnen und Berliner und ihre Gäste sicher fühlen.

Finanzen im Griff

Durch unsere konsequente Konsolidierungspolitik und die positive wirtschaftliche Entwicklung haben wir die Finanzen des Landes Berlin wieder in den Griff bekommen. Wir haben gespart und konsolidiert, aber auch mit einer maßvollen Anhebung der Grunderwerbssteuer auf das Niveau anderer Großstädte und der Einführung der City Tax die Einnahmesituation verbessert. Nach 2007 und 2008 konnten wir in den Jahren 2012 bis 2015 jeweils Schulden tilgen. Der Schuldenstand ist von rund 63 Milliarden Euro auf unter 60 Milliarden Euro gesunken. Seit 2014 haben wir ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung vorgelegt. Wir wollen den Weg fortsetzen, gleichzeitig Schulden abzubauen und wieder stärker zu investieren. Das schafft Spielräume für die Zukunft.

*Unser Zweiklang:
Schuldenabbau
und Investitionen.*

Investitionen in die Infrastruktur

Berlin investiert wieder deutlich stärker in seine Infrastruktur. Zusätzlich zu den ohnehin höheren Investitionen wurde 2015 ein Sonderinvestitionsfonds über 500 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen in die wachsende Stadt (SIWA I) aufgelegt. 2016 haben wir das SIWA II für zusätzliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur vorgelegt.

Bereits erfolgreich in Betrieb genommen ist der Neubau der Vorklinik am Campus Charité Mitte, der Neubau des Bettenhauses an der Charité läuft. Für Hochschulinvestitionen hat der Senat ein Investitionsprogramm bis 2025 beschlossen. Das schafft Planungssicherheit für den Wissenschaftsstandort. Insgesamt investiert Berlin mehr in seine Krankenhäuser.

Auch in die Ausrüstung und Standorte von Berliner Polizei und Feuerwehr wird investiert, die Berliner Bäder erhalten mehr Geld für Investitionen und Instandsetzungen. In Mariendorf und Pankow entstehen in den nächsten Jahren zwei neue, moderne Ganzjahresbäder.

Die Anschaffung neuer Wagen bei der Berliner U-Bahn, neuer Busse und Straßenbahnen ist ebenfalls in Auftrag gegeben: Die großen Landesunternehmen werden wieder mehr investieren.

Einen besonderen Schwerpunkt bei den Investitionen bildet der Wohnungsbau: Berlin vergrößert durch Zukauf und Neubau seinen kommunalen Wohnungsbestand bis 2026 auf 400.000 kommunale Wohnungen.

Füreinander – Berlin ist bei uns in guten Händen

Berlin geht es heute deutlich besser als vor 15 Jahren, als die Berliner SPD die Führung der Landesregierung übernommen hat. Es sind vor allem richtige strukturelle Entscheidungen des von der SPD-geführten Senats und des Abgeordnetenhauses gewesen, die zu einer positiven Gesamtentwicklung geführt haben.

Durch diese Politik konnte Berlin in den vergangenen Jahren ein Wirtschaftswachstum erreichen, das über dem der Bundesrepublik liegt und damit überdurchschnittlich von der guten wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands profitieren.

Wir haben Nein gesagt, als uns viele geraten haben, durch den Verzicht auf kulturelle oder wissenschaftliche Einrichtungen Geld zu sparen. Stattdessen haben wir gerade in diesen Bereichen investiert und die Anziehungskraft Berlins verbessert – mit Erfolg.

*Unser Bildungssystem
zieht Familien
in die Stadt.*

Wir haben zu unseren Entscheidungen gestanden, als uns andere Bundesländer vorgeworfen haben, keine Kita- oder Studiengebühren zu erheben. Das hat unser Bildungssystem gestärkt, die Leistungen unserer Kinder verbessert und zur Attraktivität Berlins für junge Familien und Studierende beigetragen.

Wir verstehen etwas von dieser Stadt und dem Lebensgefühl der Menschen, die bei uns leben. In friedlichem Miteinander, in einem toleranten Umfeld, in Kiezen, in denen man leben kann und leben lässt.

Füreinander da sein.

Das Wachstum der Stadt menschlich gestalten.

Wir wollen an diesem Erfolg weiter arbeiten. Mit unserem Regierenden Bürgermeister an der Spitze wird die SPD auch weiterhin dafür arbeiten, allen Menschen in Berlin eine Heimat zu bieten. Chancengleichheit und die Unterstützung der Menschen, die täglich hart arbeiten und für sich und ihre Kinder eine bessere Zukunft anstreben, ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei besonders wichtig - ohne dass wir die Interessen aller anderen vernachlässigen. Dafür bitten wir weiter um die Unterstützung der Berlinerinnen und Berliner, um das solidarische Berlin gemeinsam zu gestalten.

Wachsende Stadt – wachsende Aufgaben

Berlin könnte bereits um das Jahr 2020 zur Vier-Millionen-Stadt werden. Berechnungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sehen bis dahin den Zuzug von 190.000 Menschen aus anderen Teilen Deutschlands und dem Ausland voraus. Dazu kommen bis zu 174.000 Geflüchtete und Familienangehörige, die dauerhaft in der Stadt bleiben.

Berlin braucht wieder mehr Wohnungen, Kitas, Schulen, Verkehrswege, aber auch mehr Personal im Öffentlichen Dienst, der Polizei, den Krankenhäusern und den Pflegeheimen. Die Berliner SPD ist sich dieser Herausforderung bewusst. Bereits jetzt schaffen wir in der Wohnungspolitik die Voraussetzung für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum. So werden in den kommenden Jahren weitere 100.000 kommunale Wohnungen entstehen. Durch den Ausbau der Straßenbahn werden wir zudem den Öffentlichen Nahverkehr deutlich stärken und im Öffentlichen Dienst für die Beschäftigten künftig weitere finanzielle Anreize schaffen. Das sind nur einige Beispiele aus unserem Zukunftskonzept, mit dem wir die wachsende Stadt sozial gestalten wollen.

*Wir gestalten
die wachsende Stadt.*

Unser Programm für Arbeit und Wirtschaft

Die Wirtschaft wächst

Die Berliner Wirtschaft ist und bleibt auf Wachstumskurs. Die Berliner SPD hat seit 2001 den Strukturwandel der Wirtschaft massiv gefördert und dabei auf eine breite Mischung der Branchen gesetzt hat. Das zahlt sich heute aus. Seit 2005 sind in der Stadt rund 300.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden, 40.000 allein im vergangenen Jahr. Berlin boomt und holt mit dem höchsten Wirtschaftswachstum aller Bundesländer seinen Rückstand kontinuierlich auf. Unsere Produkte sind zukunftsfähig und in aller Welt gefragt. Berlin ist die Gründermetropole Europas. Immer mehr etablierte Konzerne ziehen mit ihren Innovationsbereichen nach Berlin. Diesen Erfolgskurs wollen wir fortsetzen. Er ist Garant dafür, dass Berlin wieder mehr gute Arbeitsplätze und interessante Tätigkeitsfelder bietet.

Die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen werden auch in der neuen Legislaturperiode Schwerpunkt unserer Politik sein. Berlin wird Stadt der Arbeit.

*Mit uns wird Berlin
Stadt der Arbeit.*

Wichtigste Voraussetzung in der Berliner Wirtschaft ist dafür ist ein Klima der Vielfalt und Offenheit für neue Branchen, Arbeits- und Unternehmensformen in der Berliner Wirtschaft.

Vollbeschäftigung mit guter Arbeit erreichen - Die Herausforderungen von Arbeit 4.0 meistern

Was in anderen Regionen Deutschlands gelingt, kann auch in Berlin Realität werden: Vollbeschäftigung. Mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit 1991 und immer mehr neu entstehenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen sind wir auf einem guten Weg. Gleichzeitig erleben wir einen hohen Zuzug vieler hochqualifizierter Menschen aus dem In- und Ausland, die unsere Stadt bereichern.

Wir werden uns mit über 180.000 Arbeitslosen nicht abfinden. Allen Berlinerinnen und Berlinern sollen die Chance auf gute Arbeit haben. Mit unserer Politik unterstützen wir Gewerkschaften und Unternehmen bei der Schaffung von guter Arbeit.

Arbeit zu haben, bedeutet mehr als nur Geld zu verdienen: eine Aufgabe zu haben und eigene Ziele zu verwirklichen. Wir werden um jeden guten Arbeitsplatz in der Stadt kämpfen, weil Arbeit wichtig ist für das soziale Zusammenleben in der Stadt.

*Gute Arbeit heißt
für uns: Gute Löhne,
sichere Arbeitsplätze.*

Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden, die soziale Sicherheit bringen. Werkverträge, befristete Arbeitsverträge und Minijobs sollen die Ausnahme sein. Leiharbeit sollte es nicht geben. Unser Ziel ist die konsequente Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und der Abbau prekärer Beschäftigung durch weitere gezielte Maßnahmen. Dabei haben wir vor allem die soziale Arbeit im Blick. Auch für den Bereich der kreativen, freien und nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeit wollen wir einen „Pakt für gute Arbeit“ initiieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wieder mehr Betriebe tariflich gebunden sind. Und wir nutzen die erleichterten Möglichkeiten, Tarifverträge als allgemein verbindlich zu erklären.

*Starke Mitbestimmung
und Vereinbarkeit
von Familie und Beruf.*

Wir stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sorgen für starke Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und Aufstiegsperspektiven, verlangen aber auch Aufstiegswillen. Und wir machen uns stark für die Gleichstellung. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern ist dafür unser Schlüssel. Dafür unterstützen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene.

Die Arbeitswelt im digitalen Zeitalter verändert sich. Berlin ist ein Hotspot der Digitalisierung. Das verändert auch das Arbeitsleben in allen Bereichen, ist Chance und Herausforderung zugleich. Wir werden gemeinsam mit den Unternehmen und Gewerkschaften dafür Sorge tragen, dass in der digitalen Arbeitswelt unsere gemeinsam erkämpften Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte einen hohen Stellenwert genießen. Arbeit 4.0 braucht aber auch neue Regeln. Besonders da, wo sie durch flexibleres Arbeiten auch die Chance bietet, die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit besser zu gestalten. Auch Flexibilisierung muss einvernehmlich geregelt werden und darf Grundsätze wie die tägliche Arbeitszeit von maximal acht Stunden nicht aushebeln.

Überstunden beeinträchtigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie prägen die „Omnipräsenz-Kultur“ in Betrieben und stehen fortschrittlichen Arbeitszeitmodellen im Wege. Wir wollen Menschen mit familiären Aufgaben – sei es für Kinder oder für Pflegebedürftige – mehr Zeit geben und das Modell der „Familienarbeitszeit“ umsetzen. Dadurch erhalten Paare eine gestufte Lohnersatzleistung (je niedriger das Einkommen desto höher der Zuschuss), wenn beide Partner ihre Arbeitszeit reduzieren. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Wir werden darüber hinaus die Kontrollen durch das Berliner Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit verstärken, insbesondere im Hinblick auf den sozialen Arbeitsschutz, die Arbeitszeiten, den Ausgleich geleisteter Überstunden sowie die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Wir werden für eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung des Landesamtes sorgen.

Beim Umgang mit den Möglichkeiten von Arbeit 4.0 kommt dem öffentlichen Dienst und den landeseigenen Gesellschaften eine besondere Rolle zu. Hier müssen im Dialog mit den Gewerkschaften auch Regelungen implementiert werden, die in den privaten Wirtschaftsbereichen als vorbildliche Lösungen angesehen werden. In Zusammenarbeit mit den Beschäftigtenvertretungen wollen wir modellhaft moderne, an die neuen Bedarfe orientierte arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmerfreundliche Dienstvereinbarungen erarbeiten und eine landesweite Einführung erfolgreicher Praktiken prüfen.

Wir werden die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung gerade bei den Serviceleistungen für die Berlinerinnen und Berliner nutzen, um öffentliche Dienstleistungen zu verbessern und einfacher für die Bürgerinnen und Bürger zu machen.

Die öffentliche Hand hat für uns bei guter Arbeit eine Vorbildfunktion. Wir werden über das Berliner Vergabegesetz und die Arbeitsschutzbehörden bei den Beteiligungsunternehmen, in den Institutionen der Wissenschaft und Forschung, der Träger des öffentlichen Dienstes und in den sozialen Diensten darauf hinwirken, dass gute Arbeitsbedingungen, angemessene Lohnentwicklung, Mitbestimmung und faire Arbeitszeiten gewährleistet werden. So schaffen wir den Anreiz für gute Arbeit in der gesamten Stadt.

Wir kämpfen für anständige Löhne. Im öffentlichen Dienst garantieren die Tarifverträge ein ausgewogenes Lohngefüge unter den Beschäftigten. Wir haben wie versprochen dafür gesorgt, im Berliner Vergabegesetz einen Mindestlohn zu verankern. Kein Auftrag, der von der Stadt vergeben wird, kann zu schlechteren Löhnen durchgeführt werden. Eine Unterschreitung lassen wir nicht zu. Wir werden mit noch stärkeren Kontrollen und erhöhtem Personaleinsatz die Umsetzung des Vergabegesetzes sicherstellen. Und wir sind mit unserem Einsatz auf Bundesebene erfolgreich gewesen: Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben dafür gesorgt, dass der einheitliche flächendeckende Mindestlohn endlich in ganz Deutschland Gesetz ist. Mit uns wird es keine Ausnahmen hiervon geben. Mit Ablauf der letzten Übergangsfristen ab 2017 werden wir sicherstellen, dass niemand mehr in Berlin auf einen Arbeitsplatz unterhalb des Mindestlohns verwiesen werden kann. Wir setzen uns für eine Erhöhung des Mindestlohns ein.

Mit uns gibt es keine Ausnahmen vom Mindestlohn.

Wir werden uns auch allen Versuchen entgegenstellen, unter dem Vorwand der Unterstützung von geflüchteten Menschen, Arbeit unterhalb des Mindestlohns zu erlauben. Der Mindestlohn ist nicht teilbar. Wir werden die Einhaltung des Mindestlohnes in Berlin streng kontrollieren.

Wenn sich die Lebenshaltungskosten in Berlin zunehmend denen anderer Metropolen anpassen, müssen die Löhne ebenfalls steigen. Nur so kann einer Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt werden. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung, ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Unterstützung der Arbeit von Betriebs- und Personalräten und gute Ausbildung ermöglichen es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen. Wir unterstützen das unter Beachtung der Tarifautonomie durch Beratung und unsere öffentliche Vergabe. Auch in der Wirtschaft muss sich durchsetzen, dass man gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer nur durch faire Löhne halten kann. Am Ende gewinnen durch erhöhte Kaufkraft Beschäftigte und die Wirtschaft gleichermaßen. Das hat die Einführung des Mindestlohns gerade bewiesen.

Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommt, wer faire Löhne zahlt.

Auch hier haben öffentliche Bereiche und Gesellschaften eine Vorbildfunktion. Natürlich müssen wir mit öffentlichen Geldern sorgsam umgehen und dürfen auch weiterhin die Haushaltskonsolidierung nicht gefährden, aber wir müssen Arbeit im öffentlichen Sektor auch attraktiv gestalten. Dazu gehört eine Lohn- und Besoldungspolitik, die mit der allgemeinen Entwicklung in Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und den in Berlin steigenden Lebenshaltungskosten mithalten kann. Die Konkurrenzfähigkeit des Berliner öffentlichen Dienstes ist von besonderer Bedeutung, um zu verhindern, dass hochqualifiziertes Personal abgeworben wird. Wir werden deshalb schrittweise die Beamtenbesoldung an das Durchschnittsniveau der Länder anpas-

sen. Besonderes Augenmerk legen wir als Sozialdemokraten dabei auf die niedrigeren Lohnbereiche, die wir stärker anheben wollen als die höheren.

Wir lehnen Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zwecke der Tariffucht und des Lohndumpings ab und werden keine weiteren zulassen. Dort, wo sie zu solchen Zwecken stattgefunden haben, setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für eine Rückführung ein. Wenn Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter aus ihren regulären Beschäftigungsverhältnissen ausscheiden, sollten ihre Stellen mit regulären Beschäftigungsverhältnissen nachbesetzt werden.

Wir fordern ein einheitliches Rentensystem in Ost und West.

Gute Löhne und sichere Renten sind zwei Seiten einer Medaille. Die SPD Berlin setzt sich für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit erwarten insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern, die noch heute unter Einbußen aufgrund unterschiedlicher Rentenberechnungen finanziell leiden müssen, eine abschließende Lösung. Diese Ungerechtigkeit wird es mit der SPD nicht mehr länger geben.

Schwarzarbeit bekämpfen

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung verzerren den Wettbewerb, gefährden die Existenzen kleiner und mittlerer Betriebe und vernichten Arbeitsplätze. Der Schaden durch Schwarzarbeit ist in Berlin drastisch gestiegen, insbesondere in der Baubranche. Die Verfolgung wird in Berlin fast ausschließlich vom Zoll – einer Bundesbehörde – übernommen. Die Berliner SPD wird sich auf Bundesebene weiterhin dafür stark machen, dass die bisher unbesetzten Stellen beim Zoll schnellstmöglich besetzt werden. Denn: Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit geht zu Lasten aller anständigen Unternehmerinnen und Unternehmer und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Schwarzarbeit belastet die sozialen Systeme und unsere Volkswirtschaft insgesamt.

Zugang zum Arbeitsmarkt ist Zugang zur Teilhabe

Wir behalten auch diejenigen im Blick, die von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt noch nicht profitieren konnten und auf besondere Unterstützung angewiesen sind. Wir setzen uns für bedarfsgerechte Angebote für alle Berlinerinnen und Berliner ein.

Langzeitarbeitslose bekommen besondere Unterstützung.

Der Arbeitsmarkt regelt sich nicht von selbst. Aktive Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt das zentrale Ziel der Berliner SPD. Mit unserem Programm „Berlin Arbeit“ haben wir die notwendigen Schritte aufgezeigt und mit ihrer Umsetzung viele Menschen wieder in Beschäftigung bringen können. Diesen Weg werden wir weiter verfolgen und ausbauen. Vor allem bei den kleinen und mittleren Unternehmen bleiben zu häufig Stellen unbesetzt, obwohl viele Menschen in der Stadt Arbeit suchen. Wir legen deshalb weiterhin den Schwerpunkt auf die Befähigung und Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen mit bedarfsgerechten individuell zugeschnittenen Angeboten. Der Mensch und seine Bedürfnisse für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt stehen dabei stets im Mittelpunkt. Beschäftigungsmaßnahmen und sozial flankierende Leistungen machen wir mit Coaching- und Qualifizierungsangeboten zu einem effektiven Aktivierungsinstrument.

Noch immer sind Menschen mit Behinderungen deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als nichtbehinderte Menschen. Arbeit ist ein wesentlicher Schlüssel zur Teilhabe und diese findet nicht in Sonderstrukturen statt. Es muss daher gelingen, den ersten Arbeitsmarkt inklusiv zu gestalten und für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen.

Wir brauchen auch unterstützend einen sozial- und gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt. Hier haben wir mit unserer Initiative auf Bundesebene bereits die Basis geschaffen. Die dafür notwendigen Schritte bis zur Umsetzung werden wir konsequent fortführen.

Mit den Partnern der Bundesagentur für Arbeit und in den Bezirken werden wir einen besseren und bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel in den Jobcentern umsetzen, der serviceorientierte Betreuung und Beratung möglich macht. Darüber hinaus hat sich die unabhängige Arbeitslosenberatung als Bereicherung des Beratungsangebotes erwiesen. Wir wollen daher die Förderung dieser Beratungsstellen weiter finanzieren und das Angebot bedarfsgerecht ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen möglichst schnell eine Ausbildung beginnen, studieren oder arbeiten können. Das ist der beste Weg der Integration. Mit dem Programm Arrivo erhalten geflüchtete Menschen die Möglichkeit, über ein Praktikum Einblick zum Beispiel in Handwerksbetrieben zu bekommen. Erweiternd wollen wir auch für Berufe in der Industrie Regelungen schaffen, mit denen Geflüchtete, aber auch andere Menschen ohne Arbeit, durch ein bezahltes Praktikum Einblick in Produktions- und Ausbildungsbereiche erhalten und so als zukünftige Fachkräfte gewonnen werden können. Dies folgt dem Ziel, allen Menschen eine Arbeit und Ausbildung zu vermitteln – insbesondere auch in Berufen, in denen wir schon heute einen erheblichen Mangel an Fachkräften haben. Solche und ähnliche Projekte werden wir fortsetzen.

Trotz einer Stadt im ständigen Wandel brauchen wir auch in der Arbeitswelt auch Zeit für Erholung, Zeit für Familie und Zeit für Freizeit. Daher halten wir generell an der Sonntagsruhe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fest und lehnen Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten auf weitere Sonntage ab.

Berufsperspektive für junge Menschen dank der Jugendberufsagentur

Wir haben mit der Jugendberufsagentur die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen an der Wurzel gepackt. Einmal dort angekommen erhalten junge Menschen unter einem Dach alle Leistungsangebote für einen gelungenen Übergang von der Schule in das Berufsleben: zielgenaue Beratung, Unterstützung und Betreuung aus einer Hand. Hilfe zur Berufsorientierung – von der Ausbildung, Weiterbildung bis zum Studium – wird dort angeboten. Dieses Angebot richtet sich insbesondere auch an Jugendliche mit Behinderungen. Wer noch unversorgt ist, erhält eine gezielte und zeitnahe Ansprache. Erst mit einem erfolgreichen Berufsabschluss oder -einstieg ist die Arbeit abgeschlossen. Keinen Tag früher.

Wir werden die Jugendberufsagentur in allen zwölf Bezirken aufbauen und die Beratungen und Betreuungen dort weiter harmonisieren und optimieren. Lücken im Angebot wollen wir schließen. Wo nötig, werden wir auch den Personalschlüssel erhöhen. Wir beteiligen die Betroffenen, die Jugendlichen

Wir verbessern die Betreuung in den JobCentern.

An der Sonntagsruhe halten wir fest.

Mit der Jugendberufsagentur optimieren wir die Betreuung und Beratung.

selbst, indem sie Vorschläge zur Verbesserung des Angebots machen können. Ihnen den bestmöglichen Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen bleibt das wichtigste und übergeordnete Ziel. So geht uns künftig keine Jugendliche und kein Jugendlicher mehr verloren.

Ausbildung sichern und Fachkräftemangel vorbeugen

Wir können nicht akzeptieren, dass der Anteil der ausbildenden Unternehmen in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen und gleichzeitig die Ausbildungsquote gesunken ist. Es sind vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung leisten. Vor allem im industriellen Bereich ist die Ausbildungsquote oftmals erschreckend gering – dies bei gleichzeitigem Klagen über Fachkräftemangel.

Wir fordern daher die Wirtschaft auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, ausreichend duale Ausbildungsplätze (einschließlich der in den überbetrieblichen Zentren) zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren. Tarifliche Branchenfonds sowie Vereinbarungen über mehr Ausbildungsplätze werden von uns unterstützt. Das Prinzip, wer nicht ausbildet, muss zahlen, wird von uns bekräftigt. Deshalb setzen wir uns mit einer Berliner Initiative für eine bundesweite Regelung zur finanziellen Beteiligung der nicht ausbildenden Betriebe ein. Sollte sich die Berliner Ausbildungsquote nicht verbessern, werden wir eine landeseigene Berliner Regelung prüfen, um nichtausbildende Betriebe an den Gesamtaufwendungen zur Ausbildung zu beteiligen.

Wir werden zudem zukünftig bei öffentlichen Aufträgen und weiterer Unterstützung Unternehmen bevorzugen, die eine Ausbildungsquote von mindestens fünf Prozent erfüllen.

Wir gehen mit gutem Beispiel voran. Schon heute haben wir eine Übernahmegarantie für alle Auszubildenden mit guten und befriedigenden Leistungen in der Verwaltung umgesetzt und bieten den ausreichend benoteten Auszubildenden eine zweite Chance.

Wir werden die Angebote zur Berufs- und Studienorientierung ausbauen, damit die Jugendlichen einen umfassenden Einblick in ihre beruflichen Perspektiven erlangen. Damit verbessern wir das so genannte Matching zwischen Betrieben und Jugendlichen, reduzieren Ausbildungsabbrüche und schaffen ein besseres Ausbildungsklima auf beiden Seiten.

Die SPD hat sich mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung auf Bundesebene erfolgreich für die Einführung der Ausbildungsplatzgarantie eingesetzt. Diesen Erfolg werden wir in Berlin fortführen und die Ausbildungsplatzgarantie konsequent umsetzen. Wir werden allen jungen Menschen eine sichere Perspektive auf einen Ausbildungsplatz bieten. Falls für Jugendliche durch die Annahme eines Ausbildungsplatzes höhere Fahrtkosten entstehen, werden wir notwendige Unterstützungsleistungen prüfen.

Jugendliche ohne Ausbildung und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf sollen die nötige Unterstützung durch eine Berufseinstiegsbegleitung oder assistierte Ausbildung bekommen. Auch eine Einstiegsqualifizierung kann durch den hohen praktischen Anteil ein sinnvoller Schritt für Jugendliche in Richtung einer dualen Berufsausbildung sein.

Besonders Alleinerziehende brauchen unsere Unterstützung. In Kooperation mit der Wirtschaft wollen wir gezielt alleinerziehende jungen Müttern und

*Wir stehen zum Prinzip:
Wer nicht ausbildet,
soll zahlen.*

*Im öffentlichen Dienst
bieten wir eine
Übernahmegarantie.*

Vätern in eine Teilzeitausbildung vermitteln. Gleichzeitig wollen wir die Lebenssituation von getrennt erziehenden Eltern, die sich nach der Trennung weiterhin gemeinsam der Verantwortung für ihre Kinder stellen, in unserer Familienpolitik noch stärker in den Fokus nehmen.

*Wir nehmen
Alleinerziehende
stärker in den Blick.*

Neben dem unbestrittenen Fachkräftemangel in den MINT-Fächern aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik besteht bereits jetzt ein großer Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften in den sogenannten SAGE-Berufen (Sozialarbeit, Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung). Als Land Berlin haben wir die große Chance gerade in diesen Bereichen weiterhin eine qualitativ hochwertige Ausbildung anbieten zu können. Wir werden verstärkt für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger Perspektiven schaffen.

Um dem Fachkräftemangel vorzubeugen, setzen wir uns für eine verbesserte und transparente Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und Qualifikationen ein.

*Im Ausland erworbene
Abschlüsse und Quali-
fikationen müssen
transparent geprüft
und anerkannt werden.*

Weiterhin wichtig bleiben Fort- und Weiterbildung und unser Anspruch des lebenslangen Lernens. Wir werden uns auch für bundesweite Regelungen einsetzen, damit Unternehmen durch bundesweite Regelungen ihren Anteil an Fort- und Weiterbildungen übernehmen. Es kann nicht sein, dass die Wirtschaft stets über Nachwuchsprobleme klagt, sich aber nicht selbst umfangreich daran beteiligt, Menschen zu qualifizieren, um sie in Arbeit zu bringen.

Auch die Aus- und Erwachsenenbildung muss sich im digitalen Zeitalter weiterentwickeln. Gerade dort bieten die neuen technischen Möglichkeiten die Chance, noch deutlich mehr Menschen den Zugang zu Weiterbildung zu ermöglichen. Wir werden Lernformen und Anforderungen an die Lehrkräfte entsprechend anpassen und Möglichkeiten in den Ausbildungsberufen für den Einsatz moderner Unterrichtsmethoden wie E-Learning prüfen.

Wir werden uns für anonymisierte Bewerbungen bei Land und Bezirken und in den landeseigenen Betrieben einsetzen. Es hat sich gezeigt, dass bei gleichen Qualifikationen ein fremd klingender Name, das Geschlecht oder das Alter oft bereits ein Hindernis sind, um zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren, bei dem zunächst nur die berufliche Qualifikation über die Einladung zu Bewerbungsgesprächen entscheidet, führt zu mehr Gerechtigkeit.

*Wir fördern
anonymisierte
Bewerbungsverfahren.*

Neue Ausbildungsinitiativen für die Stadt der Arbeit

Wir müssen auch neue Wege zu mehr Ausbildung gehen. Wir dürfen uns zum einen nicht mit Jugendarbeitslosigkeit abfinden und wir benötigen zum anderen für die klassischen und die digitalen Wirtschaftsbereiche mehr gut ausgebildete Fachkräfte.

Dafür wollen wir im Ausbildungsbereich in den nächsten Jahren vor allem in folgenden Bereichen neue Grundlagen für gute Ausbildung in Berlin legen:

- ▷ Wir werden im Rahmen der beruflichen Ausbildung stärker die Digitalisierung des Arbeitslebens in den Blick nehmen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Tarifparteien und Ausbildungsträgern überlegen, wo und wie bestehende Berufsbilder um Ausbildungsinhalte zum Thema Digitalisierung für alle Berufsfelder zügig ergänzt werden können und wo womöglich ganz neue Ausbildungsberufe nötig sind. Dafür werden wir

Das duale Abitur bietet Auszubildenden die Chance auf ein Studium.

auch Initiativen auf Bundesebene starten.

- ▷ Ergänzend und aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen der Berliner Berufsschulen wollen wir zukünftig an ausgewählten Oberstufenzentren ein Duales Abitur (Berufsausbildung mit Abitur) anbieten. Mit dieser Doppelqualifizierung können die Schülerinnen und Schüler gleichzeitig die allgemeine Hochschulreife ablegen und eine Berufsausbildung abschließen. So können die Jugendlichen sich auf Grundlage eines erlernten Berufes entscheiden, ob sie im Weiteren studieren oder ihrem Ausbildungsberuf nachgehen wollen.
- ▷ Ein wichtiger Bereich für die Berliner Wirtschaft sind die vielen Start-ups. Dort findet jedoch kaum Ausbildung statt, da viele Unternehmen erst einmal Fuß fassen müssen und nicht wissen, wie viele Jahre sie planen können. Wir wollen helfen eine Struktur zu schaffen, in der Ausbildung in Netzwerken ermöglicht wird und der Staat den Auszubildenden garantiert, dass sie ihre begonnene Ausbildung beenden können.
- ▷ Viele junge Menschen, auch gerade unter den zu uns geflüchteten, wissen nicht, welche Berufe es gibt und welche für sie interessant sein könnten. Über Praktika in Unternehmen können sie häufig am besten an ein Berufsfeld herangeführt werden. Wir wollen gemeinsam mit den Unternehmen, Verbänden und Arbeitnehmervertretungen eine „praktische industrielle Berufsorientierung“ aufbauen. Natürlich darf dadurch keine reguläre Arbeit verdrängt werden, sondern die jungen Menschen sollen in den Unternehmen durch praktische Erfahrungen an für sie geeignete Berufe herangeführt werden.
- ▷ Ausbildung ist ein wichtiger Baustein für Integration. Wir wollen deswegen gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Programme entwickeln, die den geflüchteten Menschen nicht nur die Möglichkeit geben, in Gemeinschaftsunterkünften aktiv ihr Umfeld mit zu gestalten, sondern ihnen auch einen Einblick in mögliche Berufsfelder geben. Dadurch kann die Berufsorientierung gefördert werden und gleichzeitig wird das Gemeinschafts- und Verantwortungsgefühl gestärkt. Im Weiteren muss die Vermittlung in reguläre Ausbildung organisiert werden.

Geflüchtete wollen wir so schnell wie möglich in Ausbildung und Arbeit bringen.

Potenziale älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen

Eine alternde Gesellschaft verändert Berlin und die Arbeitswelt. Für die steigende Zahl der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen wir ein Programm für die Zielgruppe 45plus. In diesem Alter wollen viele nicht mehr den Job wechseln, sich im Job aber trotzdem weiterentwickeln und neue Sichtweisen kennenlernen. Deshalb setzen wir uns für mehr Jobrotationen ein, etwa innerhalb von Abteilungen eines Bezirksamtes, mit den Berliner Senatsverwaltungen oder Rotationen im Austausch mit der Privatwirtschaft. Jobrotationen bieten ein enormes Weiterentwicklungspotenzial für die Teilnehmenden und die Behörde bzw. Unternehmen.

Wir fördern den Quereinstieg in den öffentlichen Dienst.

Speziell für lebens- und berufserfahrene Frauen ab 45 Jahren wollen wir ein Programm ins Leben rufen, welches ihnen den Quereinstieg in den Öffentlichen Dienst erleichtert. Die öffentliche Verwaltung steht in den kommenden Jahren durch das altersbedingte Ausscheiden einer großen Anzahl von Beschäftigten vor einem Fachkräftemangel, den gerade ältere Frauen durch ihre Kompetenzen und Erfahrungen verringern können.

Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt ist unmittelbar verbunden mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt in den vergangenen Jahren. Sie ist die Basis für gute Arbeit. Die prosperierende Wirtschaft verschafft uns mehr Steuereinnahmen und Spielräume für Investitionen in die Zukunft. Berlin muss in seiner Wirtschaftskraft weiter zu anderen Metropolregionen aufschließen. Wir werden die Chance nutzen, um die Stadt zu einem führenden Standort für Innovation und Hightech zu machen.

Innovationspolitik stärken

Mit einem 10-Punkte-Plan werden die SPD und der Regierende Bürgermeister Michael Müller Berlin zur digitalen Hauptstadt machen. Deshalb werden unter anderem in den kommenden Jahren an den Universitäten und Fachhochschulen der Stadt 30 neue IT-Professuren entstehen. Darüber hinaus wird es in einem sogenannten City-Lab, einem Schaufenster der Digitalisierung, allen Bürgerinnen und Bürgern möglich sein, Stadtentwicklern, Ingenieuren und Kreativen über die Schulter zu schauen.

Wir machen Berlin zur digitalen Hauptstadt.

Die hohe Dichte an Hochschulen, Forschungszentren sowie Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir verstärkt für Berlin nutzen. Durch einen verstärkten Technologietransfer können wir mehr Innovationen und wirtschaftliches Wachstum für Berlin erreichen. Wir wollen die Bereiche Wissenschaft und Forschung, um ihrer Einheit gerecht zu werden, wieder in einer Senatsverwaltung zusammenfassen.

Berlin als Gründungsmetropole ausbauen

Berlin lebt von seiner Vielfalt. Unternehmen, Gründerinnen und Gründer und Fachkräfte aus aller Welt zieht es in die Stadt. Sie bringen internationales Flair, Kreativität und eine Aufbruchsstimmung nach Berlin. Ohne diese Zuwanderung würden wir in Deutschland unseren Wohlstand nicht halten können. Berlin ist der Ort, an dem Neues entsteht, Unternehmen gegründet und neue Geschäftsmodelle ausprobiert werden. Mit seinen mehr als 70 außeruniversitären Forschungseinrichtungen hat Berlin hierfür eine gute Ausgangslage.

Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. Die Berliner SPD wird durch die bessere Vernetzung aller Akteure und eine weitere Optimierung der Fördermöglichkeiten das Gründungsumfeld unterstützen. Von der Kreativwirtschaft gehen viele Impulse in die Berliner Wirtschaft aus. So profitieren insbesondere innovationsstarke Unternehmen von der Kreativszene und die Tourismuswirtschaft fußt auf einer starken und vielfältigen Kultur- und Kreativlandschaft Berlins. Sie zu stärken, ist uns wichtig.

Neue Branchen schaffen Arbeitsplätze in Berlin.

Die Fokussierung auf Schwerpunktbranchen bei der Förderung war richtig – hier erzielt Berlin überdurchschnittliche Wachstumsraten und Beschäftigungszuwachs. Ein gutes Beispiel ist die Gesundheitsbranche, wo vom kleinsten Unternehmen bis zum internationalen Konzern alle Firmen in der Stadt vertreten sind. Das neu gegründete Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG) ist ein weiterer Meilenstein, um die Stadt weltweit an der Spitze der biomedizinischen Forschung zu etablieren. Wir verfolgen das Konzept der sozialen Gesundheitswirtschaft, um mehr Lebensqualität, bessere Arbeitsplätze und qualitatives Wachstum gemeinsam zu verwirklichen. Im Cluster Informations- und Kommunikationstechnik, Medien- und Kreativbranche erwirtschaften zudem mittlerweile rund 250.000 Berlinerinnen und Berliner mehr als 28 Milliarden Euro.

Deshalb gilt für uns: Berlin muss nicht überall Weltmeister sein. Wir werden unsere Förderpolitik weiterhin auf die Stärken der Stadt ausrichten.

Industriepolitik und moderne Dienstleistungspolitik

Die Industrie ist wieder ein Rückgrat der Berliner Wirtschaft.

Moderne Industriepolitik ist ein wesentlicher Faktor sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. In den vergangenen Jahren ist es durch eine konsequente Industriepolitik gelungen, große Industrieunternehmen in Berlin zu halten und Standorte auszubauen. Die Berliner Industrie bildet wieder ein wichtiges Rückgrat für gute Arbeit und Wirtschaftswachstum. Umfangreiche Investitionen großer Unternehmen in den letzten Jahren beweisen die Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik. Diese erfolgreiche Politik wollen wir weiterführen, um weiterhin zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Dazu gehören unter anderem die Unterstützung bei Ansiedlungen, die Bereitstellung von Flächen und schnelle Genehmigungsverfahren. Aber wir erwarten auch einen verantwortungsvollen Beitrag für mehr Beschäftigung und vor allem Ausbildung.

Der Steuerungskreis und der Masterplan Industrie sind die zwei wichtigsten Instrumente hierfür und werden von uns unterstützt und gefördert. Als Berliner SPD setzen wir uns für eine Revitalisierung des Masterplans und eine stärkere Umsetzung ein. Hierzu soll der Steuerungskreis beim Regierenden Bürgermeister das zentrale Gremium sein, in dem einzelne Maßnahmen koordiniert, evaluiert und diskutiert werden. Diesen wollen wir ausbauen.

Mit uns wird Berlin führende Smart City in Europa.

Wir machen Berlin zur führenden Smart City Europas. Berlin als eine stark wachsende Stadt, verlangt nach vernetzten und intelligenten Lösungen, mit denen wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen können. Ob innovative Mobilitätskonzepte, altersgerechtes Leben in den eigenen vier Wänden oder die digitale Vernetzung von Behörden und Krankenhäusern: In vielen Bereichen ist Berlin schon heute eine intelligente Stadt. Besonders wichtig dabei ist uns der gesellschaftliche Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger.

Wichtige Voraussetzung dafür sind unsere Fachkräfte. Sie stellen mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten sicher, dass sowohl in den Unternehmen als auch in den Behörden die Digitalisierung eine Chance für unsere Stadt sein wird.

Der Dienstleistungssektor hat einen wichtigen Anteil an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Berlins in den vergangenen Jahren. Dienstleistungsarbeit ist Interaktionsarbeit, das heißt „Arbeit am und mit Menschen“. Diese Arbeit ist sehr anspruchsvoll und muss deshalb eine gesellschaftliche Aufwertung erfahren. Durch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wollen wir die Professionalisierung im Dienstleistungsbereich weiter vorantreiben.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft und die Art unseres Arbeitens rasant. Die Berliner SPD wird diesen Wandel aktiv mitgestalten, damit die Digitalisierung zu mehr Lebensqualität, Gerechtigkeit, Teilhabe und wirtschaftlichem Wachstum führt.

Industrie 4.0 vernetzt Industrie und Digitalwirtschaft ebenso wie etablierte

und junge Unternehmen. Sie stellt eine große Chance zur Ansiedlung neuer Innovations- und Entwicklungsabteilungen dar. Die anstehende Digitalisierung der Berliner Unternehmen sowie die stark wachsende Branche der Softwareentwicklung werden zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen führen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir darauf achten, dass die Digitalisierung keine Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte aushöhlt.

Wir schaffen die Voraussetzungen für eine schnelle und umfassende Digitalisierung, indem wir einen flächendeckenden Zugang zu Breitband- und Mobilnetzen ermöglichen, Fachkräfte durch Ausbildung und Zuwanderung nach Berlin holen und unsere Verwaltung fit machen in allen Bereich der Digitalisierung.

Berlin ist Europas digitale Hauptstadt. Innovative Ideen, neue Technologien, eine ausgezeichnete Wissenschaftslandschaft und vernetzte Cluster sind die Grundlage für das weltweit hohe Renommee unserer digitalen Wirtschaft und Berlins als Smart City der Zukunft. Diese Kompetenzen wollen wir auch künftig stärken.

Die Digitalisierung betrifft alle Berlinerinnen und Berliner, sie verändert die Art wie wir leben und wie wir arbeiten. Es geht um die Kontrolle von Daten, um soziale Teilhabe und Partizipation. Die SPD will durch eine kluge und vorausdenkende Digitalisierungs- und Netzpolitik die Chancen für intelligente Produktionsprozesse, soziale Teilhabe und offenen Zugang zu Daten nutzen. Michael Müller hat gemeinsam mit der Wissenschaft ein Zehn-Punkte-Programm für die digitale Hauptstadt in die Umsetzung gebracht. Wir setzen daran an und machen es zur „Digitalen Agenda für Berlin“.

Berlin wird digitale Hauptstadt.

Die notwendige Voraussetzung für die Digitalisierung sind gute digitale Infrastrukturen. Berlin ist Breitbandhauptstadt und will die Spitzenstellung in Deutschland behalten.

Berlin soll darüber hinaus Vorreiter moderner Technologien und einer urbanen Infrastruktur werden, um Chancen zum Beispiel in der Medizin oder für eine intelligente Verkehrslenkung zu nutzen. Berlin muss Deutschlands erste 5G-Stadt werden. Nur dieser neue Mobilfunkstandard ermöglicht die Integration von Anwendungsprozessen zum Beispiel führerloses Fahren auf der Basis von leistungsfähigem, funkgestütztem, schnellem Internet. Wir werden die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet vorantreiben und notwendige Mittel für die Breitbandinfrastruktur hierfür bereitstellen.

Wir führen den 5G-Standard im Mobilfunk ein.

Zukunftsorte profilieren

Technologiepolitik ist in Berlin eine politische Kernaufgabe. Wir sorgen weiter für ein gutes Innovationsklima, eine starke Wissenschafts- und Forschungslandschaft und eine hohe Lebensqualität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So bauen wir unser Profil als Hightech-Standort aus.

Die Entwicklung des Technologiestandortes Adlershof hat uns gezeigt, dass man mutige und langfristig angelegte Entscheidungen treffen muss, um neue und zukunftsfähige Standorte zu etablieren. Mehr als zehntausend Arbeitsplätze sind hier neu entstanden. Der Technologiestandort Adlershof ist eine Riesenerweiterung für Berlin. Die dortige Entwicklung ist ein Beispiel dafür, wie aus Wissen Arbeit werden kann. Das Erfolgskonzept der Zukunftsorte wollen wir weiterentwickeln.

Intelligente Flächennutzung schafft Raum für Innovationen. Wir brauchen noch mehr Orte, an denen sich Innovationen entwickeln können. Nach dem Ende des Flugbetriebs werden wir auf dem Gelände des Flughafens Tegel einen weltweit einmaligen Industrie- und Forschungspark für urbane Technologien realisieren. Dieser Technologie-Standort schafft eine weitere Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Technologie, insbesondere durch die Kooperation mit der Beuth-Hochschule für Technik. Durch das auf dem Gelände ebenfalls neu entstehende Wohnviertel werden wir hier die Berliner Mischung von Arbeiten und Leben im gleichen Quartier weiter entwickeln.

Gewerbeflächen sichern

In unseren Quartieren müssen Wohnen und Arbeiten zusammengehen.

Eine wachsende Wirtschaft weist auch in innerstädtischen Lagen einen höheren Flächenbedarf auf. Um eine weiterhin dynamische Entwicklung der Berliner Unternehmen zu ermöglichen, müssen bestehende öffentliche wie private Gewerbeflächen gesichert und neue ausgewiesen werden. Neue Stadtquartiere sollen die Nähe von Wohnen und Arbeiten sicherstellen.

Ohne bezahlbare Gewerbeflächen im innerstädtischen Bereich können viele kleine Betriebe nicht existieren. Diese müssen erhalten bleiben. Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft, auch die kleinen und mittleren Unternehmen. Wir wollen sie aktiv bei der Digitalisierung und Vernetzung ihrer Geschäftsprozesse unterstützen. Wir wollen innovative Anwendungen für die Breite des Mittelstandes aufbereiten und Investitionsentscheidungen erleichtern.

Eine zukunftsfähige Berliner Unternehmenslandschaft ist auf die Kreativität und die Innovation vieler kleiner und mittlerer Unternehmen, Labs und Start-ups angewiesen, die auch Jahr für Jahr tausende neuer Arbeitsplätze schaffen. Diesen Wirtschaftssektor wollen wir weiter mit Beratungs- und Förderprogrammen unterstützen.

Die Förderangebote müssen regelmäßig auf ihre Leistungsfähigkeit sowie auf ihren Nutzen für die Stadt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Das gilt sowohl für die Angebotspalette der Investitionsbank Berlin als auch für die Förderungsstruktur von Berlin Partner.

Mittelstand und Handwerk stärken

Die mittelständische Wirtschaft ist unser Rückgrat für den Erfolg Berlins. Die in Berlin ansässigen kleinen und größeren Unternehmen sind Basis für die gute wirtschaftliche Entwicklung. Wir legen besonderen Wert darauf, ihnen beste Rahmenbedingungen zu bieten. Dazu gehören optimale Betreuung und Service in der Verwaltung. Den von uns eingeführten Unternehmensservice werden wir weiter verbessern und das Modell der „kurzen Wege“ sowie die Entwicklung von Schnittstellen zur besseren Vernetzung vorantreiben.

Wir stärken das regionale Handwerk.

Der aktuelle Boom, der Neubau von Wohnungen, die Sanierung von Schulen und Sporthallen und energetische Modernisierungen schaffen viele Arbeitsplätze im Handwerk. Wir wollen auch weiterhin mit möglichst kleinteiliger Auftragsvergabe das regionale Handwerk stärken.

Das „Aktionsprogramm Handwerk“ setzen wir konsequent fort, um jungen Menschen, Migrantinnen und Migranten und vor allem Frauen den Zugang zum Handwerk zu ermöglichen.

Verwaltung als modernen und verlässlichen Dienstleister aufstellen

Die bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung braucht einen Innovationschub. Innovation durch Digitalisierung, aber auch durch moderne Strukturen, die schnellen und einfachen Service ermöglicht. Wir werden das eGovernment-Gesetz nutzen, um eine barrierefreie Digitalisierung der Verwaltung durchzusetzen.

Wir machen die Berliner Verwaltung digital.

Eine Organisationsreform wird Innovation ermöglichen. Dazu werden wir die finanziellen Ressourcen, die digitalen Infrastrukturen und Kompetenzen zentralisieren und durch Best Practice motivieren. Die Zeit der „technischen Kleinstaaterei“ muss beendet werden. Die Verwaltung der Bürgerämter soll durch digitale Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden.

Zusammen mit Berliner Start-ups und der Wissenschaft soll eine zentrale Innovationseinheit in der Berliner Verwaltung Prozesse reformieren. Bürgerdienstleistungen müssen – soweit rechtlich möglich – von zuhause über Online-Formulare erledigt werden können. Der eigene Laptop oder das Smartphone als mobiles Bürger- bzw. Bezirksamt ist unser Ziel. Dazu werden wir in der Weiterbildung der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung legen und einen Erhalt qualifizierter Arbeitsplätze berücksichtigen.

Die Open-Data-Strategie der vergangenen Wahlperiode werden wir fortführen und ausbauen. Offene Daten sind die Voraussetzung von Teilhabe und ein Wirtschaftsfaktor. Auf einer E-Partizipationsplattform, die wir einführen, soll über Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität in Berlin diskutiert werden.

Berlin braucht den leistungsfähigen BER

Wir stehen zu unserer Verantwortung für den Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg (BER), den wir gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund in öffentlicher Verantwortung realisieren. Auch die beteiligten Unternehmen sind aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen und alles dafür zu tun, den Bau des BER erfolgreich abzuschließen.

Wir brauchen einen erfolgreichen Flughafen, um den Wirtschaftsstandort Berlin zu sichern. Durch den neuen Flughafen und die Entwicklung der umliegenden Stadtrandgebiete entstehen zehntausende neue Arbeitsplätze in Berlin. Wir sind überzeugt davon, dass der neue Hauptstadtflughafen nach seiner Eröffnung eine Erfolgsgeschichte wird. Die Zahl der Fluggäste in Berlin hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt. Diese Passagiere verdienen und bekommen einen leistungsstarken und attraktiven Airport mit Ausbaupotenzial zur Anpassung an die Flugzahlen und besten Anbindungen an das Berliner Zentrum.

Wir machen den Flughafen BER erfolgreich.

Kooperation mit Brandenburg ausbauen

Die Gestaltung der Metropolenregion Berlin/Brandenburg wollen wir in guter Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg voranbringen. Berlin und Brandenburg bilden eine gemeinsame Wirtschaftsregion. Wir werden deshalb die enge Zusammenarbeit auch im Bereich der Wirtschaftsförderung fortsetzen und Brandenburg anbieten, weitere Handlungsfelder zu eröffnen. Zu den Handlungsfeldern gehören eine gemeinsame Landesplanung, ins-

besondere eine nachhaltige Energieplanung, die sowohl den Ausstieg aus der Braunkohle vorsieht wie auch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Planung von Atomkraftwerken bei unseren polnischen Nachbarn.

Oderpartnerschaft – Zusammenarbeit mit den benachbarten polnischen Regionen intensivieren

Wir profitieren von einer guten Zusammenarbeit mit Polen.

Europa wächst an den Grenzen zusammen. Die Berliner SPD-Fraktion und der SPD-geführte Senat haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn im Bereich der Wirtschaft, Universitäten, Tourismus und der Logistik mit den benachbarten Metropolen Stettin, Posen und Breslau im Projekt „Oder-Partnerschaft“ vorangetrieben.

Zusammenarbeit setzt eine gute Erreichbarkeit auch auf der Schiene voraus. Die in der „Oder-Partnerschaft“ begonnenen Aktivitäten müssen intensiviert und finanziell abgesichert werden. Hierzu zählen ein attraktives integriertes Konzept für schnelleren und umsteigefreien Fern- und Regionalverkehr nach Polen, insbesondere nach Stettin, Gorzów und Swinemünde, und die Umsetzung unseres Stufen-Plans für die Revitalisierung des Eisenbahnfernverkehrs Berlin – Breslau mit Anbindung des BER-Flughafenbahnhofs bis 2018.

Mit der Zusammenarbeit und dem Dialog stärken wir auch die europafreundlichen Kräfte in Polen und Deutschland.

Wachstumsbranche Tourismus

Im vergangenen Jahr kamen so viele Touristen wie noch nie nach Berlin. Im Jahr 2015 gab es in Berlin erstmals mehr als 30 Millionen Übernachtungen. Der Tourismus ist von herausragender Bedeutung für die Stadt. Wir werden gemeinsam mit der Berlin Tourismus Marketing Agentur „visitBerlin“ die Tourismusförderung weiter ausbauen.

Der Tourismus bietet den Menschen in unserer Stadt Chancen etwa durch einen überdurchschnittlichen Ausbildungsanteil im Gastgewerbe und dessen Offenheit gegenüber Quereinsteigern und ungelerten Arbeitskräften. Die Berliner SPD will hier die Arbeitnehmerrechte durch entsprechende Kontrollen der arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen wirksam schützen und stärken.

Die Berliner SPD spricht sich für die Stärkung der touristisch bedeutsamen Fernbahnhöfe aus. Die Ladenöffnungszeiten in Fernbahnhöfen sollten denen der Flughäfen gleichgestellt werden. Diese Anpassungen sollen unter Berücksichtigung der umliegenden Geschäfte nicht wettbewerbsverzerrend sein.

Die Bewerbung von Besuchszielen außerhalb der herkömmlichen Touristenrouten trägt zur Erhöhung der Special-Interest-Besuche und damit zur Stärkung der Tourismuswirtschaft dieser Gebiete bei.

Messestandort Berlin

Das ICC wollen wir sanieren und so den Messestandort weiter stärken.

Messen und Kongresse stellen einen wichtigen Teil des Berlin-Tourismus dar. Angesichts der steigenden Nachfrage müssen die Kongresskapazitäten bedarfsgerecht angepasst und ausgebaut werden. Die Berliner SPD bekennt sich zum Erhalt und Umbau des Internationalen Congress Centrums Berlin, kurz ICC, das 2014 wegen einer umfassenden Gebäudesanierung und tech-

nischen Überholung vorübergehend geschlossen wurde. Der Umbau des etablierten und weltweit nachgefragten Kongresszentrums stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Berlins im Messe- und Kongresstourismus.

Berlin als Zentrum des Nord-Süd-Dialogs

Die Berliner SPD führt die bewährte und überparteilich gestützte Landesentwicklungspolitik fort. Gleichzeitig wollen wir entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen noch besser vernetzen und die Städtepartnerschaften Berlins intensivieren, insbesondere in den Bereichen ökologische Stadtentwicklung und Integration von Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft.

Industriekultur als Standortfaktor

Berlin verfügt über ein reiches architektonisches und kulturelles Erbe der industriellen Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dieses Potential für moderne Produktion, kreativwirtschaftliche und kulturelle Nutzungen sowie den Tourismus zu erschließen.

Unser Programm für Wohnen, Umwelt und Mobilität

Leben und Wohnen in Berlin

Die Hauptstadt Berlin erfreut sich, nicht zuletzt dank der erfolgreichen sozialdemokratischen Politik – einer enormen Attraktivität, Anziehungskraft und internationaler Beliebtheit. Wir haben die politischen Weichen gestellt

- ▷ für eine attraktive Kultur- und Wirtschaftsentwicklung
- ▷ für einen modernen Personennahverkehr
- ▷ für mehr Wohnungen und eine sozialverträgliche Mietenentwicklung
- ▷ für eine insgesamt soziale Stadtentwicklung in allen Stadtbereichen
- ▷ für eine nachhaltige Energieversorgung und -nutzung und für einen langfristigen Klimaschutz sowie für den Erhalt der für Berlin charakteristischen „grünen Elemente“
- ▷ für eine intakte urbane Umwelt mit sauberer Luft und sauberem Wasser und weniger Lärm, wie auch einem effizienten Ressourcenmanagement
- ▷ für den Schutz der städtischen Natur und der hohen Biodiversität
- ▷ für die Erschließung und Entwicklung des öffentlichen Raums als Ort mit neuer Lebens- und Nutzungsqualität

Auf Jahre hinaus werden wir eine wachsende Metropole bleiben. Die SPD wird dafür sorgen, dass für diesen Wachstumsprozess in der Stadtentwicklung die Leitbilder der nachhaltigen, grünen sowie der weltoffenen, europäischen, urbanen und solidarischen Stadt mit einer ausgeprägten sozialen und funktionalen Mischung gelten. Wir stehen für eine sozial-orientierte Stadt-

*Auch die wachsende
Metropole erhalten wir
mit bester Lebensqualität.*

entwicklungspolitik. Berlin soll eine attraktive Metropole mit hoher Lebensqualität bleiben. Hier leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, Einstellungen und Einkommen zusammen. Die soziale Mischung in den Kiezen wollen wir bewahren.

Weil auch in den kommenden Jahren mit einem starken Bevölkerungswachstum zu rechnen ist, werden wir ein nachhaltiges Wachstum der Stadt fördern und sozialverträglich gestalten. Ein für alle Einkommensgruppen leistbares und ausreichendes Wohnungsangebot ist das zentrale Ziel und die entscheidende Herausforderung für die Daseinsvorsorge. Bezahlbare Wohnungen sind zudem ein wichtiger Standortfaktor.

*Mit uns bleibt
Wohnen bezahlbar.*

Berlin ist eine Stadt der Mieterinnen und Mieter. Von den 1,9 Millionen Wohnungen in Berlin sind 85 Prozent Mietwohnungen. Die SPD wird weiterhin alles tun, um Berlins Mieter zu schützen. Die Bezahlbarkeit der Wohnung ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Niemand soll Angst haben vor zu hohen Wohnkosten und Verdrängung. Die Stabilisierung des Mietniveaus in der Stadt gehört zu den wichtigsten Zielen unserer Politik. Sozialorientierter Wohnungsbau, Mieterschutz und eine öffentlich gesteuerte Stadtentwicklung haben für die SPD Priorität im Regierungshandeln.

Bezahlbare Mieten und Mieterschutz sichern

Wir haben Wort gehalten und alle gesetzlichen Möglichkeiten auf Landesebene ausgeschöpft, um bezahlbare Mieten zu sichern.

*Mit einer Vielzahl
von Maßnahmen
dämpfen wir den
Mietpreisanstieg.*

Die von der SPD auf Bundesebene durchgesetzte Mietpreisbremse hat Berlin als erstes Bundesland umgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mietpreisbremse in ihrer Wirksamkeit verbessert und die Einhaltung durch geeignete Maßnahmen in allen Stadtteilen gesichert wird.

Das „Mietenbündnis“ mit den landeseigenen Gesellschaften gewährleistet eine sozialverträgliche Wohnungsversorgung gerade für Haushalte mit geringem Einkommen und soll fortgesetzt werden. Wir werden auch die landeseigene Gesellschaft Berlinovo mit einbeziehen.

Spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir weiter bekämpfen. Das Zweckentfremdungsverbot wurde wieder eingeführt. Tausende Ferienwohnungen oder gewerblich genutzte Wohnungen werden so wieder dem Mietwohnungsmarkt zugeführt, die Gewerbenutzung wird erschwert. Zur wirksamen Verfolgung der Zweckentfremdung werden wir weiter mehr Personal zur Verfügung stellen.

Es gibt in Berlin wieder eine Wohnungsbauförderung

Wir wollen den eingeschlagenen Weg konsequent und mit noch größeren Anstrengungen und Erfolgen fortsetzen.

Wir haben den Schutz vor Eigenbedarfskündigungen erhöht und die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erschwert. Die erfolgreiche Anwendung des qualifizierten Berliner Mietspiegels wird fortgesetzt.

Die Berliner SPD wird sich auf Bundesebene für eine Verschärfung der Mietpreisbremse sowie eine zeitliche Befristung und deutliche Absenkung der Modernisierungumlage perspektivisch auf 6 Prozent bei Einführung einer

Angemessenheitsprüfung von Modernisierungsinvestitionen und einer Kappungsgrenze für modernisierungsbedingte Mieterhöhungen einsetzen. Mieter brauchen Schutz vor unsinnigen energetischen und Luxusmodernisierungen. Das Land Berlin wird sich für ein Mietspiegel-Gesetz einsetzen und wir werden im Mietrecht den Kündigungsschutz insbesondere gegen „Eigenbedarf“ und „wirtschaftliche Verwertung“ verbessern. Die Berliner SPD unterstützt die mietenpolitische Gesetzesinitiative von Bundesjustizminister Heiko Maas.

Das Geschäft der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wollen wir weiter erschweren. Die Berliner Umwandlungsverordnung ist ein Erfolg sozialdemokratischer Politik. Wir wollen durch eine Novelle des sozialen Erhaltungsrechts im Baugesetzbuch die Schutzinstrumente gegen Luxusmodernisierung verbessern. Die SPD wird einen Fonds einrichten, um den Bezirken zu ermöglichen, ihr Vorkaufsrecht in Erhaltungssatzungsgebieten auszuüben, um Mietervertreibung durch Modernisierung und Umwandlungen effizienter verhindern zu können. Die SPD wird eine Ausweitung der Kulisse von Erhaltungssatzungen befördern.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, zur Gewährleistung einer sozial gerechten Bodennutzung „die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Kreise der Bevölkerung“ als Planungsziel in das Baugesetzbuch aufzunehmen.

Für die Versorgung insbesondere von Haushalten mit niedrigeren Einkommen unverzichtbare Sozialwohnungen müssen dauerhaft preisgünstiger sein als frei finanzierte Wohnungen. Wir werden das Landeswohnraumgesetz novellieren und ein einkommensorientiertes Mietenmodell für den verbleibenden Bestand geförderter Wohnungen einführen.

Die SPD will die noch bestehenden Mieten- und Belegungsbindungen bei geförderten Wohnungen erhalten.

Durch die Einführung von Kappungsgrenzen bei den Mieten in Berliner Großsiedlungen konnten wir dort bereits eine sozial ausgerichtete Mietentwicklung für mehrere Jahre sichern. Das neue „Berliner Wohnraumversorgungsgesetz“ brachte wichtige Neuerungen im sozialen Wohnungsbau. Für Mieterinnen und Mieter in privaten Sozialwohnungen wird die Miethöhe wie bei den landeseigenen Gesellschaften auf maximal 30 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens beschränkt.

Wir treiben einen sozialorientierten Wohnungsneubau voran

Neubau ist der beste Weg, um Wohnungsmangel zu bekämpfen. Wir sorgen dafür, dass vor allem im bezahlbaren Preissegment neuer, zusätzlicher Wohnraum entsteht. Für eine sozialraumorientierte Wohnraumversorgung in Berlin haben wir für die nächsten Jahre insgesamt einen Betrag von 1,4 Mrd. Euro gesichert. Um Genehmigungen zu beschleunigen, wird das Verwaltungspersonal weiter aufgestockt und es werden rechtliche Anpassungen vorgenommen. Wir werden den Wohnungsbau weiter vereinfachen und sozialer ausrichten, um gezielt bezahlbaren Wohnraum zu vermehren.

Um mehr kommunale Wohnungen im günstigen Preissegment anbieten zu können, die nicht teuer subventioniert werden müssen, setzen wir auf bezahlbare Wohnungen mit einfacheren Standards.

Neubau ist der beste Weg, um Wohnungsmangel zu bekämpfen.

Die Förderung des Baus bezahlbarer Wohnungen für untere und mittlere Einkommensgruppen will die SPD in einem ersten Schritt auf 5.000 Wohnungen im Jahr ausdehnen und für eine effiziente, nachfragegerechte und einkommensorientierte Förderung sorgen. Wir werden den Wohnungsbau weiter beschleunigen.

Im Wohnungsneubau setzen wir auf eine maßvolle Verdichtung bestehender Quartiere, verbunden mit der Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Eigenarten und Stärken. Die Mobilisierung von Wohnbauland im gesamten Stadtgebiet erfordert eine intensiviertere Bauleitplanung, die Anwendung des Besonderen Städtebaurechts sowie die Konversion von Gewerbebrachen und Bahnflächen. Die städtebauliche Entwicklung neuer Gebiete erfordert eine sorgfältige Planung im Bewusstsein, dass für viele Jahrzehnte lebenswerte Quartiere entstehen.

Wir errichten 5.000 neue Wohnungen für Studierende.

Dem Bedarf der Studierenden nach Wohnraum werden wir weiter durch den Bau von 5.000 Wohnungen entsprechen. Zu uns geflüchteten Menschen werden wir eine Wohnperspektive bieten durch den schnellen Bau von zusätzlichem Wohnraum und auf 60 landeseigenen Grundstücken Wohnraum für 24.000 Menschen in Modulbauweise errichten.

100.000 neue landeseigene Mietwohnungen bis 2026.

Der Beitrag der landeseigenen Wohnungsgesellschaften zu einem sozial orientierten Wohnungsbau ist für unsere Ziele entscheidend. Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Zahl der landeseigenen Wohnungen durch Neubau und Zukäufe bereits von 270.000 auf über 300.000 erhöht. Unser Ziel ist es, den Bestand bis spätestens 2026 auf 400.000 Wohnungen bei den landeseigenen Gesellschaften anzuheben. Das wirkt regulierend auf die Mietpreisentwicklung und gibt uns die Chance, Wohnungen auch an Haushalte mit kleinen Einkommen zu vermitteln. Schon heute geht mehr als jede zweite frei werdende landeseigene Wohnung an einen Haushalt mit Wohnberechtigungsschein. Durch eine Änderung der Landesverfassung wollen wir eine Privatisierung städtischer Wohnungsunternehmen für die Zukunft ausschließen. Landeseigene Grundstücke sollen nur noch im Ausnahmefall privatisiert werden, und dann nur mit sozialen Bindungen.

Die Berliner Mischung erhalten

Es ist die besondere Qualität Berlins, auch mitten in der Stadt zu bezahlbaren Mieten wohnen zu können. Wohnen in der Innenstadt darf kein Luxus werden! Wir wollen die besondere „Berliner Mischung“ aller Wohnquartiere erhalten. Deshalb hat der Senat bei Neubauprojekten, für die Baupläne neu erstellt oder geändert werden müssen, in städtebaulichen Verträgen durchgesetzt, dass ein Viertel der Wohnungen zu günstigen Mieten angeboten werden muss. Insgesamt hat sich das „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ bewährt und soll fortgesetzt werden. Gleichzeitig denken wir beim Wohnungsneubau Gewerbeflächen für das Handwerk mit. Die SPD will die Rechtsinstrumente der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme wieder nutzen und eine unterstützende Liegenschaftspolitik zu praktizieren.

Neue Wohnformen fördern

Wir unterstützen neue Wohnformen einschließlich Genossenschaften. Hierzu gehören auch neue Wohnformen beispielsweise für queere Berlinerinnen und Berliner jeden Alters. Das stärkt Selbstverantwortung und sozialen Zusammenhalt vor Ort und ermöglicht die Schaffung von neuem Wohnraum. Da, wo öffentlich gefördert wird, muss stets bezahlbares Woh-

nen entstehen. Im Rahmen der Berücksichtigung der demografischen Entwicklung setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen in unserer Stadt so lange wie möglich in ihren Wohnungen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir unterstützen und fördern die dafür notwendigen Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen. Unser Ziel sind bezahlbare und barrierefreie Wohnungen für alle Menschen – ob Familien mit Kindern, Ältere, Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderungen.

Barrierefreies Wohnen ermöglichen

Der Bedarf an barrierefreien Wohnungen für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen steigt an. Wir wollen, dass der bedarfsgerechte Umbau im Bestand und auf Zuwegungen zu Wohnungen möglichst leicht stattfinden kann und dass dieser auch bei einem Mieterwechsel bestehen bleibt. Einmal abgeschaffte Barrieren dürfen nicht wieder aufgebaut werden. Darum wird sich die SPD mit einer Bundesratsinitiative für eine Änderung des Wohneigentums- und des Mietrechts einsetzen, damit Vermieterinnen und Vermieter sich dem nicht weiter verschließen können. Die SPD bekennt sich zu der 2006 erfolgten Verankerung der Barrierefreiheit in der Bauordnung.

Barrierefreie Wohnungen fördern wir besonders.

Neue Liegenschaftspolitik auch im Bund

Wir fordern vom Bund eine Neue Liegenschaftspolitik, die sich am Berliner Modell orientiert. Zur Veräußerung stehende, bundeseigene Liegenschaften sollen vom Land Berlin übernommen werden. Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzen, dass Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt Bauland auf Grundlage des Verkehrswerts und mit Verbilligungen für sozialen Wohnungsbau von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) erwerben können. In Zeiten knappen Wohnraums ist es nicht hinnehmbar, dass bundeseigene Immobilien zu Spekulationsobjekten werden. Für landeseigene Grundstücke wird das Prinzip des überzeugenden Konzepts gegenüber dem Preis Vorrang haben. Für Wohnungsbau geeignete Flächen sollen vornehmlich an landeseigene Gesellschaften und Genossenschaften übertragen werden.

Geschützte Segmente

Seit 1993 erleichtert das „geschützte Marktsegment“ Menschen in prekären Lebenssituationen den Zugang zum Wohnungsmarkt. Die SPD wird sich in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass der Anteil an Wohnungen für Bedürftige an den gestiegenen Bedarf angepasst wird. Besonders in Not geratenen Frauen wollen wir durch dieses wohnungspolitische Instrument einen Rückzugsraum bieten.

Für Menschen in prekären Lebenslagen schaffen wir neue Wohnungen.

Integrierte Stadtentwicklung

Mit dem Einwohnerwachstum und dem Wohnungsbau steigt der Bedarf für soziale Infrastruktur, Kitas und Schulen. Berlin braucht im Rahmen seiner Zukunftsinvestitionen ein Investitions-Programm für die Errichtung von Kitas und Schulkapazitäten parallel zum Wohnungsbau. Die SPD will die Erarbeitung bezirklicher Entwicklungspläne fördern, die Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsaufgaben im Kontext betrachten sowie lang- und mittelfristige Planungsziele und Strategien beschreiben.

Schnellere Genehmigungen, damit schneller Wohnraum entsteht.

Berlin soll mit dem Ziel einer nachhaltigen ausgerichteten Landesplanung zur Bewältigung des Neubaubedarfs eine Entwicklungs-Kooperation mit dem Land Brandenburg und den Landkreisen aufbauen.

Die Ressourcen der Bauverwaltungen auf Bezirks- und Landesebene werden wir für wichtige Aufgaben wie die Durchsetzung des Sozialen Erhaltungsrechts, Bauleitplanung und Baulandmobilisierung, öffentlich-rechtliche Verträge, Beschleunigung von Baugenehmigungen oder die Bekämpfung von Zweckentfremdung stärken.

Die SPD wird die Gebietskulisse für das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ konsequent auf Quartiere, in denen Flüchtlinge wohnen, mit dem Ziel der Integrationsförderung und Nachbarschaftsbildung ausdehnen. Auch starke Konfliktlagen im öffentlichen Raum erfordern Interventionen. Ohne lebendige und lebenswerte Stadtquartiere wird es keine nachhaltige und attraktive Stadt geben. Wir stärken unsere Zentren und Quartiere, auch durch die Fortführung unseres bewährten Quartiersmanagements und erweitern diese aus den zusätzlichen Mitteln der sozialen Stadt. Das Berliner Quartiersmanagement soll um ein Integrationsmanagement ergänzt und in Kooperation zwischen den beteiligten Senatsverwaltungen und den Bezirken weiterentwickelt werden, Beteiligungsansätze und Ratsstrukturen in den Gebieten sollen gestärkt werden.

Öffentliche Räume – sicher und attraktiv

Den öffentlichen Raum gestalten wir attraktiv – und sicher.

Berlin braucht einen qualitativ gestalteteten, gepflegten und sicheren öffentlichen Raum, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger gern aufhalten, Erholung suchen und sich wohlfühlen. Angsträume, verwahrloste Stadtbeiriche oder Platz- und Parkanlagen, gar Kriminalitätsschwerpunkte im öffentlichen Raum sind für die SPD nicht hinnehmbar. Hier wollen wir verstärkt für attraktive, sichere Orte überall in der Stadt sorgen.

Berliner Mitte

Die Gestaltung der Berliner Mitte ist für die SPD eine der zentralen stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen. Durch den Bau des Humboldtforums und die Pläne für den Bereich rund um den Molkenmarkt wird sich dieser Bereich in seiner städtebaulichen und kulturellen Prägung stark verändern.

Die Rückgewinnung des Rathausforums als öffentlicher Raum birgt nach Beendigung des U-Bahnbaus eine weitere große Chance dafür, dass die Mitte der Stadt wieder ein attraktiver Anziehungs- und Aufenthaltsort für die Berlinerinnen und Berliner und ihre Gäste wird.

Mit dem Dialogforum „Alte Mitte – Neue Liebe“ haben wir den Dialog mit der Stadtgesellschaft begonnen. Wir wollen unter sorgfältiger Berücksichtigung der Stadtgeschichte eine behutsame städtebauliche Re-Urbanisierung in öffentlicher Regie und Verantwortung einleiten.

Grundsätzlich soll sich die Entwicklung des Bereichs zwischen dem Fernsehturm am Alexanderplatz und dem Humboldtforum am Leitbild eines grün- und kulturgeprägten Areals orientieren. Die SPD wird hier eine sozial gerechte Bodennutzung durchsetzen, Spekulation und eine weitgehende Privatisierung von Baupotentialen ausschließen.

Kulturforum

Die SPD Berlin setzt sich für eine ganzheitliche Planung des Kulturforums in Tiergarten ein, die eine nachhaltige Zukunft für diesen wichtigen Stadtraum sichert.

Wir unterstützen die Pläne der Stiftung Preußischer Kulturbesitz hier ein Museum der Moderne für Kunst des 20. Jahrhunderts in der Nachbarschaft zur Neuen Nationalgalerie zu errichten, um hier die weltweit einzigartige Sammlung der Nationalgalerie in gebührendem Rahmen zeigen zu können.

Wir gestalten metropolengerechte Mobilität

Metropolengerechte Mobilität ist Daseinsvorsorge für alle. Denn gute Mobilität ist ein wichtiger Schlüssel für das Zusammenleben in Berlin und wirtschaftliches Wachstum.

Deshalb finanzieren wir ein gutes Angebot im Öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV) und sorgen dafür, dass Ausbau und Pflege der Infrastruktur staatliche Aufgaben bleiben. Unser ÖPNV schont Ressourcen und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Unser Ziel ist, dass möglichst viele Menschen den ÖPNV nutzen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Preis des „Berlin Ticket-S“ so zeitnah wie möglich an den im ALGII-Regelsatz vorgesehenen Anteil für Mobilität angeglichen wird.

Die wachsende Stadt bedeutet auch einen steigenden Bedarf an Mobilität. Diese bewältigen wir mit dem Ausbau eines modernen und barrierefreien ÖPNV, des Radverkehrs und der vom Senat beschlossenen Fußgängerstrategie.

Der besonders für viele mobilitätseingeschränkte Menschen wichtige Begleitservice des VBB wird verstetigt. Den Service des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderung wollen wir verbessern, die bezirklichen Mobilitätshilfen wollen wir stärken und ausbauen.

Es ist ein Erfolg sozialdemokratischer Mobilitätspolitik, dass sich in Berlin der innerstädtische Autoverkehr auf unter 30 Prozent reduziert hat. Für uns ist damit eine wichtige Etappe auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt 2050 geschafft. Diesen Weg setzen wir konsequent fort.

Mobilitätsarten intelligent kombinieren

ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, Taxen und Car-Sharing auf Basis regenerativer Energien bilden als Umweltverbund den Kern des Mobilitätsnetzes, das einen gleichberechtigten und barrierefreien Zugang zu Mobilität gewährleistet.

Auch der Autoverkehr ist weiterhin Teil des Mobilitätsangebots in der Stadt, da es nach wie vor Bevölkerungsgruppen, Lebenssituationen und Mobilitätsanlässe gibt, für die es keine Alternative zum eigenen Auto gibt. Dies sollte nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Herausforderung besteht darin, die verschiedenen Mobilitätsarten in Berlin intelligent miteinander zu kombinieren, sodass jeder dort ankommt, wo er hin will, in einem umweltfreundlichen und leistungsfähigen Mobilitätsnetz.

Wir erhalten das gute Angebot im ÖPNV.

Wir gewährleisten einen gleichberechtigten Zugang zur Mobilität.

Den knappen öffentlichen Raum effizient nutzen – Vorfahrt für den Umweltverbund

Der öffentliche Raum in der Stadt reicht nicht überall aus, um gleichzeitig Straßenbahnen, Radverkehr und Straßen auszubauen. Das Schwergewicht unserer Mobilitätspolitik liegt deshalb auf dem Ausbau des Umweltverbundes, also des ÖPNV und eines attraktiven Fuß- und Radwegenetzes bei gleichzeitiger Sanierung und Instandsetzung des vorhandenen ÖPNV-Netzes.

Straßenbahn für ganz Berlin

*Die Straßenbahn
bauen wir aus.*

Das Angebot des ÖPNV muss an die wachsende Stadt und neue Stadtteile angepasst werden. Dabei ist die Straßenbahn besonders geeignet, den ÖPNV zu verstärken. Sie ist leistungsstark, kostengünstig und sicher. Wir planen eine Erweiterung des Straßenbahnnetzes für Berlin in den kommenden Jahren und werden sie bedarfsgerecht umsetzen. Dafür wollen wir ein Sonderausbauprogramm Straßenbahn auflegen und uns beim Bund für zusätzliche Investitionsmittel einsetzen, z. B. über das GFVG-Bundesprogramm.

Leistungsfähigkeit des ÖPNV sicherstellen

Der Bau der U-Bahnlinie 5 zwischen Alexanderplatz und Hauptbahnhof wird in den kommenden Jahren abgeschlossen. Damit wird die Erreichbarkeit der Arbeits- und Studienplätze, der Museen, Theater sowie der touristischen Ziele im Zentrum der Stadt erleichtert und die U2 entlastet.

Außerdem prüfen wir mittelfristig sinnvolle Erweiterungen des U-Bahn-Netzes.

*Wir modernisieren
U- und S-Bahn.*

Darüber hinaus werden wir in den nächsten Jahren Milliarden investieren, um neue, moderne und barrierefreie Fahrzeuge im gesamten ÖPNV zu kaufen. Bei der Busbeschaffung setzen wir auf umweltfreundliche Techniken wie Erd- und Biogas, Brennstoffzellen und regenerative Energien.

Wir sorgen dafür, dass die S-Bahn weiterhin ihre tragende Funktion innerhalb unseres ÖPNV-Systems übernehmen kann. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und ein stabiler Taktverkehr müssen selbstverständlich sein. Die erneute Vergabe der S-Bahn-Ringstrecken an die Deutsche Bahn AG ist verbunden mit der Anschaffung von rund 400 neuen S-Bahn-Wagen in den nächsten Jahren, die die Berliner S-Bahn leistungsfähiger machen.

Die BVG und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind einer der Garanten für die Mobilität der Menschen Berlins und der zahlreichen Besucherinnen und Besucher. Daher ist es uns wichtig, die Investitionen in die Qualität und den Ausbau der Leistungen zu erhöhen. Deshalb ist der Abschluss eines langfristigen Verkehrsvertrages mit der BVG vereinbart.

Um das Straßenbahn- und Busangebot zuverlässiger zu machen, werden wir eine bedarfsgerechte Nutzungsdauer der Busspuren sowie die Bevorrechtigung des ÖPNV an Ampeln einrichten. Bahnhöfe und Haltestellen werden weiter barrierefrei aus- bzw. umgebaut.

ÖPNV-Angebot besser zugänglich machen

Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass die Verkehrsunternehmen und die Deutsche Bahn ihre Informations- und Wegeleitsysteme optimieren, damit die Fahrgäste ohne Zeitverlust ihr Ziel erreichen. Für die Nutzerinnen und

Nutzer mobiler Endgeräte wollen wir – neben den weiter bestehenden analogen Angeboten – digitale Leit-, Informations- und Bezahlsysteme unter Berücksichtigung des Schutzes persönlicher Daten verstärkt in den ÖPNV integrieren. Die öffentlich gesammelten digitalen Informationen über die Berliner Mobilität müssen für alle in Echtzeit verfügbar sein, um sich vor und während des Weges online über den Stand ihrer Verbindung und Dienstleistungsangebote im Umweltverbund informieren zu können.

Fuß- und Radverkehr weiter fördern

Die vom Senat beschlossene Radverkehrsstrategie für Berlin von 2013 wird konsequent weiter umgesetzt und weiterentwickelt. Um die Umsetzung der Investitionen in die Fahrradinfrastruktur zu beschleunigen, wollen wir eine Projektstruktur unter Einbeziehung der Bezirke entwickeln, die im Rahmen einer gesamtstädtischen Zielplanung die Prioritärprojekte an einer Stelle koordiniert und steuert sowie den schnellen Ausbau der Radinfrastruktur vorantreibt und dabei vor allem Unfallschwerpunkte abbaut und eine moderne Fahrradpolitik verfolgt.

Den Fahrradverkehr fördern wir auch weiterhin.

Neben Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten wollen wir inklusive Begegnungszonen mit der Priorität für den Fuß- und Radverkehr einrichten, die nach dem „Zwei-Sinne-Prinzip“ auch eine Kommunikation per Sichtkontakt ermöglichen.

Straßennetz bedarfsgerecht ergänzen

Die im Bundesverkehrswegeplan verankerte Verlängerung der Stadtautobahn A 100 ist für uns Teil eines Gesamtkonzepts zur Verkehrsentslastung der umliegenden und innerstädtischen Quartiere, wo wir durch die Reduzierung von Verkehr, Lärm und Feinstaubbelastung mehr Lebensqualität schaffen wollen. Im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Verkehrsvermeidung setzen wir auf den Rückbau von Durchgangsstraßen, Parkraumbewirtschaftung und die Ausweitung von Tempo 30-Zonen dort, wo die Belastung durch die Umlenkung des Durchgangsverkehrs auf die Stadtautobahn abnimmt.

Zur Entlastung der Wohngebiete und zur Erschließung von Gewerbegebieten in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Köpenick sowie zur besseren Anbindung an den Flughafen BER bauen wir die Tangentialverbindung Ost (TVO) aus.

Verkehrssicherheit erhöhen

Wir unterstützen die Umsetzung des vom Senat beschlossenen Verkehrssicherheitsprogramms. Bei Maßnahmen zur Vermeidung von Verkehrstoten oder Verletzten darf es keine Abstriche geben. Dazu gehören auch mehr stationäre Geschwindigkeitskontrollen sowie kombinierte Rotlichtüberwachungs- und Geschwindigkeitsmessanlagen, insbesondere in der Nähe von Unfallschwerpunkten. Bei der baulichen Gestaltung von Straßenanlagen und Kreuzungen fordern wir die Berücksichtigung neuester Erkenntnisse der Unfallforschung sowie kombinierte Rotlichtüberwachungs- und Geschwindigkeitsmessanlagen, insbesondere in der Nähe von Unfallschwerpunkten.

Wichtig ist uns die Präventionsarbeit der Jugendverkehrsschulen als gesamtstädtische Aufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass pädagogisch qualifiziertes Personal eingesetzt und der Instandsetzungsrückstand in den Jugendverkehrsschulen abgebaut wird.

*Wir stärken
die Elektromobilität
in Berlin.*

Wir befürworten die Prüfung und Anordnung weiterer Tempo 30-Abschnitte für besondere Schwerpunkte von Unfällen oder von Luft- und Lärmbelastungen. Sie sind eine wirkungsvolle Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und tragen wesentlich zur Lärminderung und Luftreinhaltung bei.

Ausbau des Zukunftsfeldes Elektromobilität

Die Elektromobilität – auf Basis regenerativer Energie – wird als Bestandteil des Umweltverbunds gefördert. Dabei soll dem Ausbau der Elektromobilität bei einem zukünftigen Citylogistikkonzept eine besondere Rolle zukommen.

Parkraumbewirtschaftung erweitern

Die SPD wird die Parkraumbewirtschaftung in der kommenden Legislaturperiode weiter vorantreiben. Eine Gebührenbefreiung batteriebetriebener Fahrzeuge in Parkraum-bewirtschaftungsgebieten lehnen wir ab.

Bahnverkehr von und nach Berlin stärken

Die Bahnverbindungen von und nach Berlin sollen weiter verbessert werden. Mit der Inbetriebnahme der Neubaustrecken werden die Reisezeiten von Berlin nach München deutlich verkürzt. Der zügige Ausbau der innerstädtischen Dresdner Bahn hat für das Land Berlin eine große Bedeutung, um den Flughafen BER gut an das Schienennetz anzubinden und Berlin von Dresden, Prag, Wien und Breslau aus besser erreichen zu können.

Das derzeitige Zugangebot im Regionalverkehr in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg werden wir erhalten und weiterentwickeln. Mit der Deutschen Bahn AG werden wir weiter darüber verhandeln, dass alle Fernzüge, die über die Stadtbahn verkehren, am Bahnhof Zoo und am Ostbahnhof halten.

Busverkehr stadtverträglich gestalten

Den Fernbusverkehr in Berlin wollen wir durch Konzentration auf wenige geeignete Abfahrten stadtverträglich gestalten. Dafür wird der Zentrale Omnibus-Bahnhof (ZOB) mit seiner Lage direkt an der Stadtautobahn modernisiert und ausgebaut. Das Parken und Abstellen von Reisebussen in der Innenstadt werden wir stadtverträglich regeln.

Wirtschaftsverkehr

Auch künftig werden wir den Wirtschaftsstandort Berlin durch eine sichere Infrastruktur stärken und für eine gute, umweltfreundliche Mobilitätsanbindung der Wirtschafts- und Wissenschaftszentren sorgen.

Auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt

Die Berliner SPD hat sich zum Ziel gesetzt, dass Berlin bis 2050 eine klimaneutrale Stadt sein wird. Der SPD-geführte Senat hat mit dem Berliner Energiewendegesetz und dem Berliner Energie- und Klimaprogramm bereits wichtige Meilensteine auf dem Weg dorthin verabschiedet.

Doch wir sind noch lange nicht am Ziel. Neben dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs werden die öffentliche Verwaltung, die landeseigene

Betriebe und die Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung künftig eine Vorbildfunktion übernehmen, was den Einsatz von regenerativen Energien betrifft. Darüber hinaus wollen wir zukunftsweisende Energiespeichertechnologien wie die Umwandlung von überschüssigem regenerativem Strom in speicherbare Energien verstärkt erproben.

Wir wollen in Berlin bis 2020 den Ausstieg aus der Braunkohleverbrennung und bis 2030 den Ausstieg aus der Steinkohleverbrennung.

Öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand

Ein größeres Engagement und eine Beteiligung des Landes Berlin an Energieunternehmen in Berlin ist ein richtiger Schritt. Unser Ziel ist auch hier, den Mehrwert für die Stadt und ihre Bevölkerung zu steigern. Dabei wollen wir auch den Beschäftigten sichere Arbeitsplätze, Einkommen und Arbeitsbedingungen gewährleisten.

Die SPD will die vollständige Rekommunalisierung des Berliner Gasnetzes sowie des Stromnetzes. Wir wollen uns direkte Einflussmöglichkeiten sichern, denn die Netze sind das Rückgrat für eine sichere, innovative, nachhaltige und klimaneutrale Energieversorgung für Berlin und für sozial verträgliche Energietarife für die Berlinerinnen und Berliner. Hierzu haben wir das Landesunternehmen Berlin Energie gegründet, das sich an den laufenden Konzessionsvergaben beteiligt.

Darüber hinaus muss sorgfältig geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Übernahme der Berliner Fernwärmenetze sinnvoll sein könnte.

Das Land Berlin hat ein Stadtwerk gegründet über das die Berlinerinnen und Berliner saubere Energie zu fairen Preisen beziehen können. Wir wollen die gesetzliche Grundlage hierzu ändern, damit das Stadtwerk wirtschaftlich erfolgreich aufgestellt werden kann und jede Berlinerin und jeder Berliner dort Kunde werden kann. Das Modell „Berliner Mieterstrom“ der Berliner Stadtwerke werden wir möglichst breit zur Anwendung bringen.

Unser Ziel ist die vollständige Rekommunalisierung des Gas- und Stromnetzes.

Über das Stadtwerk können alle saubere Energie zu fairen Preisen beziehen.

Eine intakte Umwelt für die Stadt

Mit der frühzeitigen Umsetzung der Umweltzone ist es dem Senat gelungen, kurzfristig als erste deutsche Großstadt die verkehrliche Luftbelastung wesentlich zu senken. Mit der Ausrüstung abgasarmer Busse ist Berlin deutschlandweit Vorreiter. Die SPD tritt zur weiteren Minimierung der Luftbelastung für eine zügige Umsetzung des 2013 beschlossenen Luftreinhalteplans ein. Zu einer integrierten Lärminderungsstrategie gehört eine Stadtentwicklung mit einem umweltverträglichen Nebeneinander von Gewerbe, Sport, Freizeitgestaltung und Wohnen.

In Abstimmung mit Brandenburg wollen wir die Qualität der Oberflächen-gewässer erhöhen und das Grundwasser vor etwaige Verunreinigungen schützen. Mit unseren Berliner Wasserbetrieben werden wir die Qualität der Berliner Trinkwasserversorgung auch für die Zukunft sicherstellen.

Wir unterstützen die Idee eines Flussbads im historischen Zentrum Berlins und werden uns dafür einsetzen, dass der öffentliche Raum mit besserer Aufenthaltsqualität einen deutlichen Beitrag zur Attraktivität der Stadt leistet.

Wir schaffen eine nachhaltige Stadt.

Grün- und Erholungsflächen in Berlin

Die nachhaltige Stadt ist unser Leitbild. Eine ausgewogene Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem wird die Zukunftsfähigkeit der Stadt ermöglicht. Damit wird es uns gelingen, das Wachstum der Stadt so zu gestalten, dass mögliche negative Folgen abgekoppelt werden und die städtische Umwelt bewahrt wird, die eine wichtige Grundlage für eine gute Lebensqualität in der Stadt ist.

Berlin bezieht seine Anziehungskraft auch aus der Vielfalt von Grün und Wasserflächen. Im Vergleich mit anderen Metropolen sind es vor allem die innerstädtischen Grün- und Freiflächen, die Seen und Wasserläufe sowie die großen wald- und landwirtschaftlich geprägten Landschaftsräume am Stadtrand, die die Lebensqualität in der Stadt bestimmen.

Besonders die innerstädtischen Grünflächen und Parks müssen für den Bürger und Bürgerinnen attraktive, saubere und sichere Aufenthalts- und Lebensräume sein. Dazu haben wir einen langfristigen Vertrag mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) geschlossen, der Leistung und Qualität sichert und ausbaut.

Zum Berliner Stadtbild gehören Straßenbäume. Dies wollen wir bewahren und Ersatzpflanzungen für verloren gegangene Straßenbäume mit der von uns in dieser Wahlperiode begonnenen Stadtbaumkampagne fortführen und private Pflegepatenschaften unterstützen.

In der wachsenden Stadt werden die Park- und Grünanlagen Berlins sehr intensiv genutzt. Das führt mitunter zu Verwahrlosung und Vandalismus. Die Berlinerinnen und Berliner müssen sich im öffentlichen Raum wohl- und sicher fühlen. Wir werden deshalb finanzielle Mittel aus dem Programm der sozialen Stadtentwicklung aufwenden, um die Ursachen der Kriminalität auf öffentlichen Grünflächen und Plätzen zu bekämpfen. Dazu brauchen wir auch mehr Polizeistreifen. Aber wir als Berliner SPD wissen auch: Mit Polizei allein werden wir die Probleme vor Ort nicht lösen, sondern lediglich in andere Kieze verlagern.

Berlin hat als wachsende Stadt eine große Verantwortung, was die ökologischen Aspekte beim Wohnungsneubau betrifft. Als SPD wollen wir deshalb im verstärkten Maße klimatisch wirksame Flächen wie Kaltluftschneisen schützen und eine Gründach-Initiative ins Leben rufen. Gleichzeitig verstetigen wir die Sanierung von Spielplätzen.

Mit uns bleibt Berlin eine Stadt mit vielen Grünflächen.

Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative des Urban Gardenings. Berlinerinnen und Berliner lieben das Grün in ihrer Stadt. Sie bringen sich durch ihr ehrenamtliches Engagement direkt vor Ort ein, um das Straßenbild vor ihrer Haustür zu verschönern.

Kleingärten: soziale und ökologische Lebensräume in der Metropole Berlin

Kleingärten sind sinnstiftende Freizeitbeschäftigung und Erholungsraum für die Berlinerinnen und Berliner. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Berliner Kleingartenwesen. Auch in einer wachsenden Stadt werden wir in ausreichendem Maße Flächen für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bereithalten und planungsrechtlich absichern. Den betroffenen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner der im Stadtentwicklungsplans (StEP) Wohnen als Potenzial-

flächen für den Wohnungsbau ausgewiesenen Anlagen wollen wir Planungssicherheit geben und unterstützen sie bei der Suche nach neuen Kleingärten.

Tier- und Artenschutz

Die SPD setzt sich für die Verwirklichung eines effektiven Tierschutzes ein. Ziel unserer Tierschutzpolitik ist eine artgerechte Tierhaltung, die unnötiges Töten vermeidet und Schmerz- und Stressrisiken für die Tiere ausschließt. Dazu gehört ein bundeseinheitliches, im Tierschutzgesetz verankertes Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen, um wirkungsvoller gegen Tierschutzverstöße vorgehen zu können. Gemeinsam mit den Berliner Universitäten werden wir eine Initiative für Alternativen zu Tierversuchen starten und die Entwicklung tierversuchsfreier Forschungsmethoden weiter vorantreiben. Ziel ist es, spezielle Lehrangebote für Studierende im Bereich der biomedizinischen Studiengänge zu schaffen. Darüber hinaus sprechen wir uns auf Bundesebene für ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen aus.

Unser Programm für Bildung und Wissenschaft

Wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür ein, dass alle Menschen dieser Stadt die Chance haben, ihre Stärken zu entdecken und ihr Potenzial auszuschöpfen. Chancengleichheit bedeutet für uns, dass alle Kinder dieselben Bildungschancen haben, unabhängig davon, woher sie kommen oder in welcher sozialen und finanziellen Lage sich ihre Familie befindet. Kein Kind darf zurück bleiben. Wir bieten allen die Chance auf Bildung, jedoch erwarten wir auch den Willen, diese Chance wahrzunehmen. Die hervorragende Arbeit unserer gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer ist dafür die wichtigste Grundlage.

In einer Welt, die vielfach durch Konkurrenz und wachsende Ungerechtigkeit bestimmt wird, nehmen die Erziehung zu Toleranz, Demokratieerziehung und politische Bildung einen besonderen Stellenwert ein. Bildung umfasst mehr als das Erlernen von Kulturtechniken. Alle Bildungseinrichtungen Berlins wollen wir so ausstatten, dass alle unsere Kinder und Jugendlichen umfassend auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden und sich zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten entwickeln können.

Die Berliner SPD setzt in der Kinderbetreuung auf den Dreiklang aus Kita-Ausbau, Qualitätsverbesserung und Gebührenfreiheit. Bildung bleibt in Berlin gebührenfrei: von der Kita bis zur Hochschule. Dafür haben wir lange gekämpft. Seit 2011 sind die letzten drei Kita-Jahre komplett beitragsfrei. Das entlastet Familien und sorgt für gute Bildung von Anfang an. Studien belegen, dass seither vor allem der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die eine Kita besuchen, gestiegen ist. Wir werden den Weg fortsetzen und nach und nach auch die ersten drei Kitajahre beitragsfrei stellen.

An der Bildung wird nicht gespart. Im Gegenteil: In keinem Bereich hat der seit 2001 von der SPD geführte Senat die Ausgaben so stark erhöht wie für gute Bildung von der Kita über Schule bis zur Hochschule. Und dafür stehen wir weiterhin!

Unsere Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende Arbeit.

Nach und nach stellen wir auch die ersten drei Kitajahre gebührenfrei.

*Wir fördern alle Kinder
bestmöglich.*

Wir werden die Mittel, die Berlin aus dem vom Bundesverfassungsgericht aufgehobenen Betreuungsgeld zufließen, weiterhin für die Verbesserung der Betreuung einsetzen.

Eine inklusive Schule erkennt die Individualität jedes Kindes an. An Berlins Schulen sollen alle Kinder die Förderung und Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Damit sind ausdrücklich auch die Kinder gemeint, die von Anfang an besonders leistungsstark sind.

Die Schule der Zukunft ist eine eigenverantwortliche Schule: Wir stärken diesen Weg weiter durch den Aufbau dezentraler Budgets wie aktuell etwa durch den Verfügungsfonds für alle oder dezentrale Schulbudgets für die sogenannten „Bonus-Schulen“ (Brennpunktschulen). Wir führen das erfolgreiche Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ fort und verstärken es.

Die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an den Entscheidungsstrukturen in ihren Schulen und auf Landesebene haben wir in dieser Legislaturperiode gestärkt. Dies wird auch weiterhin ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik sein. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass Schülerinnen und Schüler bereits früh lernen, mit demokratischen Strukturen umzugehen, um ihre Lebenswelt mitzugestalten. Zudem wollen wir auch Eltern darin bestärken, von ihren Mitwirkungsrechten Gebrauch zu machen.

Gute Bildung von Anfang an

Die weiter wachsende Stadt stellt Berlin vor enorme Herausforderungen. Wir lassen nicht nach beim Ausbau der Kinderbetreuung. Der Schlüssel zum Abbau sozialer Ungleichheiten, aber auch für Erfolge in Schule, Ausbildung und Beruf liegt in der frühen Förderung von Kindern. Wir haben deshalb die Zahl der Kindertagesstätten und Ganztagsangebote erheblich ausgebaut. Nur eine frühe Förderung ermöglicht Chancengleichheit. Seit 2011 haben wir in Berlin zur Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz 20.000 neue Kita-Plätze geschaffen. Doch trotz dieser Erfolge bleibt viel zu tun. Deshalb werden wir auch in den kommenden Jahren dem wachsenden Bedarf Rechnung tragen und das Kitaplatzangebot um weitere 14.000 Plätze aufstocken.

*Die Schaffung neuer
Kitaplätze setzen wir
weiter fort.*

*Freie Träger sind
wichtige Partner in der
Kita-Landschaft.*

Die Berliner SPD bekennt sich zur Partnerschaft mit den bewährten, gemeinnützigen freien Trägern im Kita-Bereich. Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau der vielfältigen Angebote ein. Die öffentlichen Kitas sollen neben denen in freier Trägerschaft ihren festen Platz in unserer Kitalandschaft behalten. Wir werden prüfen, wie die Finanzierung der Kitaplätze und der Ausbau von Plätzen sich stärker an den tatsächlichen Kosten orientieren können, sodass sich der Eigenanteil, den die Träger leisten müssen, reduziert.

Wir wollen den Bedarf in sozial belasteten Stadtquartieren in besonderer Weise berücksichtigen. Wir wollen, dass noch mehr Eltern die positiven Wirkungen der Kindertagesbetreuung wahrnehmen und ihre Kinder so früh wie möglich in einer Kita anmelden. Finanzielle Zugangsbarrieren sollen dem nicht entgegenstehen. Deshalb wird der Kitabesuch schrittweise für alle Altersgruppen beitragsfrei sein.

Wir werden prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass alle Kinder in un-

seren Schulen und den Kitas Mittagessen erhalten können. Denkbar ist, umfangreichere Härtefallregelungen zu treffen und durchzusetzen.

Die Qualität der Betreuung der Kleinsten verbessern

Gute Rahmenbedingungen erfordern aber auch, dass sich jede Erzieherin und jeder Erzieher um jedes Kind altersangemessen kümmern kann. Jedes einzelne Kind soll frühzeitig und wirkungsvoll gefördert werden. Deshalb werden wir den Betreuungsschlüssel bei den unter Dreijährigen schrittweise auf den Bundesdurchschnitt verbessern. Auch hier sollen Kinder aus sozial benachteiligten Gebieten besonders gefördert werden. Die Kitaleitung hat eine Schlüsselrolle für die Qualitätsentwicklung. Deswegen werden wir den Leitungsschlüssel stufenweise auf 1:80 verbessern.

*Wir verbessern den
Betreuungsschlüssel
in den Kitas.*

Qualität der frühkindlichen Bildung beruht ganz wesentlich auf gut ausgebildeten Fachkräften. Deshalb werden wir den steigenden Bedarf durch den Ausbau zusätzlicher Studien- und Ausbildungskapazitäten gewährleisten.

Wir setzen auch in Zukunft auf gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher und werden uns auf Bundesebene für eine bessere Bezahlung dieser Berufsgruppe stark machen. In den Eigenbetrieben gehen wir als gutes Beispiel voran. Wir schaffen eine nachhaltige Beschäftigungsperspektive insbesondere für die jungen Erzieherinnen und Erzieher, da diese in ihrer Branche proportional am stärksten von befristeten Arbeitsverträgen und unsicheren Arbeitsverhältnissen betroffen sind. Zudem wollen wir die Qualifizierungsmaßnahmen der Erzieherinnen und Erzieher in der Ausbildung ausbauen, um die frühkindliche Förderung in den Kitas zu verbessern.

*Wir machen uns stark für
eine bessere Bezahlung
der Erzieherinnen und
Erzieher.*

Flexible Betreuung ermöglichen

Für viele Menschen, die nicht nach klassischen Arbeitszeiten arbeiten sondern in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, gestaltet sich die Kinderbetreuung schwierig. Das betrifft vor allem die Berlinerinnen und Berliner, die im Schichtbetrieb arbeiten sowie viele Alleinerziehende.

Wir setzen uns dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie, Job, Haushalt und Freizeit zu verbessern und fordern eine Anpassung der Betreuungsinfrastruktur an die veränderten Anforderungen der modernen Arbeits- und Lebenswelt sowie die Stärkung der Erwerbsfähigkeit von Eltern. Berlinweit gibt es unterschiedliche Bedarfe für Kinderbetreuung außerhalb der üblichen Kita-Zeiten. Deshalb muss ein Betreuungssystem so flexibel wie möglich für die Spätabendstunden und der Nacht zur Verfügung gestellt werden. Dazu werden wir das Modell einer mobilen Betreuung von Kindern im Haushalt der Eltern – in Vernetzung mit Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen – einführen.

*Wir fördern die
mobile Betreuung
von Kindern.*

Integration und Inklusion sind gelebte Realität in unseren Kindertageseinrichtungen. Wir wollen, dass jedes Kind, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung gleiche Chancen und individuelle Förderung erhält. Um dies zu befördern werden wir den kind-bezogenen Zuschlag für das Kriterium nicht-deutsche Herkunftssprache auf eine neue Grundlage stellen und tatsächlich pro Kind zahlen.

Dazu gehört auch, dass Kinder aus Regenbogenfamilien gleichberechtigt und frei von Benachteiligung und Anfeindungen aufwachsen können.

Unser Schulsystem ist durchlässig und bietet beste Chancen für alle.

Individuelle Förderung in der Schule

Nach bestmöglicher Förderung in der Kita ist es unser Berliner Schulsystem, das allen Kindern und Jugendlichen eine optimale Förderung garantieren und herkunftsbedingte Ungleichheiten abbauen soll.

Das Berliner Schulsystem ist sowohl der individuellen Förderung als auch einer hohen Durchlässigkeit und damit Chancengleichheit verpflichtet. Mit der von uns durchgeführten Schulstrukturreform haben wir in Berlin eine Schullandschaft, die durch die sechsjährige Grundschule sowie anschließend die Integrierte Sekundarschule, auf der alle Abschlüsse erworben werden können, und das Gymnasium geprägt wird. Dazu kommen schulartenübergreifend die Gemeinschaftsschulen (von Klasse 1-13) sowie eine große Anzahl beruflicher Schulen mit vielfältigen Angeboten. Mit der Zweigliedrigkeit im Bereich der Klassen 7 bis 10 (Sekundarstufe I) – bestehend aus Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen als eine Säule und Gymnasien als andere Säule – wurde Segregation in der Berliner Schule vermindert.

So finden alle Schülerinnen und Schüler die für sie am besten geeignete Schulform. Gemeinschaftsschulen und Integrierte Sekundarschulen sind erfolgreiche Schulen, die von Eltern und Schülerinnen und Schülern sehr gut angenommen werden.

Wir wollen den schulpsychologischen Dienst verstärkt ausbauen. Diagnostik, Therapie und Beratung haben insbesondere bei der Inklusion und bei der Beschulung traumatisierter Flüchtlingskinder eine große Bedeutung.

Starke und inklusive Grundschulen

Wir wollen die frühe Bildung in den Grundschulen weiter stärken, weil sie wesentlich für einen späteren qualifizierten Schulabschluss ist und den Ausgangspunkt für den beruflichen Erfolg legt. Dazu gehören die Stärkung der Schulanfangsphase und eine Doppelbesetzung mit Pädagoginnen und Pädagogen im sogenannten „jahrgangsübergreifenden Lernen (JÜL)“. Das bewährte Organisationsprinzip soll weiterhin auf freiwilliger Basis von Schulen gewählt werden können. Dazu gehört aber auch die Sicherstellung der räumlichen und sächlichen Ausstattung für die Lernbedürfnisse dieser Altersgruppe.

Wir wollen Grundschullehrkräfte bei der Bezahlung gleichstellen.

Die Potenziale der einzelnen Schülerinnen und Schüler zu erkennen und zu fördern, darin liegt die besondere Aufgabe in der Grundschule. Diese Leistung der individuellen Förderung erfordert eine angemessene Bezahlung. Wir werden uns deshalb für die Gleichstellung der Grundschullehrkräfte bei der Bezahlung sowie bei der Übernahme von Funktionen mit Lehrkräften aller anderen Schularten stark machen. Die Leitungsstellen an Grundschulen haben wir attraktiver gestaltet und eine bessere Bezahlung in diesem Bereich durchgesetzt.

An Grundschulen haben wir einen Mangel an qualifizierten Lehrkräften. Wir werden deshalb die bisherigen Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiativen ausbauen und mit den ausbildenden Hochschulen deutlich höhere Studienplatzkapazitäten verhandeln, um sicherzustellen, dass genügend Lehrerinnen und Lehrer an Berliner Universitäten ausgebildet werden und die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften dauerhaft gewährleistet ist. Bei den Erzieherinnen und Erziehern werden wir wie bei den Lehrkräften ein Vertre-

tungsbudget einführen.

Wir wollen die Grundschule darin unterstützen, durch systematische Schulentwicklung und eine stärkere Kooperation innerhalb der Schule die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

Unser Ziel: ein gebührenfreier Schulhort

Wir werden den Ganztagsbetrieb inhaltlich und qualitativ weiter verbessern. Um allen Kindern den Zugang zur Förderung und Betreuung im Hort zu eröffnen, werden wir die Bedarfsprüfung im offenen Ganztagsschulbetrieb abschaffen. Auch die Hortgebühren werden wir nach einer Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung wegfällen, um auf allen Stufen der Bildungskette – von der Kita bis zum Master – die Gebührenfreiheit des Bildungszugangs zu gewährleisten. Hierzu zählt auch die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.

Die Bedarfsprüfung für den Schulhort schaffen wir ab.

Gemeinschaftsschulen weiter ausbauen

Seit dem Schuljahr 2008/2009 beweist die Berliner Gemeinschaftsschule als Schule für alle, dass es möglich ist, den Bildungserfolg von der sozialen und ethnischen Herkunft der Schülerinnen und Schüler abzukoppeln. Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Berliner Gemeinschaftsschulen fortschreiben und es mehr Kindern ermöglichen, eine bruchlose, inklusive und gerechte Bildung zu erhalten. Die Gemeinschaftsschule, die momentan an 24 Schulen erprobt wird, soll mit dem Ende der Pilotphase einen festen Platz in der Berliner Schullandschaft erhalten: wir werden die Gemeinschaftsschulen als Schulart im Schulgesetz verankern und dafür sorgen, dass sich weiterhin Schulen aller Schularten bewerben können, Gemeinschaftsschule zu werden.

Wir werden die Gemeinschaftsschule als eine Schulart im Schulgesetz verankern.

Gute Ausbildung für unsere Lehrerinnen und Lehrer

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode die Lehrkräfteausbildung erfolgreich reformiert, indem wir die sie an die veränderte Schulstruktur angepasst haben. Seitdem werden angehende Lehrerinnen und Lehrer in Berlin einheitlicher, praxisnäher und inklusiver ausgebildet. Berlin muss für junge angestellte Lehrkräfte attraktiv bleiben. Wir werden daher mit den Hochschulen darauf hinwirken, dass eine bedarfsgerechte Ausbildung im Lehramt inklusive der Bereitstellung der benötigten Anzahl von Referendariatsplätzen, erreicht wird.

Für die Betreuung und Anleitung der Referendarinnen und Referendare werden wir künftig analog zur Betreuung der so genannten Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger Ermäßigungsstunden für die anleitende Lehrkraft finanzieren.

Um für das Lehramtsstudium ausreichend junge Menschen zu gewinnen, auch verstärkt mit Integrationshintergrund, werden wir neue Modelle und finanzielle Anreize zur Aufnahme und Gestaltung des Studiums entwickeln.

Inklusion vorantreiben

Bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ist für uns der Elternwille maßgeblich. Wir fördern in einem weiterhin partizipativen Prozess das inklusive Schulsystem, in dem auch Kinder mit Beeinträchtigungen gute Bildung erhalten und bestmöglich gefördert werden. Eine

Bei uns zählt der Elternwille: Inklusion oder Betreuung in den Förderzentren.

Deckelung der Ressourcen für den sonderpädagogischen Förderbedarf darf es nicht geben. Die Schulen müssen durch ein System der Grundausstattung und bedarfsgerechter Nachsteuerung in die Lage versetzt werden, inklusiv zu arbeiten. Der flächendeckende Aufbau von Beratungszentren und eine flächendeckende Qualifizierung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals ist Voraussetzung für gelingende Inklusion. Im Übergang gehört hierzu auch der 2016 begonnene Aufbau inklusiver Schwerpunktschulen, die den Wechsel von Förderschulen in inklusiv arbeitende Schulen erleichtern. Förderschulen werden wir nur dann und dort abbauen, wo die Nachfrage der Eltern und Kinder dauerhaft abnimmt. Inklusion lässt sich nicht verordnen, sie muss glaubhaft gelebt werden und im Ergebnis überzeugen. In diesem Sinne wollen wir den bisherigen partizipativen Weg mit dem Berliner Beirat für inklusive Schule weitergehen.

Integration ausbauen

Erfolgreich haben wir ein sozialdemokratisches Ziel verwirklicht: Mit dem sogenannten „Bonusprogramm“ fördern wir Schulen in sozialen Brennpunkten besonders. Integration ist vor allem eine Frage des Bildungsangebots. Damit kein Kind verloren geht, ist es uns wichtig, die Schulen finanziell und personell besonders gut auszustatten, an denen die Bedingungen für Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler aufgrund der sozialen Lage schwieriger sind als anderswo. Erster Schritt für die Bildungsintegration der zu uns geflüchteten Kinder und Jugendliche sind die Willkommensklassen an den regulären Schulen. Wir werden ausreichende Ressourcen für die Sprachbildung und die nötigen Bildungsabschlüsse aller Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stellen. Ein bedeutender Motor für die Integration ist die berufliche Qualifizierung sowie der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt. Wir unterstützen Maßnahmen, die diesen Zweck erfüllen.

*Wir sorgen dafür:
Jeder junge Mensch
bekommt eine
berufliche Perspektive.*

Berufsschulen weiter stärken

Zu viele Jugendliche in Berlin verlassen die Schule ohne Abschluss. Außerdem bricht fast jeder und jede dritte Jugendliche seine Lehre ab. Mit einer frühzeitigen beruflichen Orientierung und einer besseren Betreuung können wir dem entgegenwirken:

Die beruflichen Schulen werden wir deshalb weiter stärken und ihre Bildungsgänge und -angebote nachfragegerecht entwickeln. Duale Bildungsgänge haben gegenüber vollschulischen Bildungsgängen Priorität, jedoch kann ein Abbau von vollschulischen Angeboten nur dort erfolgen, wo die Wirtschaft ihrer Verpflichtung zum Aufbau zusätzlicher dualer Ausbildungsplätze nachweislich und dauerhaft nachkommt. Die hohe Präsenz privater Berufsschulen sehen wir auch als Hinweis auf Defizite im Bildungsangebot öffentlicher Berufsschulen. Dies gilt es im Interesse starker Oberstufenzentren zu korrigieren. Den besonderen Bedarf an qualifizierten Berufsschullehrkräften werden wir analog zu den Bemühungen im Grundschulbereich durch geeignete Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen decken. Das Angebot der Berufs- und Studienorientierung sowie des Dualen Studiums an den Berliner Oberstufenzentren werden wir weiter stärken und die verbindliche Berufs- und Studienorientierung aller Schülerinnen und Schüler an allen weiterführenden Schulen erweitern. Hierbei wollen wir auch Duale Studiengänge – zum Beispiel für IT-Fachkräfte – ausbauen.

Wir werden für alle Jugendlichen, die weder einen Ausbildungsplatz haben, noch eine Oberstufe besuchen, das 11. Schuljahr verbindlich im Rahmen der

Schulpflicht zur Berufsqualifikation einführen. Nach dem erfolgreichen Aufbau der Jugendberufsagentur in allen 12 Bezirken muss in der kommenden Legislaturperiode die vollständige Erfassung und Vermittlung bzw. Qualifizierung aller Berliner Schulabgänger folgen. Kein Jugendlicher darf verloren gehen.

Ausbau von Ganztagsgymnasien

Die Berliner Gymnasien übernehmen mit dem 12-jährigen Bildungsgang zum Abitur eine besondere Verantwortung und Funktion. Mit uns wird es eine personelle Verstärkung im

7. Jahrgang (Probejahr) geben, in dem eine erhöhte Förderung und Beratung schwächerer Schülerinnen und Schüler nötig ist. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Berliner Gymnasien schrittweise zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Das System der Begabtenförderung wollen wir evaluieren und möglichst zielgruppengenau ausrichten. Erfahrungen und Ansätze der Begabtenförderung können bei positiver Evaluation in die bestehenden Angebote der Integrierten Sekundarschulen eingebunden werden.

Moderne Schulen

Die Schule der Zukunft ist auch eine digitale Schule: Wir werden die Kompetenzen im Bereich der digitalen Medien der Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer gleichermaßen fördern. Unser Ziel ist es, alle Berliner Schulen mit interaktiven Whiteboards auszustatten und an ein kostenfreies WLAN-Netz anzuschließen. Die Zahl der so genannten Laptop-Klassen soll an interessierten Schulen deutlich erhöht werden.

Mit dem Open Educational Resources (OER)-Projekt entwickeln wir freie Lehrmittel, die durch Lernende und Lehrende kostenfrei genutzt und verbreitet werden können. Ab dem Schuljahr 2017/18 werden wir den flächendeckenden Austausch von OER-Mitteln ermöglichen sowie den Anteil der verfügbaren OER-Lehrmittel weiter ausbauen.

Moderne und eigenverantwortliche Schulen benötigen für ihre Arbeit auch Entlastung im nicht-pädagogischen Bereich. Hierzu werden wir für alle Schularten den in 2014 begonnenen Ansatz ausbauen und im Laufe der kommenden Legislaturperiode jeder Schule eine Verwaltungsleitung und eine IT-Kraft an die Seite stellen: große Schulen volle Stellen, kleinere Schulen anteilige Stellen in Kooperation mit Nachbarschulen. Damit werden auch pädagogische Ressourcen wieder frei für den Fachunterricht, die bislang an der falschen Stelle gebunden waren.

Schulbibliotheken sind für uns wichtige Einrichtungen, um Schülerinnen und Schülern den niedrigschwelligen Zugang zum Lesen zu ermöglichen. Wir werden ihren Bestand absichern und die (Wieder-)Einrichtung von Bibliotheken fördern.

Wir bekennen uns zur Staatlichen Europa-Schule mit ihren zahlreichen Standorten als ein Erfolgsmodell für bilinguale und bikulturelle Ausbildung von jungen Menschen. Wir setzen uns für den Erhalt aller Schulstandorte ein.

Auch die Gymnasien werden wir schrittweise zu Ganztagschulen ausbauen.

Große Schulen erhalten eine Verwaltungsleitung – und damit zusätzliche pädagogische Ressourcen für den Unterricht.

*Bis 2026 werden wir
alle Schulen in Berlin
sanieren.*

Schulbau und Sanierung

Der SPD-geführte Berliner Senat hat die Investitionsmittel für den Bau, die Erweiterung und die Sanierung von Schulen in den vergangenen Jahren massiv erhöht. Unser Ziel ist eine Absicherung der baulichen Unterhaltung in Höhe der bundesweit empfohlenen Richtwerte für den Hochbauunterhalt (mindestens 1,2 Prozent der Gebäudewerte) und ausreichende zusätzliche Sondermittel zum Abbau des in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Sanierungsstaus an Schulen. Schulen mit guter Energiebilanz und lernförderlichen Räumlichkeiten sind unser Ziel. Zudem wollen wir die Schulreinigung künftig wieder in die öffentliche Hand der Bezirke überführen.

Bildung braucht Raum. Daher werden wir die räumlichen Anforderungen und Standards für moderne Schulen an die bildungspolitischen Konzepte anpassen. Die SPD wird neben der nachhaltigen Absicherung des notwendigen Bauunterhalts für Schulen ein Sonderprogramm auflegen, mit dem der notwendige Neu- und Ausbau von Schulen angesichts der wachsenden Schülerzahlen abgesichert wird. Wir benötigen in der nächsten Legislaturperiode eine Vielzahl neuer Schulen in fast allen Bezirken. Um insbesondere den Neubau bedarfsgerecht bis 2021/22 zu realisieren, werden wir die Planungs- und Bauverfahren ähnlich wie in anderen Großstädten so beschleunigen, dass die bisherigen Zeiten halbiert werden.

Jugendpolitik und Förderung von Familien

Jugendpolitik verstehen wir in erster Linie als Querschnittspolitik. Wir stehen für ein jugendgerechtes Berlin. Wir nehmen die spezifischen Belange der jungen Generation ernst und fördern die aktive Beteiligung junger Menschen in allen Lebensbereichen. Die zahlreichen Jugendverbände sind dabei wichtige Orte der Demokratiebildung.

*Beteiligung ist Grund-
lage einer lebendigen
Demokratie.*

Aktive Beteiligung ist Grundlage einer lebendigen Demokratie. Sie schärft den Sinn für das Gemeinwohl, stärkt den Zusammenhalt und Generationendialog und fördert Eigeninitiative und Engagement aller Berlinerinnen und Berliner.

Deshalb werden wir die Partizipation junger Menschen stärken und die Beteiligungsmöglichkeiten durch die Weiterentwicklung des Jugenddemokratiefonds und das neue Jugendportal mit vielen interaktiven Beteiligungs- und Kommunikationsangeboten fördern und ausweiten.

Gute kulturelle Bildung in allen Bildungsbereichen und in der Kinder- und Jugendarbeit ist seit langem ein wichtiges Ziel unserer Politik. Dafür haben wir in den vergangenen Jahren die Fördermittel für die Kinder- und Jugendtheaterarbeit im Kulturhaushalt erhöht und bekennen uns auch weiter zu unserer finanziellen Verantwortung.

Die Förderung von Lern- und Erfahrungsräumen im direkten Lebensumfeld junger Menschen benötigt eine Stärkung dezentraler Angebote der Jugendarbeit, Jugendbildung und Jugendverbände. Dies erfordert, die Kooperation Jugendhilfe-Schule weiter zu qualifizieren und einen besonderen Fokus auf die ganzheitliche Entwicklung des Sozialraums zu legen. Lernen durch ehrenamtliches Engagement, durch selbstorganisierte Projekte und durch sozialpolitische Mitwirkung braucht eine Stärkung der Jugendarbeit in ihrer dezentralen Struktur mit gesetzlichen Standards.

Um die Interessen von Kindern und Jugendlichen und deren Rechtsstellung noch stärker in den Mittelpunkt zu stellen, setzen wir uns entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz ein. Wir wollen, dass Kinder künftig in allen Belangen, die sich betreffen, auch beteiligt werden.

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

Ein wirksamer Kinderschutz braucht stabile Netzwerke und starker Partner. Wo Kinder in Gefahr sind, müssen sie konsequent und ausreichend geschützt werden. Die Möglichkeiten der Prävention und wirksamen Intervention zur Unterstützung von Familien werden wesentlich durch die Handlungsfähigkeit der Jugendämter beeinflusst. Deshalb werden wir die Ressourcen der Jugendämter durch eine verbesserte Personalausstattung im Jugendamt und zum Beispiel im Regionalen Sozialen Dienst von 1:65 von Fachkraft zu Fall-Relation und den Berufseinstieg im Feld des Kinderschutzes durch Fachberatung stärken. Durch die Umsetzung des Organisationsmodells des „Sozialräumlich organisierten Jugendamtes“ wollen wir die Arbeitsfähigkeit der Berliner Jugendämter stärken. Wir werden weitere Familienzentren und Familienbüros als lokaler Ansprechpartner schaffen, um die Zugänge zu frühen Hilfen, Familienbildungsmaßnahmen und anderen Unterstützungssystemen für junge Familien zu verbessern. Eine ressortübergreifende Strategie gegen Kinderarmut ist konsequent und gezielt umzusetzen. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen und einkommensarme Familien müssen gezielt unterstützt werden.

Berufliche Weiterbildung, kulturelle Bildung und politische Bildung

Berlin hat eine bunte und große Trägerlandschaft der kulturellen und politischen Bildung: Volkshochschulen, außerschulische Lernorte, Jugendbildungsstätten und Träger verschiedener Fachrichtungen.

Gemeinsam mit diesen Trägern und der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die vielschichtige Geschichte Berlins und ihre Rolle als Stadt der Einwanderung und Verschiedenheit beleuchten und die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine demokratische Stadtkultur fördern.

Die politische Bildungsarbeit entwickeln wir weiter.

Wichtige außerschulische Lernorte wie Jugendverkehrsschulen, Gartenarbeitsschulen und Jugendkunstschulen haben wir 2016 finanziell und rechtlich gestärkt. Auf dieser guten Basis werden wir die außerschulischen Lernorte mit den Bezirken konzeptionell weiterentwickeln und für Schulen, Kitas und weitere Personengruppen noch besser nutzbar machen.

Die öffentlichen Bibliotheken werden wir als Orte lebenslangen Lernens stärken und damit die Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz und von vertieftem Wissen über das demokratische Gemeinwesen fördern.

Volkshochschulen sind die kommunalen Weiterbildungszentren und müssen den aktuellen Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden. Sie übernehmen vielfach Aufgaben von landesweiter Bedeutung (wie Sprach- und Integrationskurse für Geflüchtete, Alphabetisierungskurse). Wir streben zur Verbesserung der Arbeit gemeinsam mit den Bezirken die Einrichtung einer gemeinsamen Servicestelle Berliner Volkshochschulen an. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein Berliner Weiterbildungsgesetz auf den Weg bringen. Zunehmende Bedeutung soll der Ausbau des Zweiten

Wir schaffen ein Berliner Weiterbildungsgesetz.

Bildungswegs zum Nachholen von Schulabschlüssen für Erwachsene – vor allem auch für geflüchtete Menschen – an Volkshochschulen, Kollegs und Abendgymnasien erhalten.

Für uns als Berliner SPD ist es wichtig, die digitale Spaltung zu überwinden. Digitale Teilhabechancen für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen der Stadtgesellschaft werden durch die Arbeit von Bibliotheken und Volkshochschulen gefördert. Wir wollen auch ältere Menschen beim Erlernen digitaler Techniken unterstützen. Die SPD wird Computerkurse für Seniorinnen und Senioren weiter fördern.

Mit den Musikschulen fördern wir die kulturelle Bildung.

Musikschulen müssen auch die Kinder und Jugendlichen erreichen, die in ihrer häuslichen Umgebung wenig in ihrer kulturellen Bildung unterstützt werden können. Sie übernehmen außerdem eine wichtige Aufgabe bei der kulturellen Integration von geflüchteten Menschen. Die Musikschulen nehmen, auch laut Schulgesetz, einen öffentlichen Auftrag wahr. Sie sind wichtiger und integraler Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Wir wollen die Musikschulen mit ihren bildungspolitischen, sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben stärken. Die Musikschulen sollen den chancengleichen Zugang für jede Bürgerin und jeden Bürger weiterhin garantieren.

Eine verlässliche Finanzierung und in einem ersten Schritt eine Mindestquote von 20 Prozent Festangestellten soll die Qualität der Arbeit absichern und stärken. Die Kooperation der Schulen mit Partnern in Projekten der kulturellen Bildung (zum Beispiel Musikschulen) geben wichtige Impulse. Viele Kinder und Jugendliche können in diesen Projekten ganz besondere Fähigkeiten entwickeln. Wir werden diese Kooperationen weiter fördern und ausbauen.

Zur Verstetigung der Impulse werden wir die im Bereich der integrierten Sekundarschule bereits bestehenden, kostenfreien Kooperationsangebote mit Musikschulen auf weitere Schularten übertragen.

Attraktive Hochschulen

Wir haben unsere Hochschulen zu einem Entwicklungsmotor für Berlin gemacht.

Berlin ist ein im bundesdeutschen und internationalen Vergleich sehr starker und bedeutender Wissenschaftsstandort. Die Berliner Hochschulen bieten ein breites und stark nachgefragtes Studienangebot. Die Kombination von Vielfalt und Qualität der Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist ihre entscheidende Stärke, die wir erhalten und pflegen werden.

Die Zahl der Studienplätze ist in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut worden und hat mit über 175.000 Studierenden einen neuen Rekord erreicht. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zieht es in unsere Stadt, weil Berlin über eine Vielzahl exzellenter Einrichtungen verfügt. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind die Motoren einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft.

Eine dauerhafte starke Entwicklung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen setzt die generelle demokratische Beteiligung aller dort Tätigen voraus. Es bleibt Aufgabe der Hochschulen wie der Hochschulpolitik allen Studierenden ein gutes Studium zu ermöglichen.

Wir werden daher ein Programm zur Verbesserung von Lehre und Studium auf den Weg bringen, das entsprechende Anreize setzt und dazu beiträgt, Schwachstellen in systematischer Weise zu beseitigen. Gleichstellung, Fami-

lienfreundlichkeit und Barrierefreiheit an Hochschulen müssen weiter ausgebaut werden.

Wir haben die Verantwortung, erfolgreiche Bildungsbiografien zu ermöglichen. Dies erfordert ebenso flexible wie durchlässige Bildungswege. Wir wollen allen Menschen, die sich durch ein Studium weiterentwickeln wollen, unabhängig von sozialem Status, Geschlecht, Herkunft und finanziellem Hintergrund weiterhin das gebührenfreie Studium ermöglichen. Wir wollen, dass künftig noch mehr Menschen auch ohne Abitur den Weg an die Hochschule finden. Berufliche Qualifikationen sind in vielen Fällen eine hervorragende Basis für ein erfolgreiches Studium. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bereits geschaffenen Möglichkeiten noch stärker genutzt werden.

Die Hochschulen müssen Studienanfängerinnen und -anfängern auch neben und in Begleitung beruflicher Tätigkeiten ein erfolgreiches Studium möglich machen. Wir werden den Prozess der Ausrichtung des Lehr- und Lernangebotes stärker auf die Bedürfnisse dieser Studierenden vorantreiben. Jeder Studiengang muss neben der fachlichen Ausrichtung auch das generelle Studium ermöglichen. Die tatsächliche Arbeitsbelastung eines Vollzeitstudiums soll eine 40-Stundenwoche künftig nicht längere Zeit überschreiten.

Berufliche Qualifikationen können Basis für ein erfolgreiches Studium sein.

Digitale Medien müssen an der Hochschule genauso selbstverständlich Anwendung finden wie herkömmliche Lehrmittel. Dazu gehört der Einsatz klassischer E-Learning-Formate ebenso wie die Bereitschaft der Hochschulen, digitale Lehrangebote einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In diesen Zusammenhang wollen wir den freien Wissensaustausch fördern und unterstützen Open-Access-Publikationen.

Wissenschaft als Jobmotor

Der konsequente Ausbau des Wissenschaftssektors in den vergangenen beiden Wahlperioden, in denen die SPD die Verantwortung für die Wissenschaft trug, wird auch in den kommenden fünf Jahren für uns von zentraler Bedeutung sein. Die Wissenschaftseinrichtungen sind nicht nur wichtige Orte der Bildung und zentraler Arbeitgeber in unserer Stadt, sondern auch Impulsgeber für die Wirtschaft. Sie sichern den Fachkräftebedarf in der Hauptstadtregion und darüber hinaus. Sie schaffen Erkenntnisse, die sich auch in Ausgründungen und damit neuen und innovativen Unternehmen niederschlagen. Auch deshalb braucht Berlin starke Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen.

Der Aufstieg Berlins zur Start-up-Metropole ist entscheidend mit der Stärke der Wissenschaft verbunden. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind noch nicht ausgereizt. Der Berliner Kreis der Digitalisierung zeigt, welches Potential in der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft liegt. Wir werden diesen Weg der Kooperation auf weitere Themenfelder ausweiten.

Den vor Jahren eingeschlagenen Kurs wollen wir fortsetzen und streben daher auch eine weitere Erhöhung der Studienanfängerplätze an. Für einen Kapazitätsausbau spricht vieles:

Durch die große Attraktivität Berlins wollen Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet in Berlin studieren. Wir werden unseren Berliner Landeskindern die Chance erhalten, in ihrer Heimatstadt studieren zu können. Nur durch zusätzliche Kapazitäten kann auch ein angemessener Anteil der Berliner Abi-

Zusätzliche Kapazitäten bringen auch Studienplätze für die Berliner Landeskinder.

turientinnen und Abiturienten in Berlin studieren, da Studienplätze nicht nach Herkunft vergeben werden können und sollen. Wir werden hierfür über den Hochschulvertrag 2018 bis 2021 eine adäquate Finanzierung sicherstellen. Auf Bundesebene wird sich das Land Berlin dafür einsetzen, dass der Hochschulpakt über das Jahr 2020 hinaus unbefristet fortgesetzt wird und den Hochschulen die Finanzmittel für die Grundfinanzierung zur Verfügung gestellt werden.

Berlin setzt auf die Potentiale der Geflüchteten. Wir werden den Geflüchteten einen gleichberechtigten Zugang zu den Berliner Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen gewähren. Um ihnen die reguläre Immatrikulation zu ermöglichen, werden wir uns dafür einsetzen, internationale Bildungsabschlüsse in einem zügigen und unkomplizierten Verfahren anerkennen zu lassen. Insbesondere sollen Sprachhürden durch ein umfangreiches Angebot auch nach Aufnahme des Studiums abbaubar sein. Der Hochschulzugang darf auch deshalb in keinem Bereich von der finanziellen Möglichkeit der Studienbewerberinnen und -bewerber abhängig sein. Finanzielle Hürden, wie zurzeit durch den Bewerbungszwang über uni-assist, sind in allen Stadien der Verfahren abzuschaffen.

Vor allem die Fachhochschulen spielen hier eine immer wichtigere Rolle. Akademisierung ist für uns keine Universitarisierung. Fachhochschulen und Universitäten bieten akademische Bildung aus unterschiedlicher Perspektive an. Die bestehenden Unterschiede haben daher ihre Berechtigung und werden auch in Berlin erhalten bleiben. Für das kooperative Promotionsrecht brauchen wir verbindliche Vereinbarungen zwischen Fachhochschulen und Universitäten.

Die Akademisierung bestimmter Ausbildungsgänge erfolgt in aller Regel an den Fachhochschulen – seien es Gesundheitsfachberufe oder die Frühpädagogik. Daher hat Berlin in den vergangenen Jahren noch stärker als die Universitäten seine Fachhochschulen ausgebaut. Diese werden wir weiter fördern.

Um die Berliner Wissenschaft auch im Bereich der anwendungsnahen praxisorientierten Wissenschaft zu profilieren, muss die Förderung der anwendungsnahen Forschung an den staatlichen Berliner Fachhochschulen ausgeweitet werden. Das IFAF – Institut für Angewandte Forschung Berlin – hat sich als Vernetzungsinstrument der staatlichen Berliner Fachhochschulen und als Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bewährt.

In den kommenden zehn Jahren investieren wir zwei Milliarden in den Hochschulbau.

Lange Jahre haben die Investitionen in Berlin nicht mit der Entwicklung der Stadt Schritt halten können. Darunter leidet heute auch die Infrastruktur der Wissenschaftseinrichtungen. Daher haben wir einen Investitionspakt Hochschulbau aufgelegt, der den Investitionsstau in den kommenden zehn Jahren abbauen wird. In dieser Zeit investieren wir rund zwei Milliarden Euro in die Infrastruktur. Wir schaffen so die Voraussetzungen für exzellente Forschung und exzellente Lehre. Falls erforderlich werden wir den Investitionspakt ausbauen.

Die Berliner Hochschulen sind international hervorragend vernetzt und in der Lage, innovative Projekte in Kooperation mit Partnern, insbesondere mit Schwellenländern durchzuführen. Diese wissenschaftliche Exzellenz wollen wir ausbauen. Berlin nimmt deshalb seine internationale Verantwortung weiterhin wahr, indem wir Forschungseinrichtungen in den Bereichen Internationale Politik, Sicherheitspolitik sowie Friedens- und Konfliktforschung ansiedeln und fördern werden.

Charité stärken und Sanierung fortsetzen

Mit der Charité verfügt Berlin über das größte Universitätsklinikum Europas mit exzellentem weltweitem Ruf in der Forschung, einer Vorreiterrolle in der Lehre und herausragenden medizinischen Leistungen. Nach einer harten Konsolidierungsphase haben wir dafür gesorgt, dass die Charité in allen Bereichen gestärkt wurde: Mit dem Hochschulvertrag hat die Charité planungssichere und steigende Zuschüsse für die Forschung und Lehre erhalten, die Infrastruktur der Charité wurde an allen Standorten maßgeblich vorangebracht und der Krankenhausbetrieb durch den Erhalt der Behandlungskapazitäten (Betten) gestärkt. Diesen Weg wollen wir weitergehen. An allen vier Standorten wollen wir die bauliche Sanierung fortsetzen, die medizinische Versorgung auf hohem Niveau stärken, die exzellente Forschung unterstützen und anregen und den bundesweit vorbildlichen Modellstudiengang weiter stärken. Zugleich ist es aber auch notwendig, dass die Charité künftig wieder deutlich mehr Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte erfolgreich ausbildet.

*Die Charité
stärken wir weiter.*

Mit der Gründung des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung (BIG) haben wir erreicht, dass sich der Bund auch finanziell an der Weiterentwicklung der Forschung in der Charité beteiligt. Das BIG mit seinen Fundamenten in Charité und Max-Delbrück-Centrum soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Berlin eines der weltweit führenden Zentren der Gesundheitsforschung wird.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen

Gute Wissenschaft gelingt nur auf der Basis guter Arbeit: Wir tun etwas gegen die prekären Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft. Die Vergabe von Lehraufträgen darf nicht für die Übernahme von Daueraufgaben missbraucht werden. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden, auch der spezifischen Situation der Fachhochschulen werden wir dabei Rechnung tragen. Wir begrüßen alle Maßnahmen, die dem Ziel dienen, Doktorandinnen und Doktoranden als auch Postdoktorandinnen und Postdoktoranden durch längere Verträge Planungssicherheit zu geben. Wir wollen verlässliche Qualifikationswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs bieten und Berufsperspektiven unterhalb der Professur schaffen. Darüber hinaus müssen in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften Konzepte entwickelt werden, die die Arbeitsqualität der an den Hochschulen Beschäftigten verbessern.

Bei der landesseitigen Finanzierung von Sonderprogrammen wie der Qualitäts- und Innovationsoffensive werden wir Mindestvertragszeiten von 24 Monaten für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorschreiben. Den bundesweit weiterhin einmaligen studentischen Tarifvertrag begrüßt die SPD Berlin als wichtige Säule guter Arbeit an den Hochschulen und wird sich daher für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen. Gleichzeitig unterstützen wir eine Verbesserung des Tarifvertrages der studentischen Beschäftigten im Land Berlin.

*Wissenschaftliche
Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter brauchen
gute Arbeitsbedingungen.*

Den Bund-Länder-Pakt für den Nachwuchs werden wir nutzen, um das so genannte Tenure-Track-Modell – welches für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach einer Bewährungszeit eine Aussicht auf eine Lebenszeitprofessur beinhaltet – fest in der Wissenschaft zu verankern und so den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine bessere Planbarkeit ihrer Karriere zu sichern.

Wir schaffen 5.000 neue Wohnungen für Studierende.

Die soziale Infrastruktur muss mit dem Ausbau der Hochschulen Schritt halten. Daher haben wir die Schaffung von 5.000 zusätzlichen Wohnheimplätzen für Studierende angeschoben. Wir werden die Umsetzung in den kommenden Jahren konsequent vorantreiben. Die zentrale Rolle des Studierendenwerks Berlin für die soziale Infrastruktur sowie den Ausbau von studentischem Wohnraum am BAföG-Satz orientiert, werden wir bei der Fortschreibung der Verträge zwischen Studierendenwerk und Land Berlin berücksichtigen.

Der Übergang zwischen den Bachelor- und Masterstudium darf keine Bildungshürde darstellen.

Ausbau von Masterstudienplätzen

Die Studiengänge an Berlins Hochschulen wollen wir so ausgestalten, dass sie für alle Masterstudiengänge im Anschluss qualifizieren, die im Bereich ähnlicher Wissenschaften angesiedelt sind. Für Berufe, die einen Masterabschluss zwingend voraussetzen, werden wir eine Garantie auf einen Übergang in die Masterphase mit Beginn des Bachelorstudiums absichern. Für alle Studiengänge haben die Hochschulen sicherzustellen, dass jeweils mindestens für 70 Prozent der Studienanfängerzahl eines Bachelorstudiums der direkte Übergang in ein entsprechendes Masterstudium möglich ist. Andererseits haben die Hochschulen alle Bachelorstudienphasen so auszugestalten, dass die Studierenden mit einem Bachelorabschluss eine tatsächliche Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Generell sind Detailvoraussetzungen für die Zulassung zu Masterstudiengängen – insbesondere bestimmte Kombinationen von Leistungspunkten – auf ein Minimum zu begrenzen und bedürfen jeweils einer stichhaltigen Begründung.

Der öffentliche Dienst soll den Bachelor als berufsqualifizierenden Abschluss anerkennen.

Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss durch die Arbeitgeber – auch des öffentlichen Dienstes – ein. Darüber hinaus gilt für uns: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelor-Studium ist eine allgemeine Master-Zugangsberechtigung. Nach dem erfolgten Ausbau der Studienanfängerplätze in den letzten Jahren müssen auch die Masterplatzkapazitäten ausgebaut werden. Nur so kann der Übergang in das weiterführende Studium ohne hohe NCs gelingen. Dies werden wir im Rahmen der Hochschulverträge regeln.

Frauen in der Wissenschaft

Berlin hat bundesweit den höchsten Anteil von Professorinnen. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik. Der weitere Ausbau dieser Chancengleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung des gesamten Wissenschaftsbereiches. Die Hälfte der Berufungen und Leitungsfunktionen werden wir mit Frauen besetzen.

Die gleiche Repräsentation der Geschlechter auf allen Ebenen der Hochschulen soll dementsprechend weiter ausgebaut werden. Frauen sind in vielen Wissenschaftsbereichen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir richten künftig unsere Nachwuchsförderung nach Gleichstellungsaspekten aus.

Erfolgsmodell Einstein Stiftung

Die Einstein Stiftung Berlin ist ein Erfolgsmodell für die Berliner Wissenschaftslandschaft. Daher haben wir die finanzielle Ausstattung der Stiftung gestärkt und die Anreize für private Unterstützung erhöht. Wir stehen dafür,

Die Hälfte aller Berufungen werden wir mit Frauen besetzen.

dass das Land Berlin jeden privat angeworbenen Euro mit weiteren 50 Cent aufstockt. Mit dem Einstein-Zentrum Digitale Zukunft wollen wir die Digitalisierung der Stadt ausbauen.

Die Berliner Universitäten sind bestens gerüstet für die nächste Etappe der Exzellenzinitiative. Wir wollen die Exzellenzinitiative nutzen, um den Wissenschaftsstandort Berlin international noch sichtbarer zu machen. Wir werden daher die Kooperation zwischen den Berliner Universitäten weiter ausbauen.

Mit Blick auf die zunehmende Globalisierung in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, angesichts der starken Einwanderung nach Deutschland und angesichts der zunehmenden Internationalisierung Berlins brauchen wir an den Berliner Hochschulen mehr wissenschaftliche Bildung und Forschung zu anderen Sprachen und Kulturen vor allem auch außerhalb Europas. Der bisherige Umfang wissenschaftlicher Beschäftigung und Ausbildung etwa zu Afrika, Vorderen Orient, Südasien entspricht nicht dem Problemdruck, auf den unsere Gesellschaft jetzt Antworten finden muss.

Wir werden uns für ein Institut für islamische Theologie an einer Berliner Universität einsetzen. Dabei muss selbstverständlich auch die Vielfalt religiöser Strömungen berücksichtigt werden.

Unser Programm für eine solidarische Stadt

Vielfältige Kultur für alle

Wir arbeiten stetig daran, allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen.

Kunst und Kultur sind neben der Wissenschaft die tragende Säule Berlins. Sie machen den Charakter der Stadt aus, ohne sie wäre das solidarische und gute Zusammenleben in unserer Stadt nicht möglich.

Berlin ist kulturell hervorragend aufgestellt. Unsere Opern, Theater, Museen und Gedenkstätten, Festivals und Clubs sind Magneten für die Berlinerinnen und Berliner und für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. Diese einmalige Kulturlandschaft werden wir erhalten und weiter ausbauen. Deshalb haben wir die Ausgaben für Kultur in 2016 um sieben Prozent erhöht. Für das Jahr 2017 ist eine Steigerung um zehn Prozent vorgesehen.

Wir wollen auch beim Bund weiter dafür werben, sich bei der Hauptstadtkultur stärker zu engagieren. So schaffen wir neue Spielräume und ermöglichen es der Kultur, sich in einer wachsenden Stadt wie Berlin weiterzuentwickeln und Deutschland in der Welt zu repräsentieren.

Stärkung der freien Szene

Wir fördern gezielt freie Künstlerinnen und Künstler, freie Ensembles, Bands und ihre Ankerinstitutionen, die unsere Kultur wesentlich prägen. So werden wir die Förderung der freien Szene bis 2017 um knapp 12 Millionen Euro fast verdoppeln. Damit verbessern wir die Arbeitsbedingungen der freien Künstlerinnen und Künstler der Stadt, zum Beispiel seit 2016 durch die Einführung von Mindesthonoraren und -gagen und Ausstattungsvergütungen. Diesen

Kunst und Kultur – wir sichern allen Menschen den Zugang dazu.

Wir verbessern die Arbeitsbedingungen für die freie Szene.

Kurs setzen wir fort. Wir wollen eine solide soziale Absicherung für die selbstständigen Künstlerinnen und Künstler erreichen.

*Kulturschaffende
müssen gerecht
entlohnt werden.*

Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung immaterieller Güter und stellt damit die gesamte Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. Nutzerinnen und Nutzer sind heute Produzenten und Konsumenten. Die Berliner SPD fördert die Debatte um ein modernes Urheberrecht, indem es einen fairen Ausgleich zwischen den Nutzerinnen und Nutzern, den Künstlerinnen und Künstlern sowie den Produzentinnen und Produzenten, die von ihrer Arbeit leben müssen, und den Rechteinhabern geben muss. Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen müssen auch in der digitalen Welt geschützt werden. Der Schwerpunkt muss dabei auf die gerechte Entlohnung der Kreativen gelegt werden, deren Interessen nicht unbedingt mit denen der Rechteinhaber wie Verlagen und Labels übereinstimmen. Dabei müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle noch genauer geprüft werden.

Orte für Kultur und Kreativität stärken

Um das wertvolle Potenzial zu sichern, muss die öffentliche Kulturförderung für eine bezahlbare Infrastruktur wie Ateliers, Spielstätten und Proberäume sorgen. In der sich verdichtenden Stadt Berlin kommt es häufiger zu Problemen zwischen Kulturräumen oder Clubs und der Nachbarschaft, sei es durch laute Musik oder Besucherströme nach Veranstaltungen. Wir wollen Kultur- und Spielstätten deshalb auch darin unterstützen, Lösungen bei Lärmkonflikten zu finden. An der Schnittstelle zwischen Kultur und Kreativwirtschaft wollen wir durch zeitgemäße Strukturen und eine abgestimmte Förderpolitik bessere Unterstützung von Projekten und Initiativen ermöglichen. Mit dem Musicboard Berlin wurde eine Einrichtung geschaffen, die Modellfunktion hat und ihre Förderung dafür öffnet, innovative Ideen zu vernetzen und zu unterstützen.

In der wachsenden Stadt schwinden die Freiräume für künstlerische Arbeit. Wir setzen uns deshalb im Portfolioausschuss weiter für die kulturelle Nutzung von Landesliegenschaften ein. Das Arbeitsraumprogramm bauen wir in 2016 um 2,4 Millionen und 2017 um 3,5 Millionen Euro aus. Wir werden einen Stadtentwicklungsplan Kultur erarbeiten.

Konzept der Bibliotheken weiterentwickeln

*Unser Ziel: Ein
umfassendes Konzept
für die Berliner
Bibliotheken.*

Auch unsere Kulturinstitutionen entwickeln wir in der wachsenden Stadt weiter und starten eine Investitionsoffensive für die kulturelle Infrastruktur. Für die Berliner öffentlichen Bibliotheken, seien es die Zentral- und Landesbibliothek oder die Bibliotheken in den Bezirken, erarbeiten wir ein umfassendes Konzept, das der sich wandelnden Mediennutzung und den Anforderungen der wachsenden und sich wandelnden Stadt mit ihren vielfältigen Bewohnerinnen und Bewohnern gerecht wird. Der dringend benötigte Neubau für die Zentral- und Landesbibliothek wird nach einer transparenten Standortentscheidung und dialogorientierten Planung begonnen.

Bibliotheken sind für uns Wohnzimmer der Stadtgesellschaft und Orte der analogen und digitalen Wissensvermittlung. Digitalisierung erleichtert für alle den Zugang zu unserem kulturellen Erbe. Daher wird die begonnene spartenübergreifende Strategie zur Digitalisierung des kulturellen Erbes des Landes Berlin intensiviert. Dabei setzt sich die Berliner SPD, im Rahmen des

geltenden Rechts, für die umfassende und nachhaltige Nachnutzbarkeit von digitalem Kulturgut unter freien Lizenzen, ein.

Eröffnung des Humboldtforums und anderer Kulturbauten

Im Jahr 2019 wird das Humboldtforum im Berliner Stadtschloss eröffnen. Wir freuen uns auf einen einzigartigen Ort, der Kunst und Kultur aus aller Welt zeigen wird. Er wird ein weiterer Anziehungspunkt sein und den Bereich zwischen Humboldt- und Rathausforum städtisch und kulturell vollkommen neu interpretieren. Berlin wird sich darin mit seiner neu konzipierten Ausstellung „Welt.Stadt.Berlin“ als Metropole darstellen, die über Jahrhunderte ein europäischer Schmelztiegel verschiedener Kulturen, Nationen und Religionen war und von der bis heute wichtige Impulse für Kultur, Wissenschaft und das friedliche multikulturelle Zusammenleben ausgehen.

Das Humboldtforum machen wir zu einem Anziehungspunkt der Hauptstadtkultur.

2017 beginnen die Bauarbeiten zur Erweiterung des Bauhaus-Archives. Das Märkische Museum und das Marinehaus werden wir renovieren und der Stiftung Stadtmuseum so einen guten Rahmen geben, um sich weiterzuentwickeln. Auch die Komische Oper und die Deutsche Oper werden – bei laufendem Spielbetrieb – saniert. Außerdem werden wir im Flughafengebäude Tempelhof langfristig kulturelle Nutzungen etablieren und beginnen damit – gerade jetzt – gemeinsam mit den Geflüchteten, die momentan dort leben.

Kulturelle Teilhabe

Die Institutionen müssen für jeden offen sein und Barrieren abbauen, unabhängig vom Alter, Einkommen oder Mobilitätseinschränkung, egal ob Geflüchteter oder Ur-Berlinerin bzw. Ur-Berliner. Eine Grundlage hierfür ist die Besucherforschung, die wir fortsetzen. Kulturelle Bildung als selbstverständlicher Teil der Einrichtungsarbeit wird von uns gestärkt. Wir setzen uns zudem wieder für eine kostenfreie Zeitspanne für die öffentlichen Museen in Berlin ein, um finanzielle Hürden für den Museumsbesuch zu senken. Außerdem nutzen wir die Chancen der Digitalisierung für die kulturelle Teilhabe und fördern – wo rechtlich möglich – die Veröffentlichung elektronischer Versionen von Druckwerken aus dem Bibliotheksbesitz, sogenannter Digitalisate, unter offenen Lizenzen.

Kultur für alle: Mit einer kostenfreien Zeitspanne für den Museumsbesuch beseitigen wir finanzielle Hürden.

Erinnerungskultur

Erinnerung und Gedenken sind an vielen Orten Berlins präsent und lebendig. Die Stadt steht für eine Erinnerungskultur, die aus verschiedenen Blickwinkeln Geschichte betrachtet, um Identität zu stiften. Seit vielen Jahren verzeichnen zeitgeschichtliche Museen und Gedenkstätten steigende Besucherzahlen.

Erinnerung und Gedenken halten wir im Berliner Stadtbild präsent.

Wir begrüßen die Initiative für die Gründung eines Museums am Checkpoint Charlie, das sich spezifisch mit dem Kalten Krieg und dessen Folgen für die Weltpolitik auseinandersetzt. Wir haben begonnen, die baurechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen und werden das Projekt konsequent weiterverfolgen.

Wir sichern die East Side Gallery mit ihrer internationalen Strahlkraft dauerhaft und werden sie in die Trägerschaft der Stiftung Berliner Mauer überführen.

Wir setzen uns dafür ein, die Erinnerungskultur durch Projekte zu erweitern, die die Migrationsgeschichte der Stadt thematisieren, sich mit der deutschen Kolonialherrschaft auseinandersetzen und die internationalen Bezüge der Berliner Geschichte hervorheben. In diesem Kontext werden wir die Ehrenbürgerliste Berlins und die Straßenbenennungen kritisch auf einen rassistischen, kolonialen oder nationalsozialistischen Hintergrund prüfen und überarbeiten.

Das mahnende Gedenken an Kriegsgräbern entwickeln wir 70 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs als Ausgangspunkt für Bildungs- und Friedensarbeit gerade mit der jüngeren Generation weiter. Die nationalsozialistischen Verbrechen müssen im Mittelpunkt einer langfristigen Erinnerungskultur stehen. Insbesondere hier sehen wir uns verpflichtet, eine Gedenkkultur zu erhalten und mit Gedenkstätten, Schulen sowie Bildungsträgerinnen und -trägern weiterzuentwickeln, welche die Erinnerung aufrechterhält und uns stetig mahnt, dass die Opfer des Faschismus niemals vergessen sein dürfen. Dazu gehört auch, dass wir uns für die Errichtung eines Gedenk- und Lernortes 'Tempelhofer Feld' mit Schwerpunkt auf die NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Sachstandsberichts des Runden Tisches 'Historische Markierung auf dem Tempelhofer Feld' einsetzen.

Vollangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet ausbauen

Gerade bei der fortschreitenden Digitalisierung und Reduzierung von Nachrichtenagenturen und Redaktionen wird die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wichtiger. Dazu gehört im Internetzeitalter auch ein öffentlich-rechtliches, werbefreies Vollangebot im Internet als sogenannte dritte Säule.

Wir sprechen uns gegen eine zeitliche Beschränkung oder das Löschen von eigenproduzierten Inhalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus. Die von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlten Inhalte müssen dauerhaft und digital zur Verfügung stehen.

Filmstadt stärken und Filmförderung sichern

Berlin ist Filmstadt Nummer 1 in Europa. Diese Position gilt es zu behaupten. Das Medienboard Berlin Brandenburg soll zum Medien- und Digitalboard werden. Wir werden die Förderprogramme für neue audiovisuelle Inhalte zeitgemäß ausgestalten und auf die Digitalwirtschaft in der Region konzentrieren. Die Kinoförderung werden wir erhalten und ausbauen. Auch auf die Förderung des Kinderkinos und des Kinderfilms legen wir besonderen Wert.

Starke Finanzen im Land und den Bezirken

Dank unserer erfolgreichen Politik der Haushaltskonsolidierung sind Investitionen und Schuldenabbau keine Gegensätze mehr. Die erarbeiteten finanziellen Spielräume wollen wir nun für eine moderne Stadtentwicklung, progressive Bildungspolitik und einen sozialen Wohnungsmarkt nutzbar machen und gleichzeitig anteilig den Schuldenabbau vorantreiben. Um die finanziell günstige Situation zu nutzen, hat der Senat im Herbst 2014 das Sondervermögen Investitionen in die wachsende Stadt (SIWA) eingerichtet. Dort hinein fließt seitdem die Hälfte des Haushaltsüberschusses für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Wir blicken zurück auf die Erfolge bei den Verhandlungen im Rahmen der

*Wir haben die
Berliner Finanzen wieder
in Ordnung gebracht.*

Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Berlin behält die notwendige Handlungsfreiheit und bleibt bei der Finanzierung von Projekten des Landes und der Bezirke auf finanziell stabilen Beinen. Die Dynamik des Finanzausgleichs bleibt erhalten. Mit der Finanzierung im Rahmen der Hauptstadtentwicklung sowie der Kulturfinanzierung kommt der Bund auch in Zukunft seinen Verpflichtungen gegenüber der Bundeshauptstadt nach.

Die Finanzbeziehungen zwischen Berlin und seinen Bezirken sind vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltsgesamtsituation strukturell grundsätzlich ausgewogen und angemessen. Das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, soll auch zahlen“) ist strikt einzuhalten: Das Land muss politische Vorgaben finanziell auch so ausstatten, dass ihre erfolgreiche Umsetzung in den Bezirken abgesichert wird.

Die Verwaltungen der Stadt müssen die ihnen zugewiesenen Aufgaben auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt sowie dem demografischen Wandel, dem sich die Verwaltungen stellen müssen, langfristig bewältigen können. Dafür benötigen sie eine angemessene qualitative und quantitative Personal- und Finanzausstattung – im Land und den Bezirken.

*Leistungsfähige
Verwaltung heißt für
uns: mehr Personal.*

Integration als Gemeinschaftsaufgabe

Berlin ist eine Einwanderungsstadt. Viele kommen nach Berlin, weil sie hier in unserer dynamischen und attraktiven Stadt leben und arbeiten wollen.

Wir wollen diesen Menschen die Chance bieten, sich schnell gut zu integrieren. Dies ist eine gemeinsame Anstrengung aller - derjenigen, die schon hier leben und derjenigen, die zu uns kommen. Unsere Aufgabe besteht darin, ihnen alle Möglichkeiten zu geben, am Leben unserer Gesellschaft teilzunehmen. Wir wollen möglichst alle Hinzuziehenden dabei unterstützen, einem ihrem Abschluss entsprechenden Beruf zu finden bzw. ihre Potenziale bestmöglich einzusetzen.

Wir streben eine Integrationspolitik aus einem Guss an:

Mittelfristig muss die Ausländerbehörde kontinuierlich zu einer Willkommensbehörde ausgebaut werden. Dazu gehört neben einer entsprechenden Umbenennung auch eine Ausrichtung auf das Ziel Integration. Wir werden auch prüfen, ob die Themen Integration, Arbeitsmarktzugang, Bildung, Diversity und Aufenthaltsrecht für alle, die neu nach Berlin gekommen sind, in einer Abteilung, einer Verwaltung oder zumindest in einer interministeriellen AG zusammengefasst werden sollten.

*Die Ausländerbehörde
machen wir zu einer
Willkommensbehörde.*

Dabei werden wir auch die Belange der zweiten und dritten Generation nicht übergehen. Wir werden die Erfahrungen, die wir mit der Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes gemacht haben, auswerten und dieses weiterentwickeln. Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, wollen wir nicht wiederholen.

Wir fordern ein Einwanderungsgesetz, das Möglichkeiten der legalen Einwanderung nach Deutschland bietet und als eigenständige Rechtsgrundlage einer legalen Zuwanderung neben dem Asylrecht existiert.

Unser Partizipations- und Integrationsprogramm hat sich bewährt. Wir werden ein begleitendes Monitoring durchführen und dieses für neue Gruppen öffnen, so streben wir ein neues Konzept zur Unterstützung der Integra-

tionsarbeit von Moscheevereinen und ggf. die Unterstützung eines muslimischen Wohlfahrtsverbandes an.

Wer neu nach Berlin kommt, braucht eine Anlaufstelle, bei der alle Dienstleistungen und Beratungsangebote aus einer Hand erhältlich sind. Wir werden dazu das in diesem Jahr eingerichtete Willkommenszentrum weiterentwickeln und kontinuierlich ausbauen. Wir werden dabei Qualitätsstandards für Beratungen entwickeln und Fortbildungen – ggf. Zertifizierungen – für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Verwaltungen anbieten. Dabei sind die Bürgerämter einzubeziehen.

Ziel des Aktionsplans Roma des Senats ist es, die Lage der ausländischen Roma und ihrer Familien in Berlin zu verbessern. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der gesundheitlichen Versorgung sowie der schulischen und beruflichen Eingliederung von Kindern und Jugendlichen. Wir werden diesen Aktionsplan zur Einbeziehung der aus der EU zu uns kommenden Roma fortentwickeln und dafür Sorge tragen, dass sie eine dauerhafte Perspektive in unserer Stadt finden.

Die Sprache ist Grundlage für erfolgreiche Integration.

Zur Integration gehört die Chance, die deutsche Sprache zu lernen und schließlich zu beherrschen. Wir werden ausreichende Sprachkurse zur Verfügung stellen. Wir werden die bestehenden Bildungsangebote erweitern und verbessern, so dass alle die Möglichkeit haben, sie in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Angebote zu schaffen für eine berufsspezifische Sprachförderung während der Ausbildung und beim Start in den Beruf.

Integration, auch die sprachliche, gelingt am besten, wenn sie im Kindesalter beginnt.

Erfreulicherweise haben sich die Bildungs- und Ausbildungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund kontinuierlich verbessert. Das Bildungsniveau der Bürger mit Migrationshintergrund steigt, der Akademikeranteil bei Neuankömmlingen ist sogar höher als bei gebürtigen Deutschen. Auch der Status von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich. Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei, der Feuerwehr und im restlichen Öffentlichen Dienst werden mehr und mehr zur Normalität.

Über 20 Prozent der neuen Auszubildenden im öffentlichen Dienst Berlins und den Landesbetrieben haben inzwischen einen Migrationshintergrund. Besonders positiv ist die Entwicklung bei den Betrieben mit Landesbeteiligung, wo 2013 eine Quote von 22,6 Prozent erreicht wurde.

Die Arbeit der migrantischen Selbstorganisationen stärken wir.

Wir wollen die wichtige Arbeit der Migrantenselbstorganisationen (MSO) und deren Jugendverbände (MJSO) stärken. Das Partizipationsprogramm wollen wir transparent gestalten: Die Kriterien für die Auswahl der geförderten Projekte müssen deshalb in Zusammenarbeit mit MSOs und den Ansprüchen einer vielfältigen und bunten Stadt neu erarbeitet werden.

Angesichts der vielen Menschen, die aus dem Ausland zu uns kommen, wollen wir unsere Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung weiterentwickeln und verstärken. Dabei werden wir einen zusätzlichen Akzent auf die arabischen Communities setzen. Wir wollen die Kooperationen mit ihnen verstärken.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Unterstützung radikal-islamistischer

Strömungen werden wir unsere Partner danach aussuchen, dass sie aktiv und konsequent für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eintreten.

Die Teilhabe von Migrantinnen ist eine Zukunftsfrage. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Bevormundung dürfen wir nicht hinnehmen. Partizipationsangebote, Vereine und Nachbarschaftsprojekte wollen wir genauso stärken wie auch das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen, um so Brücken in die aktive Teilhabe am sozialen Leben zu bauen.

Für eine gelingende Integration ist der Ausbau unserer sozialen Infrastruktur unerlässlich. In Kita, Schule und Ausbildung muss den besonderen Bedürfnissen von jungen Geflüchteten an Sprachförderung, psychologischer und sozialpädagogischer Betreuung Rechnung getragen werden. Familienzentren und Angebote der Jugendarbeit als offene Begegnungsorte für Kontakte und Kennenlernen im Sinne der Nachbarschaftshilfe und Jugendbegegnung werden wir deshalb stärken und ausbauen.

Wir unterstützen die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus und Hauptwohnsitz in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger.

Wer dauerhaft in Berlin wohnt, soll kommunal mitwählen dürfen.

Geflüchtete willkommen heißen

Ein Großteil der Menschen, die den Weg zu uns gefunden haben, ist vor Krieg und Terror geflüchtet. Wir wollen ein weltoffenes Berlin, das Menschen in Not willkommen heißt, ihnen Schutz und ein neues Zuhause bietet.

Die Aufnahme der Geflüchteten in den letzten Monaten wäre ohne das ehrenamtliche Engagement vieler tausend Helferinnen und Helfer aus unserer Stadt nicht möglich gewesen. Wir werden die Erfahrungen der ehrenamtlichen Initiativen nutzen und deren Langfristigkeit sichern. Dazu gehören unter anderem Angebote zur Weiterbildung, zur interkulturellen Kompetenz und Supervision für Ehrenamtliche.

Wir wissen, dass manche Menschen trotz ihrer Solidarität auch Ängste haben – auch diejenigen, die die Unterstützung eines sozialen Staates genauso wie geflüchtete Menschen dringend brauchen. Ihre Sorgen nehmen wir ernst und wir werden unsere Politik weiterhin daran ausrichten, dass Solidarität alle in Not erreichen muss – niemand muss Angst haben, zurückgelassen zu werden. Keine Gruppe darf gegen die andere ausgespielt werden.

Berlin bleibt eine Stadt für alle. Keine Gruppe darf gegen eine andere ausgespielt werden.

Wir treten für eine humanitäre Flüchtlings- und Asylpolitik ein. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb darf nie die ökonomische Verwertbarkeit eines Menschen einen Einfluss auf die Aufnahme eines Asylantragsverfahrens und den Erfolg eines Asylantrags haben. Wer verfolgt wird, hat einen Anspruch auf Asyl. Dazu gehört aber auch, dass diejenigen, deren Asylersuchen endgültig abgelehnt wurde, Deutschland wieder verlassen müssen.

Wir wollen keine Verunsicherung, keinen geschürten Hass und keine Irreführung. Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze. Wer das den Menschen einredet, will Hand anlegen an die Substanz unseres Grundgesetzes – und das wollen wir nicht.

Die Berliner SPD hat in der Flüchtlingspolitik eine klare Haltung. Denn unsere Verantwortung können wir nicht teilen, sie erwächst aus unserer wirtschaftlichen Stärke ebenso wie aus unserer Geschichte, insbesondere aufgrund unserer sozialdemokratischen Grundwerte. Aus derselben Verantwortung heraus verlangen wir von den Geflüchteten, die zu Berlinerinnen und Berlinern werden wollen, gelebten Respekt für die Werte und Regeln des Zusammenlebens in unserer Stadt.

Zentrales Ziel ist die Integration in Arbeit und Ausbildung. Dabei stehen für uns der Schutz und Ausbau guter Arbeit und der Kampf gegen Missbrauch oder Aushöhlung tariflicher Vereinbarungen im Vordergrund.

Wir werden das Konzept für besonders schutzbedürftige Geflüchtete weiterentwickeln. Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Geflüchtete brauchen besonderen Schutz. Gerade in Gemeinschaftsunterkünften besteht die Gefahr, dass sie zum Opfer von Gewalt werden. Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass es in den Gemeinschaftsunterkünften künftig feste qualifizierte Ansprechpersonen für besonders schutzbedürftige Geflüchtete gibt und sie im Falle von Bedrohung, Diskriminierung und Gewalt Unterstützung erhalten. Insbesondere beim Personal im Bereich Security werden wir verstärkt darauf achten, dass in den Unterkünften auch weibliches Sicherheitspersonal angestellt wird.

Bereits jetzt stellen wir bestimmten schutzbedürftigen geflüchteten Menschen besondere Unterkünfte zur Verfügung. Diese werden wir ausbauen. Zugangshürden zu Gesundheitsangeboten für geflüchtete Menschen bauen wir ab.

*Minderjährige
Geflüchtete erhalten
unseren besonderen
Schutz.*

Minderjährige junge Geflüchtete, die ohne Eltern zu uns kommen, brauchen unseren besonderen Schutz und unsere Fürsorge. Deshalb werden wir die Anzahl unserer Erstaufnahmeplätze im Rahmen der Inobhutnahme weiter ausbauen und für ein qualifiziertes und zeitnahes Clearingverfahren Sorge tragen. Viele Berlinerinnen und Berliner sind bereit, Verantwortung für minderjährige Geflüchtete zu übernehmen. Deshalb werden wir die Schulung und Fortbildung von ehrenamtlichen Vormündern weiter ausbauen und Patenschaftsprojekte auch für diese Zielgruppe ausweiten. Die Jugendämter müssen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung ausreichend in die Lage versetzt werden, eine jugendhilfegerechte Unterbringung und Betreuung zu gewährleisten.

Bei der Auswahl der Betreiber für neue Unterkünfte werden wir auf die Erfahrung der vergangenen Monate zurückgreifen. Um eine menschenwürdige Unterbringung mit angemessenen Qualitätsstandards sicherzustellen, werden wir die Qualitätskontrolle in den Unterkünften für Geflüchtete personell verstärken.

Darüber hinaus werden wir Maßnahmen ergreifen, die zur Demokratisierung der Geflüchtetenunterkünfte und dem Empowerment von Geflüchteten führen. Unser Ziel ist es, die Geflüchteten aktiv in die Gestaltung und Organisation der Unterkünfte einzubinden.

Innere und soziale Sicherheit gewährleisten

*Nur eine sichere
Stadt ist frei.*

Sicherheit für alle zu gewährleisten ist für uns eine zentrale Aufgabe, denn nur eine sichere Stadt ist eine freie Stadt. Es muss überall sicher sein, wo Menschen wohnen, arbeiten, sich treffen und zusammen leben. Wir fordern

den uneingeschränkten Respekt vor den Werten unseres Grundgesetzes und vor der Würde jedes Menschen ein.

Wir werden Kriminalität, Extremismus, Gewalt und organisiertes Verbrechen mit aller Entschlossenheit bekämpfen. Die wachsende Stadt Berlin braucht in allen Bereichen wieder mehr Polizeikräfte. Wir sorgen für eine angemessene und moderne Ausstattung der Berliner Polizei. Deshalb werden wir jedes Jahr mindestens 100 neue Stellen im Polizeivollzug schaffen. Unser Ziel ist, die Einsatzbereitschaft auf allen Ebenen konstant zu erhöhen und damit die Eintreffzeiten von Funkstreifen und Rettungskräften im Einsatzfall zukünftig deutlich zu verkürzen und mehr Präsenz von Polizei im öffentlichen Raum zu schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für zusätzliche Polizistinnen und Polizisten für Fuß- und Fahrradstreifen und Kontaktbereichsdienste ein, denn die Berliner Polizei soll direkt und vor Ort ansprechbar sein.

Wir schaffen neue Stellen bei der Polizei – mindestens 100 pro Jahr.

Unser Ziel bleibt, dass Kriminalität erst gar nicht entstehen kann. Deshalb bauen wir das Beratungsangebot der Polizei noch stärker aus. Gerade Einbruchskriminalität wollen wir durch Prävention und konsequente Strafverfolgung bekämpfen, um die Berlinerinnen und Berliner vor Auto- und Wohnungseinbrüchen zu schützen. Sicherheit darf nicht vom Einkommen abhängen. Nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten.

Wir investieren in Prävention.

Rechtsfreie Räume in einzelnen Kiezen oder auf öffentlichen Plätzen werden wir nicht dulden. Übergriffe auf Angehörige von Polizei und andere Amtsträger werden wir konsequent ahnden. Wir wollen gute Arbeits- und Lebensbedingungen für die Dienstkräfte und ihre Familien bieten. Gerade für Polizei und Feuerwehr wollen wir verlässliche Arbeitszeiten, mehr Mitwirkung und Transparenz und eine individuellere Arbeitszeitgestaltung. Wir wollen auch einen wirksamen dienstlichen Rechtsschutz für die Kolleginnen und Kollegen bieten. Die Berufsfeuerwehr wird ebenso wie die freiwillige Feuerwehr und der Katastrophenschutz mit modernstem Material, Instandhaltung von Fahrzeugen und Feuerwachen und dem notwendigen Personal ausgestattet.

Insbesondere an Orten mit hohen Kriminalitätsraten werden wir die Zusammenarbeit von Landespolizei, Bundespolizei und Ordnungsämtern weiter ausbauen. Hier setzen wir uns auch für die Einrichtung von Kombiwachen ein, die für mehr Sicherheit vor Ort sorgen. Im öffentlichen Raum darf nicht das Recht des Stärkeren gelten. Deshalb wollen wir eine verstärkte städtebauliche Kriminalprävention, um das Entstehen von Angst-Räumen und schwer einsehbaren Bereichen zu verhindern.

Mit Kombiwachen sorgen wir für mehr Sicherheit vor Ort.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der Begriff „Innere Sicherheit“ untrennbar mit dem der „Sozialen Sicherheit“ verbunden. Sozialdemokratische Innenpolitik als Sicherheitspolitik hat nicht allein den Staat im Blick, sondern stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Einen Schwerpunkt legen wir daher auf Prävention. Kriminelle Karrieren beginnen häufig noch zu Schulzeiten. Deshalb schaffen wir Betreuungsprogramme für Jugendliche, bei denen sich eine zunehmende Schuldistanz und offene Konfrontation zur und in der Schule abzeichnen. Jugendkriminalität, Jugendgewalt und Gewalt an Schulen dulden wir nicht. Wir sorgen für mehr besonders geschulte Pädagoginnen und Pädagogen, die Konfliktsituationen auflösen. Bewährte Systeme von der Präventionsarbeit bis zur Schulsozialarbeit werden wir weiter stärken. Lehrkräfte brauchen an den Schulen zusätzliche Unterstützung darin, neue Formen des Antisemitismus, Antiziganismus, der Homo- und Transphobie und des Sexismus zu erkennen und ihnen pädagogisch und argumentativ zu begegnen. Und wir müssen vie-

lerorts wieder eine Kultur des Respekts vor unseren Lehrkräften und unter allen Schülerinnen und Schülern herstellen.

Unser Ziel ist, die Situation von Gewaltbetroffenen nachhaltig zu verbessern und Strategien zu entwickeln, um den Gewaltkreislauf wirksam zu durchbrechen. Die Beratungsangebote für die Opfer von Gewalt werden wir deshalb fortsetzen und sicher finanzieren. Das gilt auch für Beratungsangebote für Personen, die in der Sexarbeit tätig sind.

Wir sagen der organisierten Kriminalität den Kampf an.

Organisierte Kriminalität muss entschlossen, effektiv und dauerhaft bekämpft werden. Denn sie stellt mit ihrer menschenverachtenden Brutalität, ihrem Vorgehen im Verborgenen und der Begehung von Kapitalverbrechen eine besondere, grenzüberschreitende Bedrohung dar. Niemand in dieser Stadt soll ohnmächtig einer solchen, anonymen Bedrohung ausgesetzt sein. Kriminelle Clans und Rockerkriminalität dulden wir nicht. Wir wollen daher die illegalen Finanzströme insbesondere durch eine Verbesserung der Behördenzusammenarbeit unterbinden und das Landeskriminalamt mit zusätzlichen Mitteln zur Bekämpfung von Geldwäsche und zur Überwachung von Tatverdächtigen der organisierten Kriminalität ausstatten. Wir unterstützen die Initiative des Bundesjustizministeriums zur Vereinfachung der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, um der Organisierten Kriminalität kriminelle Gewinne zu entziehen.

Politisch oder religiös motivierte Gewalt jeder Art werden wir entschlossen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats bekämpfen. Wir werden den unbedingten Respekt vor den Grundlagen unserer Verfassung zum Schutz der Menschen, die friedlich in dieser Stadt leben wollen, kompromisslos einfordern und durchsetzen. Programme zur Deradikalisierung werden wir verstetigen – auch und gerade in den Haftanstalten – und Präventionsmaßnahmen ausbauen, damit Sympathisanten und Sympathisantinnen nicht zu Tätern und Täterinnen werden. Wir wollen die Zivilgesellschaft stärken und für Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisieren. Ein demokratisch kontrollierter und handlungsfähiger Verfassungsschutz muss unsere Demokratie als Frühwarnsystem vor allen Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder bewahren und insbesondere vor islamistischem und rechtem Terror schützen. Wir werden die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages umsetzen, um wirksame Kontrollmechanismen zu schaffen, die Fehlentwicklungen bei den Verfassungsschutzbehörden aufklären und vorbeugen.

Die Versammlungsfreiheit ist für uns eine Bedingung für die Demokratie und muss geschützt werden. Wir stellen Versammlungsteilnehmer und -teilnehmerinnen nicht unter Generalverdacht. Daher setzen wir uns für eine restriktive Handhabung beim Filmen von Versammlungen ein. Wir werden zudem eine Initiative zur Abschaffung der Datei „Gewalttäter Sport“ in Berlin ergreifen.

Wir werden ein Berliner Versammlungsgesetz erlassen, das als deutschlandweites Vorbild für ein demokratieförderndes und grundrechtbezogenes Versammlungsrecht dienen kann.

Gemeinsam gegen rechts – für eine Stadt der Vielfalt

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt. Unser Berlin ist eine weltoffene Stadt, die Menschen in Not willkommen heißt, ihnen Schutz und ein neues Zuhause

bietet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden nicht zulassen, dass Neonazis diese Offenheit der Stadt mit Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte oder Angriffen auf Andersdenkende verändern. Genauso werden wir nicht dulden, dass queere oder jüdische Berlinerinnen und Berliner bedroht oder angegriffen werden. Wir bekämpfen jede Form gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit, von wem auch immer sie ausgeht. Wir brauchen eine starke Demokratie, die niemanden ausschließt. Um Rassismus und Antisemitismus keinen Raum zu bieten, sind die vielen Berliner Initiativen vor Ort von großer Bedeutung.

*Kampf gegen
Rechtsextremismus –
Kampf gegen
Menschenfeindlichkeit.
Dafür steht die SPD.*

Das vom SPD-geführten Senat ins Leben gerufene Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützt viele Berliner Projekte. Einige davon, wie die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, die Berliner Register, die Opferberatungen oder die Einrichtungen für die Demokratieentwicklung, sind dauerhaft von großer Bedeutung. Die dort geleistete Arbeit muss dauerhaft gesichert und ausgebaut werden.

Die Berliner SPD wird Bildungsangebote ausbauen, die Menschenrechte, Engagement und Zivilcourage fördern. Demokratiebildung muss in der Kita beginnen, in der Schule fortgesetzt und später in den Kinder- sowie Jugendeinrichtungen gelebt werden. Wir sehen Antidiskriminierungsarbeit als Aufgabe für alle Lebensbereiche. In städtischen Betrieben setzen wir uns für Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung ein.

Berlin hat sich im Bundesrat für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren eingesetzt. Wir arbeiten mit aller Kraft daran, dass dieses erfolgreich abgeschlossen wird.

*Die NPD muss endlich
verboten werden.*

Neutraler Staat

Die Vielfalt von Religionen und Weltanschauungen macht Berlin als tolerante Stadt lebenswert. Gleichzeitig muss es einen neutralen Rahmen für das Zusammenleben in einer multiethnischen und multireligiösen Stadt geben.

Das Berliner Neutralitätsgesetz bietet einen solchen Rahmen, indem es Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Polizistinnen und Polizisten sowie Lehrkräften das Tragen religiöser und weltanschaulicher Symbole bei hoheitlichen Aufgaben untersagt. Der Staat ist so in der Lage, zwischen den verschiedenen Interessen und Konflikten zu vermitteln.

Die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates ist eine Errungenschaft unserer Demokratie. Die Berliner SPD wird den neutralen Staat als hohes Gut gegenüber der individuellen Interpretation von Glaube und Religion schützen.

Moderne und leistungsfähige Verwaltung

Die wachsende Stadt stellt auch die öffentliche Verwaltung vor neue Herausforderungen. Bis 2022 werden rund 24.000 Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Für eine moderne, leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung brauchen wir qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Verwaltung muss mit dem Wachstum der Stadt mithalten. Allein mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2016/17 haben wir 4000 neue Stellen im Land und den Bezirken geschaffen. Und wir werden das Personal weiter an die wachsende Stadt anpassen – ohne Obergrenzen.

*Mit uns fällt die
Obergrenze für das
Personal im öffentlichen
Dienst.*

Wir ermöglichen den Seiteneinstieg in den öffentlichen Dienst.

Wir werden eine weitere Einstellungsoffensive für alle Bereiche der Verwaltung starten – aus der Abbau- muss eine Aufbauverwaltung werden. Ein wirksames Personalmanagementkonzept, mehr Angebote zur Fortbildung und Gesundheitsvorsorge sowie eine weitere Verstärkung der Ausbildungskapazitäten sind für uns wie eine wettbewerbsfähige Bezahlung der Beschäftigten der Berliner Verwaltung zentrale Bestandteile einer Personalstrategie.

Wir werden alle Laufbahnen des öffentlichen Dienstes künftig für jede Bewerberin bzw. jedem Bewerber öffnen, der über einen staatlich anerkannten Abschluss verfügt und eine entsprechende Eignung vorweisen kann, damit die Vielzahl der freiwerdenden Stellen zügig mit qualifiziertem Personal besetzt werden kann. Im Zuge dessen werden wir Besetzungsverfahren optimieren und beschleunigen. Dazu wird sich Berlin die Chance der Vielfältigkeit der Bildungsabschlüsse und unterschiedlichen Berufsbiografien besser als bisher nutzbar machen.

Der öffentliche Dienst muss sich künftig in direkter Konkurrenz zu privaten Unternehmen als guter Arbeitgeber profilieren. Gerade für motivierte und kompetente Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger werden wir daher den öffentlichen Dienst öffnen und die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass die berufliche Erfahrung außerhalb des öffentlichen Dienstes berücksichtigt und bei der Besoldung bzw. Vergütung gewürdigt wird.

Eine der größten Ressourcen unserer Verwaltung ist die wertvolle Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ziel ist ein flächendeckender strukturierter Wissenstransfer. Wir wollen daher erfahrene Beschäftigte ermuntern, auch im Ruhestand weiter zu arbeiten. Weiterhin wollen wir für den Bereich der Landesbeamtinnen und Landesbeamten die Möglichkeiten der Flexibilisierung des Laufbahnrechts intensiv nutzen, um so im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und dem Bund bestehen zu können. Personalpolitik findet für uns selbstverständlich im engen Dialog mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften statt.

Mehr Personal in den Bürgerämtern – damit lange Wartezeiten der Vergangenheit angehören.

Eine gut funktionierende Verwaltung heißt für uns vor allem Bürgernähe. Die Bürgerämter nehmen dabei eine herausragende Position ein. Dazu ist es erforderlich, die Bürgerämter personell, sachlich und strukturell so auszustatten, dass lange Wartezeiten der Vergangenheit angehören.

Wir setzen auf der Grundlage des Berliner E-Government-Gesetzes auf eine konsequente und durchgängige Digitalisierung der Berliner Verwaltung nach außen zu den Bürgerinnen und Bürgern sowie zur Wirtschaft als auch innerhalb der Berliner Verwaltung. Wir forcieren Online-Bürgerdienste, die es ermöglichen, Bürgerdienstleistungen von zu Hause oder von Bürgerterminals in öffentlichen Dienstgebäuden in Anspruch zu nehmen.

Berlin soll zum Vorreiter der bürgernahen technologiegestützten Verwaltung werden. Das Service-Konto Berlin soll ab 2017 der für alle Behörden verbindliche, einheitliche und zentrale Zugang zu den online-Angeboten der Berliner Verwaltung werden. Dazu muss auch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin zu einem innovativen, leistungsfähigen und umsetzungsorientierten Dienstleister entwickelt werden. Wir werden dazu den Wissenstransfer zwischen der boomenden Start-up- und Forschungsszene Berlins verstärkt für die Digitalisierung der Verwaltung nutzen.

Gleichzeitig wird es auch weiterhin möglich sein, auf herkömmlichem Weg öffentliche Dienstleistungsangebote in Anspruch zu nehmen, mit planbaren

und sicheren Terminen – aber in dringenden Fällen auch spontan. Neben der persönlichen Besuchsmöglichkeit in den Dienststellen soll aber durch Ausbau des Servicecenters 115 der Telefonservice als weiterer Zugangsweg zur Berliner Verwaltung attraktiv gestaltet werden.

Bürgergerechte und transparente Justiz

Wir stehen ein für eine leistungsfähige Justiz. Effektiver Rechtsstaat muss professionell, in angemessener Zeit und unabhängig vom Einkommen gewährleistet sein. Das Justizmonopol des Staates ist für uns nicht verhandelbar. Die Berliner SPD lehnt private Schiedsgerichtsklauseln in internationalen Handelsabkommen wie CETA oder TTIP ab. Auch sogenannte „Friedensrichter“ sind nicht Bestandteil unserer Rechtsordnung und dürfen das ordentliche Gerichtsverfahren und das Rechtsprechungsmonopol des Staates nicht unterlaufen. Wir lehnen es auch ab, rechtsstaatliche Verfahren zu verkürzen oder den Rechtsschutz einzuschränken. Der Rechtsschutz muss jedem in Deutschland vollständig zur Verfügung stehen. Dies macht unser Land und unsere Stadt aus.

Rechtsschutz steht allen zu – dafür setzen wir uns ein.

E-Justice ist eine große Herausforderung für die Justiz in den nächsten Jahren. Wir wollen die technische Modernisierung der Berliner Justiz für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte voranbringen, damit Verfahren effizient und zügig abgeschlossen werden können und gute Arbeitsbedingungen bestehen. Die Kommunikation zwischen den Gerichten und Rechtsanwälten soll auf den elektronischen Rechtsverkehr umgestellt werden. Auch Zahlungsvorgänge sollen zum Beispiel durch Lastschriftinzug oder Online-Zahlungsportal möglich sein.

Wir werden ebenso darauf achten, dass der Zugang zur Justiz weiterhin auch den Bürgerinnen und Bürgern offen steht, die nicht über moderne Kommunikationsmittel verfügen oder diese nicht nutzen. Wichtige Informationen der Justiz sollen kostenlos online zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen eine bürgerorientierte und noch transparentere Justiz. Wir setzen uns für eine Transparenz bei der Vergabe von Insolvenzverfahren an Insolvenzverwalter ein und bei der Bestellung von Pflichtverteidigern ein.

Bei der Ausstattung des Verwaltungsgerichts muss berücksichtigt werden, dass mit einer Steigerung von Asylverfahren zu rechnen ist.

Wir werden prüfen, ob die Zwangsvollstreckung besser strukturiert und digitalisiert werden kann, um Verfahren zu verkürzen und effektiver zu machen.

Wir setzen auf einen modernen, sicheren und effektiven Strafvollzug. Insbesondere jugendliche Straftäter sollen schnell nach der Tat zur Verantwortung gezogen werden. Wir wollen die Zusammenarbeit von Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Gerichten, Schulen, Jobcentern bzw. den Jugendberufsagenturen und Jugendhilfeeinrichtungen intensivieren, um jugendliche Straftäter in ein straffreies Leben zu begleiten.

Intensivtäter werden wir konsequent und nachhaltig verfolgen, um die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner zu gewährleisten.

Zur Verfolgung der steigenden Internetkriminalität werden wir eine Sonderinheit „Cyberkriminalität“ bei der Generalstaatsanwaltschaft einrichten

und die Fortbildung von Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ausweiten.

Die Berliner SPD lehnt die Vorratsdatenspeicherung weiterhin ab. Der Umfang polizeilicher Maßnahmen wie beispielweise die Funkzellenabfrage müssen parlamentarisch kontrolliert werden.

Gleichstellung gestalten

Wir haben ein Recht auf Gleichstellung zwischen Männern und Frauen. In diesem Bereich gibt es im Alltag Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern, die wir abbauen wollen. Als Berliner SPD sind wir davon überzeugt: Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt und die Zukunft Berlins.

Im Finanzbereich wollen wir die geschlechtersensible Haushaltsführung, Gender Budgeting genannt, noch konsequenter umsetzen. Mit der SPD in der Regierung wird diese Art der geschlechtergerechten Haushaltsführung künftig bei allen finanzrelevanten Entscheidungen greifen und auch die Sonderprogramme erfassen.

Die Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe sollen zu gleichen Teilen von Männern und Frauen besetzt werden. Diese Forderung aus dem Landesgleichstellungsgesetz wollen wir in der nächsten Legislaturperiode weiter konsequent umsetzen. Das Land Berlin muss hier als gutes Vorbild vorangehen und die Parität vorleben, insbesondere durch die verstärkte Einstellung von Frauen in Führungspositionen.

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss in der Berliner Verwaltung und bei landeseigenen Unternehmen selbstverständlich sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Entgeltgleichheits-Check in den Verwaltungen, landeseigenen Betrieben aber auch der Privatwirtschaft angewandt wird. Liegt eine Lohndiskriminierung vor, müssen Tarife und Stellenbewertungen angepasst werden.

Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen bezieht sich auch auf die Privatwirtschaft. In vielen Bereichen des Dienstleistungsgewerbes sind überwiegend Frauen in Teilzeit, mit Minijobs oder zu sehr niedrigen Löhnen beschäftigt. Dies führt nicht nur zur Armut während der Erwerbsphase, sondern hat auch eine flächendeckende Altersarmut von Frauen zur Folge. Leidtragende sind oft auch die bei Ihnen lebenden Kinder. Wir wollen Maßnahmen entwickeln, um hier zu Verbesserungen zu kommen. Unsere Unterstützung richtet sich auch an die geflüchteten Frauen. Wir werden die bereits entwickelten speziellen Programme der Berufsorientierung weiter ausbauen.

Um Job und Kind besser zu vereinbaren, bieten Firmen und Unternehmen häufig Teilzeit oder das Arbeiten aus dem Homeoffice an. Dabei bietet das bislang wenig genutzte Modell des Jobsharings ebenfalls viele Vorteile. Bei diesem Modell wird eine Position mit zwei Personen besetzt, die beide in Teilzeit arbeiten, die Stelle jedoch gemeinsam verantworten.

In Berlin leben immer mehr alleinerziehende Mütter. Wir wollen deshalb den Aufbau von regionalen Netzwerken für Alleinerziehende und den Ausbau von flexibler Kinderbetreuung weiter vorantreiben.

Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass Mädchen verstärkt Berufe der

Wir kämpfen für die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Alleinerziehende bekommen besondere Unterstützung.

Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) erlernen und sich darin entwickeln. Berlin ist Partner im Nationalen Pakt für Frauen in MINT Berufen. Zukünftig bedarf es weiterhin insbesondere nachhaltiger Fördermaßnahmen (Girls' Day, Girls' Day Akademie, EnterTechnik, Girlsatec), die wir stärker vernetzen wollen.

Für viele Frauen gehört Gewalt noch immer zum Alltag. Jede zweite Frau wird in ihrem Leben Opfer von physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt. In Berlin steht bereits ein differenziertes Hilfesystem bei häuslicher Gewalt zur Verfügung. Dieses muss jedoch verbessert und weiter ausgebaut werden. Wir werden daran arbeiten, vorhandene Versorgungslücken Schritt für Schritt zu schließen. Zugang muss allen schutzsuchenden Frauen in jeder Lebenssituation eröffnet sein. Wir werden uns auch verstärkt um die geflüchteten Frauen in unserer Stadt kümmern. Auch sie müssen vor Gewalt geschützt werden. Die 50 Berliner Beratungsstellen für Frauen und Mädchen und die Frauenhäuser müssen weiterhin gut finanziert werden, um ihre wichtige Arbeit weiterhin in gleicher Qualität anbieten zu können.

Den Kampf gegen Gewalt an Frauen setzen wir fort.

Spezielle Frauen- und Mädchenprojekte und Beratungsstellen werden wir weiter fördern und gezielt unterstützen. Wir werden entschieden gegen Gewalt und Zwangsheirat vorgehen. Jede Frau in Berlin hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von Angst. Jede von Gewalt betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und auf schnelle Unterbringung in einem sicheren Haus erhalten. Die Finanzierung der Frauenhäuser werden wir sicherstellen. Wir wollen mehr Frauenschlafplätze und Unterkünfte für wohnungslose Frauen schaffen, die gerade traumatisierten Frauen einen sicheren Rückzugsraum geben.

Frauen und Männer, die in der Sexarbeit tätig sind, sollen durch Beratungsangebote bestmöglich geschützt und rechtlich abgesichert werden. Sperrzonen oder Sperrbezirke werden wir in Berlin nicht einrichten, sondern uns weiterhin für eine freie und selbstbestimmte Ausübung der Sexarbeit im Ausgleich mit dem öffentlichen Interesse einsetzen. Die Opfer von Menschenhandel werden durch die Behörden und Beratungsstellen schnell und umfassend unterstützt. Hier gilt es unkomplizierte und niedrigschwellige Zugangsangebote zu schaffen und die betroffenen Frauen und Männer vertrauensvoll zu begleiten.

Für uns ist klar, dass es klare Grenzen geben muss, wenn es um die öffentliche Vermarktung von Produkten geht. Diese Grenzen werden besonders dann überschritten, wenn Produkte mittels Geschlechterrollenkliches oder sexistisch beworben werden. Das Land Berlin unterstützt die Bundesinitiative zum Verbot von sexistischer Werbung.

Antidiskriminierungspolitik stärken – Diskriminierungsschutz verbessern

Der Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht, das für eine solidarische Gesellschaft und für die SPD von hoher Bedeutung ist. Die Ausgrenzung von Menschen, sei es aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihrer Behinderung oder ihrer Religion ist in keiner Weise hinnehmbar. Es ist erklärtes Ziel der SPD, den Schutz jeder und jedes Einzelnen vor Benachteiligung zu verbessern und das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung auch tatsächlich durchzusetzen. Berlin hat als erstes Bundesland eine Landesantidiskriminierungsstelle eingesetzt. Sie hat damit einen maß-

Schutz vor Diskriminierung – ein Menschenrecht!

geblichen Beitrag zur Sichtbarmachung und Bekämpfung von Diskriminierungen geleistet.

Hierauf aufbauend und mit dem zentralen Ziel, Menschen in ihrem Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu unterstützen sowie zu einer Vielfalt wertschätzenden Stadtkultur beizutragen, wollen wir die Antidiskriminierungs- und die Diversitypolitik als fachliche Querschnittsaufgabe weiterentwickeln: Wir wollen außerdem die rechtlichen Grundlagen für einen nachhaltigen Diskriminierungsschutz verbessern, indem

- ▷ das landesrechtliche Potential zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung positiver Ansätze gezielt ausgeschöpft und durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz gestärkt wird.
- ▷ eine Bundesratsinitiative zur Nachbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auf den Weg gebracht wird, die unter anderem ein Verbandsklagerecht, eine Ausweitung der Klagefristen und eine kritische Überprüfung der Verwendung des Begriffs der „Rasse“ wie auch der zahlreichen Ausnahmetatbestände des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zum Inhalt hat.
- ▷ das Land Berlin einen Entschließungsantrag im Bundesrat stellt, welcher die Bundesregierung auffordert, die deutsche Blockade gegenüber der sogenannten Antidiskriminierungsrichtlinie der EU aufzugeben und somit das Antidiskriminierungsrecht in der gesamten EU zu stärken.
- ▷ das Land Berlin sich im Bundesrat dafür einsetzen wird, dass die Diskriminierung von homosexuellen Männern in beiden deutschen Staaten aufgearbeitet wird. Zudem unterstützen wir die Gesetzesinitiative von Bundesjustizminister Heiko Maas für eine Aufhebung der Strafurteile und eine entsprechende Rehabilitierung gegen schwule Männer sowie eine Entschädigung der Opfer.

Wir wollen außerdem die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit für die breite Öffentlichkeit und spezielle Zielgruppen weiterführen und wissenschaftliche Untersuchungen zur Aufhellung von Dunkelfeldern der Diskriminierung beauftragen.

Wichtig sind uns präventive Ansätze der Antidiskriminierungsarbeit wie das Diversity Management. Wir wollen daher Maßnahmen und Strategien, die dem positiven Umgang mit Vielfalt innerhalb und außerhalb der Verwaltung dienen, nachhaltig verankern. Dabei muss es das Ziel einer modernen, qualitätsbewussten Verwaltung sein, in Form eines Diversity Mainstreaming alle Angebote und Dienstleistungen auf die Vielfältigkeit der Berliner Bevölkerung hin auszurichten. Anonymisierte Bewerbungsverfahren setzen ein starkes Signal für Chancengleichheit und sind zugleich ein wichtiges Instrument einer modernen Personalpolitik. Behörden und Landesunternehmen werden verpflichtet, es verstärkt einzusetzen. Um einer möglichen Diskriminierung in Verwaltung und Gesellschaft zu begegnen sind institutionelle Routinen und Regeln auf eine diskriminierende Wirkung hin entsprechend zu überprüfen. Eine niedrigschwellige, bedarfsgerechte und zielgruppensensible antidiskriminierungsbezogene Beratungsinfrastruktur muss gewährleistet und gefördert werden.

**Unser Ziel bleibt:
Ehe für alle.**

Unser politisches Ziel bleibt: 100 Prozent Gleichstellung. Das schließt die „Ehe für alle“ ein.

Sexuelle Vielfalt wertschätzen

Die Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (ISV) ist seit 2010 fester Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik in Berlin. Die SPD Berlin wird die ISV fortsetzen und intensivieren vor allem der Bereich Bildung und Mehrfachdiskriminierung unter der besonderen Berücksichtigung der Trans- und Interpersonen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein Haus der queeren Archive und Museen ein. Wir unterstützen die Initiative der im Bündnis Queer Nations zusammenwirkenden schwulen und lesbischen Archive und des Schwulen Museums.

Die SPD Berlin will sicherstellen, dass Berlin auch weiter eine Vorreiterrolle beim Abbau von Diskriminierungen gegenüber trans- und intergeschlechtlichen Menschen einnimmt. Sie setzt sich auf Bundesebene dafür ein, das Recht auf Anerkennung der selbstbestimmten Geschlechtsidentität zu stärken und gesetzlich zu verankern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen für das Thema sensibilisiert werden.

Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger

In den vergangenen Jahrzehnten hat die SPD dafür gesorgt, dass die Berliner Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen vielfältig mitbestimmen können.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer Herkunft, ihres sozialen Status, ihres Alters oder ihres Bildungshintergrundes gemeinsam engagieren, wachsen Solidarität und gute Nachbarschaft. Rechtspopulismus hat dort keine Chance, wo Menschen offen über konkrete Lösungen diskutieren können, statt Parolen zu folgen. Wir begreifen die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Erfahrungen aller Menschen als Ressource und Stärke dieser Stadt.

Die breite öffentliche Diskussion von stadtpolitisch wichtigen Themen während der vergangenen Volksbegehren und -entscheide sehen wir als Bereicherung der politischen Kultur an. Grundgesetz, parlamentarische Demokratie und Rechtsstaat sind Grundpfeiler unseres politischen Systems. Die Berliner SPD bekennt sich zur repräsentativen Demokratie und nimmt den Verfassungsauftrag, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, sehr ernst.

Bürgerbeteiligung kann die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sie begleitet sie. Wichtig bleibt deswegen der Dialog zwischen Politik und Gesellschaft, der am Ende durch die Kompromissbereitschaft aller Gruppen zu einem gesellschaftspolitischen Konsens im Interesse aller betroffenen Berlinerinnen und Berliner führt. Das gesamtstädtische Interesse steht dabei vor Teilinteressen einzelner Gruppen.

Bürgerbeteiligungsverfahren sind auf die Teilnahme möglichst vieler angewiesen. Doch oft werden Beteiligungsinstrumente zu Bürgerhaushalten oder Planungsverfahren nur von bestimmten Bevölkerungsgruppen genutzt. Das wollen wir ändern.

Bei längerfristig angelegten Beteiligungsverfahren, wie zum Beispiel dem Bürgerhaushalt, hat sich bewährt, Bürgerinnen und Bürger repräsentativ auszuwählen. Speziell hier muss es darum gehen, einen fairen Interessenausgleich herzustellen.

Bürgerbeteiligung ist eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie.

Wir wollen Beteiligungsformen finden, die offener und flexibler sind und weniger Präsenz erfordern. Die Digitalisierung bietet uns vielfältige Möglichkeiten, Verfahren flexibler, losgelöst von einem Ort und einem bestimmten Zeitpunkt und niedrigschwelliger zu gestalten. Auf der neu eingerichteten Plattform „mein.berlin.de“ werden künftig alle öffentlichen Beteiligungsverfahren der Verwaltungen des Landes Berlin gebündelt sichtbar sein. Diese Form der E-Partizipation wollen wir ausbauen und weiterentwickeln.

Zu unserem Verständnis gehört es auch, dass sich auch jene Menschen beteiligen können, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber dauerhaft in Berlin leben.

Chancen und potentielle Konflikte sollten zu Beginn eines Vorhabens gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern herausgearbeitet werden. Deshalb brauchen wir in diesem Zusammenhang spezifische Beratungsangebote und ein Konfliktmanagement.

Voraussetzung für mehr Partizipation sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die durch gezielte Schulungen zu professionellen Ansprechpartnern für die Bürger-Beteiligung werden.

Digitalisierung als Chance für soziale Teilhabe

Netzpolitik betrifft alle Berlinerinnen und Berliner. Es geht nicht nur um die Kontrolle von Daten, sondern auch um soziale Teilhabe und Partizipation. Die Digitalisierung verändert die Art wie wir leben und wie wir arbeiten. Die SPD will durch eine kluge Digitalisierungs- und Netzpolitik die Chancen für intelligente Produktionsprozesse, Teilhabe und Zugang zu öffentlichen Daten nutzen. Dies fördert die Teilhabe aller an den neuen Medien.

Notwendige Bedingung für digitales Wirtschaften, Arbeiten und Leben sind gute digitale Infrastrukturen. Noch immer sind einige Ortsteile Berlins vom Zugang zum schnellen Internet abgeschnitten. Unser Anspruch ist, in Berlin schnellstmöglich flächendeckend eine Breitbandverbindung anbieten zu können.

Mit zunehmender Bedeutung mobiler Geräte und vernetzter Systeme will die SPD kostenlose und frei verfügbare WLAN-Spots ausweiten. Der Senat hat bereits die Einrichtung von 650 Zugangspunkten auf den Weg gebracht. Wir wollen die Versorgung weiter ausbauen. Deshalb haben wir uns erfolgreich für die Abschaffung der Störerhaftung eingesetzt, die bislang die Öffnung privater WLAN-Zugänge unnötig erschwerte.

Die Digitalisierung eröffnet neue Wege für einen bürger- und wirtschaftsfreundlichen Staat. Nicht personenbezogene Daten wollen wir noch stärker für Private öffnen und transparenter darstellen, damit sie von Unternehmen und Initiativen für innovative Entwicklungen und Services genutzt werden können.

Jeder Beteiligte soll für sich entscheiden können, in welchem Umfang er bei der Nutzung von digitalen Angeboten seine privaten Daten preisgibt. Eine moderne Medienordnung, die Datenschutzgrundverordnung und das IT-Sicherheitsgesetz sind zentrale Instrumente hierfür. Wir werden die Gesetzgebungsprozesse im Bund und in der EU weiter kritisch und konstruktiv begleiten, auch um das Monopol einzelner Konzerne zu schwächen und Vielfalt und Wettbewerb zu ermöglichen. Datenschutzverstöße sollen künftig effizienter geahndet werden können.

An der Digitalisierung und ihren Chancen sollen alle teilhaben können.

Mit uns abgeschafft: die Störerhaftung.

Das Internet ist noch immer ein Versprechen für Freiheit und Chancengleichheit. Deshalb werden wir auch weiterhin die Netzneutralität, zum Beispiel über den Bundesrat, verteidigen.

Wir verteidigen die Netzneutralität.

Informationelle Selbstbestimmung und das Wissen über Daten sind wesentlich im persönlichen Alltag und für das Berufsleben. Wir setzen uns daher auf Basis des neuen Rahmenlehrplans für eine verstärkte Medienbildung in den Klassenzimmern und in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung ein. Die Aktivitäten im Land Berlin zur Steigerung der Medienkompetenz werden verstärkt und eine einheitliche Anlaufstelle schaffen. Die Aktivitäten sollen mit der Medienanstalt Berlin-Brandenburg verzahnt werden.

Technische Restriktionen können nicht die Medienkompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen ersetzen. Die SPD Berlin spricht sich gegen Internetsperren aus. Stattdessen wollen wir den Jugendmedienschutz in Zusammenarbeit mit dem Bund stärken.

Eine besondere Herausforderung ist das zunehmende Ineinandergreifen digitaler Anwendungen und Medien, seien es Rundfunk und Fernsehen oder Kultur und Games.

In einer gemeinsamen Kommission erarbeiten Bund und Länder bereits eine dieser Verschränkung von digitaler und Rundfunkwelt angemessene Medien- und Kommunikationsordnung. Presseerzeugnisse im Netz müssen sich finanzieren können.

Im Bund wird sich Berlin für eine zeitgemäße Plattformregulierung einsetzen, die die Sicherung der Vielfalt auch im Internet, die Verhinderung von Monopolen (auch Meinungsmonopolen) und die Stärkung audiovisueller Inhalte zum Ziel hat. Berlin wird seine Führungsrolle als Land der digitalen Grundrechte in der Bund-Länder-Zusammenarbeit weiter ausbauen und stärken.

Für eine gerechte und vorausschauende Sozialpolitik

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das Zusammenleben in unserem Gemeinwesen mit den Mitteln eines vorausschauenden und gerechten Sozialstaates gestalten. Berlin birgt als Metropole großes Potenzial für wegweisende Entwicklungen, ist jedoch auch von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen betroffen. Wir setzen uns zum Ziel, die gleichberechtigte soziale und kulturelle Teilhabe aller hier lebenden Menschen zu sichern.

*Unser Ziel:
Gleichberechtigte soziale und kulturelle Teilhabe für alle.*

Ein gut funktionierendes und zuverlässiges Sozial- und Gesundheitswesen hat eine große Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in einer solidarischen Stadt. Mehr als 280.000 Berlinerinnen und Berliner sind in diesem Sektor tätig. Der von ihnen erbrachte „gesellschaftliche Mehrwert“ ist ein erheblicher Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in der Stadt. Wir wollen diesen gesellschaftlichen Mehrwert sichtbarer machen. Die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“, bei der sich die Verbände unter anderem zur Veröffentlichung ihrer Mittelverwendung verpflichten war ein guter Schritt in die richtige Richtung. Wir wollen deshalb die Veröffentlichungspflichten für den Einsatz von Haushaltsmitteln gesetzlich festlegen.

Genauso entschieden werden wir gegen Wirtschaftskriminalität vorgehen. Steuerbetrug, Schwarzarbeit und Korruption schaden allen. Sie sind das Gegenteil eines fairen Wettbewerbs und schwächen Berlin als Standort. Eine

Verstärkung von Zoll und Steuerfahndung ist daher ebenso unser Ziel wie eine verschärfte Korruptionsbekämpfung.

Berlin soll sich durch Mitwirkung, Mitbestimmung und gesellschaftliche Wertschätzung in allen Bereichen als Stadt der Bürgerinnen und Bürger auszeichnen. Die Angebote, die von Initiativen, Verbänden und Vereinen organisiert werden, gehören zu einem solidarischen Sozialstaat. Wir wollen die solidarische Zivilgesellschaft mit Hilfe der Verbände befördern und setzen uns für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen den gemeinnützigen freien und den öffentlichen Trägern der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe ein.

**Starke Schultern
müssen mehr leisten
als schwächere. Die SPD
steht für ein gerechtes
Steuersystem.**

Eine gerechte und faire Finanzierung des Gemeinwesens ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen Staat. Steuergerechtigkeit heißt, dass die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit erfolgt und starke Schultern mehr tragen als schwache. Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wer Steuern hinterzieht, lebt auf Kosten der Gesellschaft. Wir sprechen uns deshalb für einen besseren Steuervollzug durch ausreichend Steuerprüferinnen und –prüfer in den Finanzämtern aus. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal für zusätzliche Kontrollen zur Einhaltung der Mindestlohngrenze.

Demografischen Wandel gestalten

Berlin ist eine wachsende und zugleich alternde Stadt. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft wächst die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Berlin bis 2030 bundesweit am rasantesten. Laut der Prognose werden im Jahr 2030 rund 170.000 Menschen in Berlin pflegebedürftig sein. Das wäre ein Zuwachs von mehr als 40 Prozent gegenüber 2013, wo die Zahl der pflegebedürftigen Berlinerinnen und Berliner bei 117.000 lag. Und auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird sich weiterhin erhöhen.

Eine wachsende Zahl von älteren Menschen in der Stadt bedeutet: einen dringenden Bedarf an altersgerechten Wohnungen zu bezahlbaren Mieten, mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und einer guten verlässlichen Betreuung und Pflege im ambulanten und stationären Bereich. Auch das Berliner Mobilitätssystem muss flexibel und zügig auf die Bevölkerungsentwicklung, die sich wandelnden Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und demografische Veränderungen reagieren. Hier werden sich besonders unsere öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, Gesundheitsversorger und Betriebe noch stärker engagieren, um wachsende Angebote für alle Generationen bereitzuhalten. Der wachsende Bedarf an altersgerechten Wohnungen ist bei Neubauvorhaben zu berücksichtigen.

**Wir bauen
mehr altersgerechte
und barrierefreie
Wohnungen.**

Auf Bundesebene ist die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf mit den Neuregelungen im Familienpflegezeitgesetz und im Pflegezeitgesetz verbessert worden. Seit dem 1. Januar 2015 erhalten Beschäftigte mehr zeitliche Flexibilität und Sicherheit, um Angehörige zu pflegen. Im Gesetz verankert wurde auch ein Rechtsanspruch der Beschäftigten auf eine zu bis zweijährige teilweise Freistellung für die Pflege Angehöriger.

Zur besseren Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf wurde ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung geschaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns für einen Rechtsanspruch auf

flexible Tages- und Nachtpflegeangebote zur Betreuung und Versorgung Pflegebedürftiger ein.

Die demografische Entwicklung bietet auch Chancen, etwa für einen verbesserten Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Es muss deshalb in jedem Stadtteil ein Stadtteilzentrum/Begegnungszentrum geben. Diese Zentren sollen künftig etwa dazu dienen, die Generationen, Familien und Nachbarn zusammenzubringen, die ehrenamtlichen Aktivitäten im Stadtteil zu koordinieren oder unterschiedliche Formen von Bürgerbeteiligung zu unterstützen. Einen festen Ort des Miteinanders zu haben, hilft Senioren und Seniorinnen dabei, möglichst lange in ihrem Umfeld bleiben können, ohne dabei zu vereinsamen. Auf der anderen Seite brauchen gesellschaftliche Gruppen wie getrennt- oder alleinerziehende Eltern, junge Familien oder Menschen in besonderen Problemlagen Unterstützung. So funktioniert generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe.

Die Berliner SPD wird bei der anstehenden Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes darauf hinwirken, dass bei den Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen eine bessere Wahlbeteiligung und Mitwirkung der Wahlberechtigten ermöglicht wird.

Gute Pflege und Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsbranche ist eine der wichtigsten Wirtschaftszweige der Hauptstadtregion und verzeichnet ein überdurchschnittliches Wachstum. Durch eine kluge Clusterstrategie haben wir heute dort alles, vom kleinsten High-Tech-Unternehmen, großen Industrieunternehmen, universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bis zu privaten Kliniken. Die Hauptstadt ist mit rund 300 Medizintechnik- und 230 Biotechnologiefirmen, 30 Pharmaunternehmen und über 130 Kliniken einer der wichtigsten Life-Science-Standorte Deutschlands. Etwa 315.000 Menschen arbeiten in der Gesundheitswirtschaft der Hauptstadtregion.

Unsere gute Gesundheitsversorgung und ein Angebot, das nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, tragen wesentlich zur Lebensqualität in Berlin bei. Mit unserer Gesundheitspolitik verbessern wir die Lebensverhältnisse der Menschen und unterstützen dabei sozial Benachteiligte sowie Menschen mit Behinderungen in besonderer Weise. Das Angebot der Berliner Pflegestützpunkte werden wir ausbauen und stärker bewerben. Ergänzend sollen Pflegestützpunkte zukünftig sozialräumliche Anlaufstellen in Kiezen gründen, damit sich die Pflegeberatung vor Ort stärker in die Kieze hinein weiterentwickelt. Wir fahren damit fort, Pflegeangebote im Hinblick auf unterschiedliche kulturelle und sexuelle Identitäten weiterzuentwickeln.

Dem Fachkräftebedarf in der Pflege begegnen wir u. a. mit der Abschaffung des Schulgeldes für Pflegeberufe, Vergütungs-Steigerungen in der ambulanten Pflege und der Einführung des Krankenpflegehilfeberufs.

Gute Pflege gründet sich auf guter Arbeit. Wir brauchen in der Pflege gute Arbeitsbedingungen, um die Herausforderung der demografischen Entwicklung zu meistern. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Beschäftigten, Verbänden und der Gewerkschaft Lösungen zur guten Arbeit für die Branche erreichen.

Darüber hinaus müssen die Angebote der offenen Altershilfe aber auch die ambulanten und stationären Angebote der Altenpflege ausreichend für die Lebenswelten queerer Menschen sensibilisiert werden.

Wir bringen die Generationen zusammen.

Unsere Gesundheitsbranche wächst und ist ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung.

Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass ein wohnortnaher Zugang zur ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung in allen Stadtteilen sichergestellt ist und sich nicht weiterhin Leistungsanbieter auf einzelne Stadtteile konzentrieren. Wir unterstützen die Anbietervielfalt in der ambulanten Versorgung: Die Benachteiligung medizinischer Versorgungszentren (MVZ) durch die Kassenärztliche Vereinigung Berlin wollen wir beenden, indem das Land Berlin im Rahmen seiner Rechtsaufsicht konsequent dafür sorgt, dass MVZ die Vergütung erhalten, die ihnen zusteht.

Durch das erfolgreiche Berliner „Aktionsprogramm Gesundheit“ werden Prävention und Gesundheitsförderung gestärkt. An dem Programm halten wir fest und entwickeln es weiter. Ziel muss sein, die gefundenen besten Beispiele und Projekte zur Förderung der Gesundheit für alle Menschen in allen Kiezen verfügbar zu machen. Projekte der Gesundheitsförderung und Prävention dürfen sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche beschränken.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die niederschweligen Angebote einer Beratung und Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV/AIDS, Hepatitis C und Syphilis etc. der freien Träger und der staatlichen Behörden wie den Bezirken Gesundheitsämtern, fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Die SPD steht zur besonderen Verantwortung des Landes Berlin zu den landeseigenen Krankenhäusern. Wir wollen die Situation der Beschäftigten verbessern. Wir haben die Investitionsmittel deutlich erhöht und werden auch weiter massiv in die Kliniken investieren.

Multiresistente Erreger sind ein zunehmendes Problem in der Krankenhausversorgung. Die Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes sind konsequent umzusetzen, Hygienebeauftragte auszubilden oder einzustellen sowie Hygiene in der Weiterbildung zu verankern.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist angemessen auszustatten und in seiner präventiven Funktion zu stärken.

Verbraucherinnen und Verbraucher besser informieren und beraten

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Verbraucherschutzpolitik. In einem komplexer gewordenen Alltag sind Aufklärung, Orientierung und Beratung wichtig. Wir haben deshalb den jährlichen Etat der Verbraucherzentrale Berlin um mehr als 25 Prozent aufgestockt. Außerdem investiert das Land Berlin in mehr Aufklärung im Bereich Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verbraucherpolitik konzeptionell, strukturell und finanziell weiterentwickelt wird. Konzeptionell streben wir an, die häufig vor allem themenzentrierte Verbraucherpolitik zielgruppenorientiert zu ergänzen.

Wir werden uns dafür stark machen, dass der Grundsatz „Besser schlichten als richten“ verwirklicht wird. Hierzu werden wir den Online-Schlichter, an den sich Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher bei Problemen mit Online-Käufen wenden können, weiter fördern und uns für eine zukunftsfähige Lösung für die gerade eingerichtete Auffangschlichtung für Branchen, in denen noch keine eigene Schlichtung existiert, einsetzen.

Öffentliche Daseinsvorsorge: Wir investieren in unsere Krankenhäuser.

Den Verbraucherschutz in Berlin stärken wir weiter.

Bereits seit mehreren Jahren wird im Verbrauchermonitor veröffentlicht, was die Verbraucherinnen und Verbraucher bewegt und was ihnen wichtig ist. Das neue Verbraucherportal der zuständigen Senatsverwaltung bietet darüber hinaus übersichtliche und leicht verständliche Informationen zu aktuellen gesetzlichen Regelungen. Zeitgleich fördern wir den kieznahen und zielgruppenorientierten Verbraucherschutz. Und mit der Transparenzdatenbank sind wir auf dem richtigen Weg, die Vergabe öffentlicher Mittel für die Bürgerinnen und Bürger durchsichtiger und nachvollziehbarer zu gestalten.

An der Hygiene-Ampel zur Bewertung von Gastronomiebetrieben in den Berliner Bezirken halten wir fest und machen uns auf Bundesebene für die Schaffung eines klaren rechtlichen Rahmens stark.

Selbstbestimmt leben

Eine solidarische Bürgergesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Menschen mit Behinderungen Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. In Berlin leben rund 600.000 Menschen mit Behinderungen. Wir wollen die inklusive Stadt, die Stadt ohne Barrieren schaffen.

Der SPD-geführte Senat hat im Mai 2015 zehn behindertenpolitische Leitlinien zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgestellt. Wir bekennen uns zu den Leitbildern der Konvention, Inklusion, Partizipation und Selbstbestimmung.

Wir werden die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden weiter vorantreiben und den Bau barrierefreier Wohnungen forcieren. Die Quote der uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnungen werden wir erhöhen.

Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung bietet viele neue Möglichkeiten für alle Menschen. Voraussetzung ist, dass die Dienste auch für alle zugänglich sind. Wir werden deshalb die Barrierefreiheit der Serviceangebote bei der Digitalisierung vorantreiben.

Anhand der mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und dem Landesbehindertenbeirat vereinbarte Prioritätenliste werden wir weiter das Ziel verfolgen, bis 2020 alle noch nicht stufenlos erreichbaren U-Bahnhöfe mit Aufzügen auszustatten. Das gleiche gilt für die restlichen S-Bahnhöfe. Den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) werden wir barrierefrei ausbauen, um Berlin auch mit dem Fernreisebus behindertengerecht erreichen zu können.

Bis 2020: Aufzüge für jede U-Bahn-Station.

Damit Kinder und Jugendliche mit Behinderungen später einer Arbeit nachgehen können, die ihren Fähigkeiten und Wünschen entspricht, muss die Inklusion nicht nur in der Schule, sondern auch in der beruflichen Ausbildung voran gebracht werden. Die Bildungskette von der Förderschule in die Werkstatt für behinderte Menschen muss durchbrochen werden. Wir wollen mehr voll qualifizierende, berufsbildende Angebote für Jugendliche mit Behinderungen. Dabei hat die duale Berufsausbildung Vorrang vor Sonderwegen.

Den Sport und seine Vereine fördern

Sport bewegt und elektrisiert uns. Er leistet wichtige Beiträge zum Gemeinschaftsgefühl, zur Integration und Inklusion und zur Gesundheit. Sportvereine sind Schulen der Demokratie. Wir stehen fest an der Seite der Berlinerinnen und Berliner, die Sport treiben. Rund 620.000 sind in den Berliner

Massive Investitionen in die Sport-Infrastruktur.

Vereinen organisiert, viele organisieren ihren Sport individuell. Wir unterstützen beide Formen. Mit ihren 60.000 ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären sind die Vereine ein Rückgrat der Stadtgesellschaft.

Wichtigste Basis bleibt die entgeltfreie Überlassung der Sporthallen und Sportflächen des Landes Berlin an die Sportvereine. Die Mittel für die Sanierung und die Errichtung neuer Sportstätten haben wir verdoppelt. Die Berliner Bäder zählen zu unserer wichtigsten Sportinfrastruktur. Wir haben die finanziellen Mittel für die Bäder deutlich erhöht und den Bau von zwei neuen Ganzjahresbädern auf den Weg gebracht. In der wachsenden Stadt muss auch das alltagstaugliche Angebot an Sport- und Freiflächen mitwachsen, zum Beispiel auch in Form von Sport- und Bewegungsflächen in Parks und Grünflächen. Wachsende Stadt bedeutet auch: Wohnen und Sport treiben rückt enger zusammen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Sportanlagenlärmschutzverordnung im Sinne des Sports zu modernisieren.

Sport leistet einen wichtigen Beitrag für die Inklusion und Integration, auch für die Integration von geflüchteten Menschen. Wir unterstützen den Breiten-, Gesundheits- und Behindertensport und seine Verbände und Vereine. Die Barrierefreiheit von Sportanlagen werden wir weiter verbessern. Inklusion im und durch Sport fördern wir. Dazu werden wir sicherstellen, dass bei Instandsetzungen, Sanierungen und Neubauten von Turn- und Sporthallen, Schwimmbädern und Sportplätzen die barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzbarkeit für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte immer hergestellt wird.

Darüber hinaus unterstützen wir den Wunsch des Behindertensports, eine Turn- und Sporthalle so einzurichten, dass nicht nur Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte gegeben ist, sondern auch die optische und akustische Barrierefreiheit für Menschen mit Sehbehinderungen und Hörbehinderungen erprobt werden kann.

Den Seniorensport bauen wir weiter aus. Für die Finanzierung des Frauen- und Mädchensports haben wir zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Die Kooperation von Schulen und Sportvereinen stärken wir weiter, u.a. mit der Förderung von Programmen wie „Profivereine machen Schule“ oder „Berlin hat Talent“. Mit weiteren Erhöhungen beim Vereinsinvestitionsprogramm unterstützen wir Vereine dabei, ihre Sportanlagen in bestmöglichem Zustand zu erhalten und auszubauen.

Wir stärken die finanzielle Basis des Sports.

Die finanzielle Basis des Sports wollen wir langfristig stärken. Sport braucht Planungssicherheit neben den Erlösen aus Lottomitteln. Einnahmen aus der City Tax nutzen wir auch für den Berliner Sport.

Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierungsgrundlage mit einem langfristigen Vertrag mit dem Landessportbund ein.

Die Berliner Profi- und Spitzensportvereine sind Anziehungspunkt für die Stadt. Wir setzen uns dafür ein, auch Frauensport im Spitzenbereich zu etablieren. Daneben sind große Sportereignisse wie das DFB-Pokalfinale oder der Berlin Marathon ein Image- und Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Wir setzen uns weiter dafür ein, solche Ereignisse nach Berlin zu holen und freuen uns, dass dies u.a. mit dem Deutschen Turnfest 2017 oder der Leichtathletik-Europameisterschaft 2018 gelungen ist.

Sport lebt auch von Vorbildern. Wir sind stolz darauf, in Berlin den größten Olympiastützpunkt Deutschlands zu beherbergen. Unsere Eliteschulen des Sports gehören zu den Besten des Landes, an unseren Universitäten und Hochschulen sind Spitzensport und Lehre miteinander vereinbar. Das werden wir konsequent weiter fördern, um auch künftig auf die Erfolge unserer Berliner Sportlerinnen und Sportler stolz sein zu können. Erfolge, die in einem konsequent dopingfreien Sport errungen werden.

Wir sind stolz auf die Erfolge der Berliner Sportlerinnen und Sportler.

Freiwilliges Engagement unterstützen

Überall in Berlin haben in den vergangenen Monaten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit angepackt, um geflüchtete Menschen mit Kleidung, einem warmen Mittagessen oder einem Schlafplatz zu versorgen. Dieses überwältigende Engagement zeigt uns: Berlin ist eine solidarische Stadt, in der man füreinander da ist. Wir sind eine sehr aktive, sehr selbstbewusste Bürgergesellschaft.

Berlin bleibt solidarisch.

Auch abseits der Versorgung von geflüchteten Menschen engagieren sich hunderttausende Berlinerinnen und Berliner ehrenamtlich. Sie unterstützen das Sport treiben, geben Kindern Lernhilfe, sind als Lesepaten tätig, begleiten Ältere bei ihren Besorgungen, betreuen Kranke oder retten Leben etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist ganz klar, dass das Ehrenamt nicht als Lückenfüller für reduzierte sozialstaatliche Leistungen missbraucht werden darf. So steht es bereits in der Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement aus dem Jahr 2004.

Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für den Dialog zwischen Politik und engagierter Bürgergesellschaft weiter ausbauen. Dazu gehört unseres Erachtens auch ein fester Ort für die Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit. Ähnlich wie das Haus der Demokratie und Menschenrechte würde ein Haus des Engagements die ehrenamtliche Arbeit im öffentlichen Leben noch sichtbarer machen. Wir setzen uns dafür ein, dass besonders erfolgreiche Projekte im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements auch über die übliche dreijährige Förderperiode hinaus fortgesetzt werden. Ebenso brauchen wir nachhaltige und langfristige Fortbildungsangebote.

Die Freiwilligendienste stellen für uns einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung des Engagements junger Menschen dar. Freiwilliges soziales Jahr (FsJ) und Freiwilliges ökologisches Jahr (FöJ) sollen weiter ausgebaut und finanziert werden.

In den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften arbeiten viele für ein solidarisches Miteinander. Sie sind wichtige Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im Diskurs ethnischer Fragen.

Sehr wichtig ist auch eine Anerkennungskultur und öffentliche Würdigung für das Geleistete. Seit 2011 bekommen in Berlin überdurchschnittlich engagierte Bürgerinnen und Bürger als Dankeschön für ihren Einsatz Vergünstigungen beim Museums- oder Theaterbesuch. Junge Menschen können über ihr Ehrenamt seit 2005 den „Berliner FreiwilligenPass“ erwerben, worin ihr jeweiliges Engagement und die damit erworbenen beruflichen Qualifikationen dokumentiert werden. Diese Angebote wollen wir auch künftig fortführen und weiter ausbauen.

Wir würdigen das ehrenamtliche Engagement.

Stichwortverzeichnis

Stichwort	Seiten
A 100	35
Adlershof	7, 23
Aktionsplan Roma	58
Aktionsprogramm Gesundheit	74
Ältere Arbeitnehmer	20
Anonymisierte Bewerbungen	19, 68
Arbeitnehmerrechte	5
Arbeitsmarkt	14, 16
Arrivo	17
Asyl	59
Ausbildung	19
Ausbildungsplatzgarantie	18
Ausbildungsquote	18
Autoverkehr	33
Bäder	11, 76
Barrierefreiheit	31, 33-34, 49, 72, 75-76
Braunkohle	26, 37
Bedarfsprüfung	43
Behindertensport	76
BER	25
Berlin Arbeit	16
Berlin-Brandenburg	25, 37
Berliner Institut für Gesundheitsforschung	21
Berliner Mischung	30
Berliner Mitte	32
Berufsschulen	44
Betreuungsschlüssel	41
Bibliotheken	47, 54
Bonusprogramm	44
Brennpunktschulen	8, 40
Bürgerämter	25, 58, 64
Bürgerbeteiligung	69-70
Busse	36
BVG	34
Charité	11, 51
Checkpoint Charlie	55
City Tax	11
Demografischer Wandel	72
Dienstleistungssektor	22
Digitale Medien	49
Digitale Schule	45
Digitalisierung	14-15, 19, 22-23, 45, 48-49, 53-54, 64, 70, 75
Diskriminierung	67-69
Duales Abitur	20
East Side Gallery	55
eGovernment	25
Einstein-Stiftung	52
Einwanderungsgesetz	57
Elektromobilität	36
Entwicklungspolitik	27
Erinnerungskultur	56
Erzieherinnen und Erzieher	39, 41
Fachhochschulen	50
Fernbahnhof	26
Feuerwehr	11, 61
Filmstadt	56
Flughafen Tegel	24
Flussbad	37
Frauen	10, 31, 52, 66-67
Frauenhäuser	67
Freie Szene	9, 53
Freie Träger	40
Freiwilliges Engagement · Ehrenamt	77
Ganztagsgymnasien	45
Gasnetz	37
Gebührenfreiheit	39
Geflüchtete	17, 59-60
Gemeinschaftsschule	42
Gender Mainstreaming	10
Gesundheitspolitik	73-74
Gewerbeflächen	24
Gleichstellung	52, 66-67
Gründerinnen und Gründer	21
Grün- und Erholungsflächen	38
Handwerk	24
Hochschulen	48-50
Hort	43
Humboldtforum	55
ICC	26
Industriekultur	27
Industriepolitik	22
Inklusion	7, 31, 40-41, 43, 75-76
Innovationspolitik	21, 23
Integration	10, 20, 57-60
Jahrgangsübergreifendes Lernen	42
Jugendberufsagentur	5, 17, 45
Jugendkunstschulen	47
Jugendpolitik	46
Jugendverbände	46
Jugendverkehrsschulen	35, 47
Justiz	65
Kinderrechte	47
Kindertagesstätten	8, 39

Kirchen	77	Regionalverkehr	36
Kleingärten	38	Rekommunalisierung	37
Klimaneutrale Stadt	36	Religion	77
Kreativwirtschaft	21, 54	Rente	16
Kriegsgräber	56	Rundfunk	56
Kulturforum	33	S-Bahn	34
Kulturpolitik	53-54	Schul- und Sportstätten	8
Landesgleichstellungsgesetz	10	Schule	42-45
Landessportbund	76	Schulsanierung	46
Landeszentrale für politische Bildung	47	Schulsozialarbeit	61
Lehrerinnen und Lehrer	8, 39, 43	Schwarzarbeit	16, 71
Liegenschaftspolitik	9, 31	Seniorinnen und Senioren	31, 48, 73
Master	52	Sexuelle Vielfalt	69
Medienbildung und -kompetenz	71	Sexarbeit	67
Medienboard Berlin Brandenburg	56	Sicherheit	60-62
Menschen mit Behinderungen	17, 31, 73, 75	SIWA	11, 56
Messestandort	26-27	Smart City	22
Mieten	28	Sonntagsruhe	17
Mietenbündnis	9, 28	Sozialpolitik	71
Mietpreisbremse	8, 28	Sozialwohnungen	29
Migrantenselbstorganisationen	58	Sport · Sportvereine	75-77
Mindestlohn	7, 15	Stadtwerk	37
Mitbestimmung	14, 72	Start-ups	20, 49
Mittagessen	40-41	Steinkohle	37
Mittelstand	24	Steuerbetrug	72
Mobile Betreuung	41	Störerhaftung	70
Mobilität	34-35	Straßenbahn	34
Museen	10	Stromnetz	37
Musikschulen	48	Tier- und Artenschutz	39
Netzneutralität	71	Tourismus	7, 21, 26
Neutralitätsgesetz	63	U-Bahn	34
Oberstufenzentren	20	Umweltzone	37
Oderpartnerschaft	26	UN-Behindertenrechtskonvention	75
Öffentliche Daseinsvorsorge	37	Verbraucherschutz	74-75
Öffentlicher Dienst	64	Vereinbarung von Familie und Beruf	14
Öffentlicher Nahverkehr	5, 33-34	Vergabegesetz	7
Open Data	25	Verkehrssicherheit	35
Organisierte Kriminalität	62	Verwaltung	25, 63
Parkraumbewirtschaftung	35-36	Volkshochschulen	47
Personal	63	Vollbeschäftigung	13
Pflege · Pflegebedürftigkeit	13-14, 31, 72-73	Wasserbetriebe	10
Polizei	11, 61	Weiterbildungszentren	47
Qualitätsverbesserung	39	Wissenschaft	51
Quartiersmanagement	32	Wohnen	9
Queer	30, 60, 63, 69, 73	Wohnungen	5, 28
Radverkehr · Radwege	33-35	Wohnungsbau	29-30
Rechtsextremismus	62-63	Zentraler Omnibusbahnhof	75
Referendariat	43	Zukunftsorte	23
Regenbogenfamilien	41	Zweckentfremdungsverbot	9, 28

Wählen gehen!

Am 18. September 2016 werden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen neu gewählt. Wir bitten Sie: Gehen Sie zur Wahl und nutzen Sie die Möglichkeit, über die Zukunft unserer Stadt mitzuentcheiden.

Setzen Sie dabei auch ein Zeichen gegen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, gegen Fremdenhass und Rassismus: Nichts davon hat in Berlin Platz. Eine hohe Wahlbeteiligung und die Teilnahme an friedlichen Protestaktionen sind der wirksamste Schutz vor neuen und alten Rechtsextremisten.

Es geht um viel: Wir bitten Sie um Ihre Stimmen für die SPD. Setzen Sie mit uns gemeinsam den bemerkenswerten Weg fort, den unsere Stadt in den letzten 15 Jahren genommen hat. Sorgen Sie mit uns gemeinsam dafür, dass alle Berlinerinnen und Berliner an diesem Aufstieg teilhaben können.



Herausgeber: SPD Landesverband Berlin · Dennis Buchner · Müllerstraße 163 · 13353 Berlin

www.spd.berlin